Mittwoch, 20. April 1983 - D ***

Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 55 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 63,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 91 - 16.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Beschluß über Osthandel bis Jahresende?

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl geht nach eigenen Angaben davon aus, daß erst zum Jahresende 1983 ein gemeinsamer westlicher Beschluß über die von der US-Regierung angestrebten Restriktionen im Ost-West-Handel zustande kommen werde. Dieser Einschätzung stimmte auch der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter, mit dem Kohl gestern drei Stunden lang konferiert hatte, auf einer Pressekonferenz ausdrücklich zu. US-Präsident Reagan hatte die von ihm gewünschten Einschränkungen beim Technologietransfer und bei der Kreditvergabe ursprünglich schon auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg Ende Mai zur Entscheidung stellen wollen. Doch der Bundeskanzler konnte ihn bei seinem Besuch in Washington davon überzeugen, daß in Williamsburg Wirtschaftskonjunktur und Arbeitslosigkeit im Vordergrund stehen sollten. Dafür erhielt Kohl telefonische Zustimmung des französischen Staatspräsidenten Mitterrand.

KSZE: Amerika dringt auf Korrekturen

Co. Bonn

In Madrid begann gestern die wahrscheinlich letzte Verhandlungsrunde des KSZE-Folgetreffens, ohne daß es den Delegationsleitern der USA und der europäischen NATO-Partner zuvor gelungen war, sich auf einen gemeinsamen Kurs für den Abschluß der Konferenz zu einigen. Zwar waren sich die NATO-Partner darüber einig, daß der von den neutralen Teilnehmern vorgelegte Kommuniqué-Entwurf noch verbessert werden sollte. Die europäischen Partner hielten jedoch das Ausmaß der von den Amerikanern gewünschten Korrekturen – vor allem in bezug auf die Menschenrechte, auf Polen und Afghanistan – für zu groß, als daß darüber ein Konsens mit dem Osten möglich sein könnte. Dennoch glaubt man in westlichen Delegationskreisen, daß noch eine gemeinsame Linie des Westens gefunden werden wird; zumal Bundeskanzler Kohl bei US-Präsident Reagan Verständnis für die europäische Haltung gefunden hatte.

Warschau befürchtet Absage des Papst-Besuchs im Juni

Verschärfter Druck auf oppositionelle Kräfte / Walesa wieder verhört

DW. Warschau

Das jüngste massive Vorgehen des polnischen Militärregimes gegen oppositionelle Kräfte deutet auf Befürchtungen in der Warschauer Führung hin, Papst Johannes Paul II. könnte wegen neuer Unruhen in seinem Heimatland den für Juni geplanten Besuch absagen. Warschau hat mehrfach zu verstehen gegeben, daß es die Visite des Oberhauptes der katholischen Kirche als „wichtig" bewertet. Es verspricht sich davon eine Aufwertung in der internationalen Öffentlichkeit.

Gestern wurde die politische Opposition in Polen direkt beschuldigt, auf eine Annullierung der Papst-Reise hinzuarbeiten. Unter Hinweis auf den Demonstrationsaufruf der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zum 1. Mai schrieb die Regierungszeitung „Rzeczpospolita" (Republik): „Die Publikation eines solchen Appells gerade zwei Monate vor dem Papst-Besuch kann nicht anders beschrieben werden denn als Streben nach Konfrontation." Damit habe die Untergrundführung der Gewerkschaft den Bemühungen von Partei, Regierung „und allen Menschen guten Willens um Verbesserungen in unserem mit Anarchie und Wirtschaftskrise belasteten Heimatland den Krieg erklärt".

Der Vorwurf des Konfrontationskurses läßt den Schluß zu, daß die Warschauer Militärs in den nächsten Tagen ihren Druck auf Arbeiterführer Lech Walesa, der gestern abermals mehrere Stunden lang verhört wurde, verstärken werden. Der Artikel in der Regierungszeitung war mit „Beobachter" unterzeichnet. Dahinter wird Regierungssprecher Jerzy Urban vermutet.

Gestern berichtete die polnische Presse ohne Nennung von Einzelheiten über die jüngste Sitzung der gemischten Kommission zwischen Staat und Kirche, auf der die letzten Einzelheiten des Reiseprogramms für Johannes Paul II. festgelegt worden seien. Von kirchlicher Seite wurden keine näheren Angaben gemacht. Demgegenüber verlautete aus Regierungskreisen, es sei in Abänderung der ursprünglichen Planung noch eine weitere Messe unter freiem Himmel in Warschau vereinbart worden, um den erwarteten gewaltigen Andrang bewältigen zu können.

Mit der Warnung, alles zu unterlassen, was den Vatikan dazu bringen könnte, „die Zweckmäßigkeit des Papst-Besuchs in einem Land zu überdenken, das in Unruhe und Angst versinkt", waren in den polnischen Medien Vorwürfe an die Adresse der Opposition verknüpft, den 40. Jahrestag des Warschauer Getto-Aufstandes „um jeden Preis politisieren" zu wollen. Die inoffiziellen Gedenkfeierlichkeiten am vergangenen Sonntag seien als „Botschaft der Feindseligkeit" gedacht gewesen.

Auch die Feiern zum 40. Jahrestag des Getto-Aufstandes waren von der Warschauer Führung in die Überlegungen einbezogen worden, das internationale Ansehen Polens zu stärken. Doch nun haben die verschärften Spannungen auch dieses Datum überschattet. Der letzte in Polen lebende Führer des Aufstandes, Marek Edelman, erhielt Reiseverbot und konnte nicht nach Warschau kommen. Edelman steht hinter den Worten des „Solidarität"-Sprechers Janusz Onyszkiewicz, daß die Getto-Kämpfer für die gleichen Ideale eingetreten seien wie die „Solidarität".

DER KOMMENTAR

Im Getto

ENNO v. LOEWENSTERN

Man gedenkt in diesen Tagen des Warschauer Getto-Aufstands. Die dort vor vierzig Jahren eingesperrten Juden entschieden sich für bewaffneten Widerstand, als sie erfuhren, daß der offiziell als Verschikkung in Arbeitslager beschriebene Vorgang tatsächlich in Vernichtungslager führte.

Dieser Beschluß fiel ihnen nicht leicht. Es wurde heftig darüber diskutiert, ob die furchtbaren Nachrichten auch glaubwürdig seien. Es wurde darüber gestritten, ob bewaffneter Widerstand mit der jüdischen Tradition der Gewaltlosigkeit vereinbar sei und, insbesondere, ob er „sinnvoll" sei. Am Ende setzte sich die Ansicht durch, daß es würdiger sei, kämpfend zu sterben, als sich in den Tod treiben zu lassen. So haben die Juden von Warschau sich Waffen besorgt und sind kämpfend in den Tod gegangen.

Diejenigen, die überlebten, nach den Warschauer Kämpfen oder andernorts, haben inzwischen am Schicksal ihrer neuen alten Heimat Israel erfahren müssen, daß – wenn auch ein mörderisches System seither untergegangen ist – der Mord als Fortsetzung der Politik in vielen Formen und Farben weiterlebt. Andere haben es anderswo erfahren. Die Debatte darüber, ob man sich gegen mörderisches Unrecht wehren soll, ist weitergegangen, am lautesten dort, wo man am weitesten weg vom Schuß ist.

Dort wehrt man sich auch am heftigsten dagegen, die Lehren der Vergangenheit ohne Ansehen von Person und Farbe auf die Praxis von heute zu übertragen.

Aber am Ort des Gettos erfahren die Menschen heute, auch die Opfer von damals, daß die Willkür lebt. Daß Gedenkfeiern dort, mit und ohne Kniefall, nur im Rahmen des Regimenützlichen zugelassen werden. Eine Feier, die ein überlebender Aufstandsführer von 1943, Marek Edelman, veranstaltet hatte, wurde gewaltsam aufgelöst. Was den Arzt Edelman selber betrifft: das Regime hat sich nicht geschämt, den Eingesperrten von damals wieder an seinen Wohnort zu bannen.

Umso eindrucksvoller seine Botschaft, den Zielen der Wahrheit, der Würde und der Freiheit treu zu bleiben – und die Tatsache, daß er diese Botschaft von einem „Solidaritäts-"-Sprecher verlesen ließ.

WELT-Report Versicherungen

Als „Manager des Zufalls" sehen sich die Versicherer und leben von der Kunst, Risiken zu kalkulieren. Das Verdienen ist schwieriger geworden. Die Schäden laufen den kalkulierten Einnahmen davon. Das Gleichgewicht zwischen Beitrag und Leistung ist gestört. Ein 40seitiger farbiger WELT-REPORT zeichnet ein Bild der Branche.

„DDR" verschweigt Honeckers Zusage

Erstes Eingeständnis zum Tod des Transitreisenden / Bonn „Verleumdung" vorgeworfen

gba/hrk. Bonn/Berlin

Die „DDR" hat der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Zwischenfall am Grenzübergang Drewitz eine bewußte Belastung der beiderseitigen Beziehungen unterstellt. Die amtliche „DDR"-Nachrichtenagentur ADN kritisierte gestern, daß Regierungssprecher Diether Stolze Inhalt und Umfang des Telefonats von Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker unkorrekt dargestellt habe.

Die Medien in der „DDR" berichteten zwar über den Zwischenfall, verschwiegen aber die telefonische Zusage Honeckers an den Kanzler, daß er sich um eine detaillierte Aufklärung bemühen und die Bundesregierung über das Ergebnis informieren werde.

In den Berichten von ADN wurde auch erstmals erwähnt, daß der 43jährige Kraftfahrer Rudolf Burkert aus der Bundesrepublik Deutschland während der Vernehmung durch „DDR"-Behörden an einem Herzinfarkt gestorben sei. Die ursprüngliche, auch der Ständigen Vertretung Bonns durchgegebene Formulierung lautete, Burkert sei am 10. April „im Bereich des Grenzkontrollpunktes Drewitz" gestorben.

In der ADN-Meldung hieß es gestern, die Diktion von Regierungssprecher Stolze solle offenbar „eine Stütze für die Verleumdungskampagne sein", mit der die Medien in der Bundesrepublik den Tod von Burkert hochspielten, „um damit die von der Bundesrepublik ausgehende Verschlechterung der Lage zwischen der DDR und der BRD zu begründen". Mit der „neuen Verleumdungskampagne" solle offenbar eine bisher von der CDU/CSU noch nicht mit der Linie des Koalitionspartners FDP abgestimmte verbindliche Koalitionsabsprache über die künftige Deutschlandpolitik der Bundesregierung vorbereitet werden. Wegen des noch ungeklärten Unfalls in Drewitz hatte Bundeskanzler Helmut Kohl am Montag davon Abstand genommen, das SED-Politbüro-Mitglied Günter Mittag zu empfangen.

Die CSU setzt sich nachhaltig für eine restlose Aufklärung des Todesfalles am Grenzkontrollpunkt Drewitz ein. Der CSU-Vorsitzende, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, hatte in diesem Zusammenhang von einem „Mordfall" gesprochen. Dazu erklärte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff gestern in einem Deutschlandfunk-Interview, wenn man den Tatbestand Mord strafrechtlich sorgfältig definiere, „dann muß man zurückhaltend und vorsichtig sein, denn das scheint mir ein Ausdruck und eine Bezeichnung zu sein, die man nicht beweisen kann und mit der man sich deshalb zurückhalten muß".

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, erwiderte gestern darauf, zum einen sei Lambsdorff nicht befugt, Franz Josef Strauß Lehren und gute Ratschläge zu erteilen, zum anderen sollten gerade FDP-Politiker „nach der 13jährigen Mitverantwortung der FDP für die Deutschland- und Ost-Politik der gescheiterten liberal-sozialistischen Regierung" besonders zurückhaltend sein.

Es gehe jetzt nicht darum, „durch beschwichtigende Floskeln das brutale Vorgehen der DDR-Machthaber an der deutsch-deut-

● Fortsetzung Seite 10

ZITAT DES TAGES



„Ich halte es für absolut unvertretbar, daß in unserer Zeit, und leider Gottes gerade auch in kirchlichen Kreisen, der Friede häufig vom Zusammenhang mit Recht und Freiheit gelöst wird."

Manfred Wörner, Bundesverteidigungsminister, vor der 28. Gesamtkonferenz der evangelischen Militärgeistlichen in der Bundeswehr. FOTO: KUCHARZ

Strougal schwer krank?

rtr, Prag

Die Abwesenheit des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Strougal bei der Beerdigung eines ranghohen rumänischen Politikers hat Spekulationen neu belebt, der Regierungschef sei schwer erkrankt und könne bald abgelöst werden. Wie westliche Diplomaten mitteilten, hatte der 78jährige Strougal nicht an der Beisetzung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Vaclav Hula teilgenommen, obwohl er Mitglied des Organisationskomitees für die Beerdigungsfeier war. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß Strougal seine für Ende April geplante Reise nach Indien und Japan abgesagt habe.

Tokio warnt USA

dpa/VWD, Tokio

Der japanische Außenminister Shintaro Abe hat eine gemeinsame Entscheidung Westeuropas, Japans und der USA über die Zulässigkeit von Technologieexporten in die Sowjetunion gefordert und damit Washington indirekt erneut vor einseitigen Beschlüssen gewarnt. Vor dem außenpolitischen Ausschuß des Unterhauses in Tokio umriß Abe damit die Position, die Japan in dieser Frage beim Weltwirtschaftsgipfel Ende Mai im amerikanischen Williamsburg einnehmen wird. Bereits in den vergangenen Wochen hatte Tokio mehrfach gegen die von US-Präsident Reagan geplanten Verschärfungen im Handel mit der UdSSR Stellung bezogen.

WIRTSCHAFT

Handelsrückgang

rtr, Peking

Der Handel zwischen der Volksrepublik China und den USA ist in den ersten zwei Monaten 1983 um 10,5 Prozent gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres zurückgegangen. Wie die US-Botschaft in Peking gestern mitteilte, fiel der amerikanische Überschuß im Handel mit China um 42 Prozent auf 97,8 Millionen Dollar von 168,8 Millionen Dollar in den ersten beiden Monaten des Vorjahres. Der bilaterale Handel sei in den Berichtsmonaten auf 857,4 Millionen Dollar von 957,6 Millionen Dollar zurückgegangen.

Einigung über Brüter?

rtr, Bonn

Das Bundesforschungsministerium und die Energiewirtschaft stehen offenbar vor einer Einigung über die Finanzierung des Schnellen Brüters in Kalkar. Aus Kreisen des Forschungsministeriums verlautete gestern, die prinzipielle Einigung sei in Sicht. Einzelheiten wurden allerdings nicht genannt. Zum Weiterbau des Schnellen Brüters fehlen derzeit noch 1,5 Milliarden Mark, an deren Deckung sich nach dem Willen von Forschungsminister Riesenhuber die Energiewirtschaft beteiligen soll. Seite 11

Konkurs-Zahlen

AP, Wiesbaden

Die Zahl der Konkurse in der Bundesrepublik ist im Februar 1983 weniger schnell angestiegen als im Vorjahresmonat. Wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte, lag die Zahl der Insolvenzen im Februar 1983 im Vergleich zum Februar 1982 zwar um 6,9 Prozent höher, die Zuwachsrate gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat blieb aber zum ersten Mal seit August 1980 unter zehn Prozent. Insgesamt hätten die Amtsgerichte im Februar 1983 1433 Konkurse und Vergleiche abzüglich der Anschlußkonkurse gemeldet.

Aktien weiter fest

DW. Frankfurt

Vor allem Auslandsorders führten zu weiteren Kurserhöhungen. Der Rentenmarkt war nachgebend. WELT-Aktienindex 137,7 (136,5). Dollarmittelkurs 2,4503 (2,4508) Mark. Goldpreis pro Feinunze 439,50 (443,00) Dollar.

WETTER

Kühle Meeresluft

DW. Essen

Ausläufer eines Tiefs über der Nordsee führen kühlere Meeresluft nach Deutschland. Tagsüber bewölkt und vereinzelt Regen bei Temperaturen zwischen 12 und 17 Grad. In der Nacht 8 bis 3 Grad. Gelegentlich böiger Wind aus Südost bis Südwest.

Rogers warnt: Genf nicht sabotieren

Rede vor SPD-Stiftung / Bahrs Argumentation läßt der General nicht gelten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit dem Auftritt des amerikanischen Generals Bernard W. Rogers vor der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn sind die scharfen parteiinternen Auseinandersetzungen um den richtigen Weg in der Verteidigungs- und Abrüstungspolitik in ein neues Stadium getreten.

Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa stärkte mit einem eindeutigen Plädoyer für die stetige Verwirklichung des Doppelbeschlusses über die nukleare Mittelstreckenrüstung diejenigen in der SPD, die seine Einladung zur Ebert-Stiftung betrieben hatten. Dies geschah in einem Moment, da der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel versucht, die SPD-Entscheidung über die Mittelstreckenrüstung offenzuhalten, und Egon Bahr ohne Rücksprache mit Vogel die Partei schon jetzt auf ein Stationierungs-Moratorium festlegen möchte.

General Rogers wandte sich gegen ein Verschieben des Stationierungstermins für das erste Waffenkontingent – vorgesehen ist dafür der kommende Winter – und sprach sich gleichzeitig dagegen aus, dieses Kontingent gegenüber der Planung zu verkleinern. Ohne Horst Ehmke oder Karsten Voigt zu erwähnen, ließ der General damit erkennen, daß er nichts davon hält, eventuell die Pershing-2-Raketen aus dem Stationierungsplan herauszunehmen.

Als Gründe für seine Auffassung führte der General an, die beiden Vorschläge seien nur geeignet, die „Chancen für erfolgreiche Verhandlungen zu sabotieren", da so die Anreize für ernsthafte Verhandlungen für die Sowjetunion nicht mehr gegeben wären. Das Argument, das Bahr häufig benutzt, die Genfer Verhandlungen seien unter Zeitdruck, ließ Rogers nicht gelten. Zeitmangel sei kein Hindernis für Ergebnisse. Rogers sieht es vielmehr in der sowjetischen Haltung zu den INF-Verhandlungen überhaupt, und die NATO würde mit dem zeitlichen Verschieben der Stationierung Moskau seiner Auffassung nach einen „willkommenen Verhandlungserfolg ohne jegliches eigenes Opfer" schenken. Das böte den Sowjets die Möglichkeit, sich auf ihre schon bei den Wiener MBFR-Verhandlungen erprobten Technik des „Hinziehens von Verhandlungen" zurückzuziehen. Ein Stationierungsmoratorium offerierte der Sowjetunion laut Rogers doppelten Erfolg, sowohl die Nichtaufstellung der westlichen Waffen als auch eine Verhandlung ohne Ergebnis.

Der amerikanische General wiederholte seine Forderung nach Nutzung dem Westen inzwischen verfügbarer Technologie zur Stärkung seiner konventionellen Verteidigungsfähigkeiten. Dieses inzwischen als „Rogers-Plan" geläufige Konzept zur Bekämpfung der nachfolgenden „strategischen Staffeln" der sowjetischen Streitkräfte vor dem Erreichen des möglichen Kriegsschauplatzes in Mitteleuropa läuft Vorstellungen in der SPD zuwider, die gegenwärtig auf die Abfassung einer Vorlage für den Herbst-Parteitag gerichtet sind und „alternative Verteidigungskonzepte" favorisieren.

Rogers forderte in seiner Bonner Rede die NATO-Länder abermals auf, für die verbesserten konventionellen Verteidigung in der nächsten Zukunft jährlich vier Prozent mehr an realer Kaufkraft den Verteidigungshaushalten zuzuschlagen.

USA: Gewalt kann uns nicht beeindrucken

DW. Washington

Der Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Beirut wird – zumindest vorerst – keine Änderung der amerikanischen Libanon-Politik herbeiführen. Die Regierung in Washington versicherte, sie lasse sich auch durch das „verabscheuungswürdige Attentat" nicht davon abhalten, ihre Friedensbemühungen im Nahen Osten fortzusetzen. Dem Vernehmen nach ist aber eine Nahost-Reise von US-Außenminister George Shultz ungewiß geworden. Das Weiße Haus hatte diese Reise erwogen, um die amerikanische Friedensinitiative zu reaktivieren.

Der stellvertretende US-Außenminister Lawrence Eagleburger gab in einem Fernseh-Interview die Einschätzung wieder, daß die Täter mit Sicherheit auf eine „Infragestellung der amerikanischen Rolle in Libanon" abzielten. Das sei aber „zwecklos". Der republikanische Senator John Tower, Vorsitzender des Streitkräfte-Ausschusses, erklärte, die USA sollten sich „nicht von Gewalt beeindrucken lassen". Selbst der republikanische Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Howard Baker, der zu den schärfsten Kritikern der Entsendung von US-Marinesoldaten nach Libanon gehört hatte, meinte, die Soldaten jetzt abzuziehen wäre ein „ungeschicktes Signal an die Adresse der Terroristen".

Gestern beschlossen die libanesischen, israelischen und amerikanischen Gesprächspartner bei den Libanon-Verhandlungen, ihre Bemühungen zu verstärken, um „so rasch wie möglich zu einer Übereinkunft zu gelangen".

Seite 2: Empfehlungen zum Rückzug
Seite 10: Syrien schützt Terroristen

OECD: 8,3 Prozent mehr Atomstrom

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Produktion der Kernkraftwerke in den westlichen Industriestaaten (OECD) hat sich 1982 um 8,3 Prozent auf 734 Mrd. Kilowatt erhöht. Ihr Anteil an der gesamten Elektrizitätserzeugung dieser Zone nahm damit auf 14,8 (13,5) Prozent zu. Mit 17,4 Prozent (60,3 Mrd. Kwh) lag die Bundesrepublik Deutschland etwas über dem Durchschnitt, wie aus einem Bericht der OECD-Kernenergieagentur (AEN) hervorgeht.

Am weitesten fortgeschritten ist der Ausbau der Kernenergie in Finnland mit 40 Prozent Anteil an der Elektrizitätserzeugung, in Frankreich mit 38,7 Prozent, in Schweden mit 38,65 Prozent, in Belgien mit 30,2 Prozent und in der Schweiz mit 28,2 Prozent.

Die Zahl der im Betrieb befindlichen Kernreaktoren nahm 1982 in der OECD-Zone um 15 auf 229 zu; deren Leistung erreichte 147 Millionen KW, davon nur 9,9 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland.

Von der AEN wird auf Grund der ihr im März 1983 von den Mitgliedsstaaten genannten Projekten erwartet, daß sich der Kernenergieanteil an der Stromerzeugung bis 1990 auf 24 Prozent und bis zum Jahre 2000 auf 29 Prozent erhöht (in der OECD-Zone). Die Uranversorgung der Kernkraftwerke würde bis 1990 keine Schwierigkeiten bereiten.

Die derzeitigen Urananreicherungskapazitäten reichen nach den Berechnungen der AEN bis zum Ende dieses Jahrhunderts mehr als aus. Das gleiche gilt für die Wiederaufbereitungskapazitäten so wie für die Kapazitäten für die Lagerung des Atommülls.

„Entführung in Botswana"

SAD, Johannesburg

Truppen Zimbabwes sind nach Informationen des südafrikanischen Rundfunks in den schwarzen Nachbarstaat Botswana eingedrungen und haben 21 Staatsangehörige Botswanas mit Waffengewalt entführt. Wie der Rundfunk und auch die südafrikanische Presseagentur Sapa meldeten, ereignete sich der Zwischenfall bereits vor einigen Tagen. Von der Regierung in Gaborone war gestern keine Bestätigung zu erhalten.

In Botswana halten sich Tausende von Zimbabwern aus dem Minderheitsvolk der Matabele auf, die nach den jüngsten Massakern in ihrer Heimat geflüchtet waren. Regierung und Presse Zimbabwes beschuldigen Botswana, Guerrillas der Matabele-Kampforganisation Zipra Stützpunkte zu gewähren, insbesondere auch in dem von internationalen Flüchtlingsorganisationen betreuten Lager Dukwe.

Seite 7: Mugabes Krieg

Prems Koalition gewinnt Wahlen

rtr/AP, Bangkok

Die Wahlen in Thailand haben gestern zu keiner grundlegenden Veränderung im politischen Machtgefüge des südostasiatischen Landes geführt. Nach dem inoffiziellen Endergebnis entfielen auf die bisherige Drei-Parteien-Koalition des alten und voraussichtlich auch neuen Ministerpräsidenten Prem Tinsulanonda 221 der 324 Mandate. Der frühere General teilte mit, das Parlament werde am kommenden Montag zusammentreten, um den neuen Ministerpräsidenten und die Regierung zu wählen.

Bei den um zwei Monate vorgezogenen Wahlen errang die Soziale Aktionspartei (SAP) 92 Sitze und blieb die stärkste politische Kraft im Lande. Ihre bisherigen Koalitionspartner, die von der Armee unterstützte Chart Thai und die Demokratische Partei, errangen 73 beziehungsweise 56 Mandate.

Seite 2: Wahl im Land der Freien

Studentenprotest in Seoul

rtr, Seoul

Etwa 600 Polizeibeamte haben gestern das Gelände der Yonsei-Universität in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul gestürmt, wo sich Studenten zu einer regierungsfeindlichen Demonstration versammelt hatten. Wie Augenzeugen berichten, übergaben Beamte in Zivil rund ein Dutzend mutmaßliche Anführer den Sicherheitskräften. Die etwa 800 Studenten hätten in Sprechchören „Nieder mit dem faschistischen Präsidenten Chun Doo Hwan" gerufen und die Polizei mit Steinen beworfen. Die Demonstration habe insgesamt zwei Stunden gedauert.

Die Protestaktion hatte begonnen, nachdem die Universitätsbehörden einen Antrag der Studenten abgelehnt hatten, des Jahrestages der Studentenrevolte von 1960 zu gedenken. Damals war Präsident Syngman Rhee gestürzt worden. Über 140 Menschen waren bei den Unruhen ums Leben gekommen.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einsatz und Abschreckung

Von Rüdiger Moniac

Wer wie die Bundeswehr und mit ihr die NATO als Ganzes die Anwendung von Waffen als Mittel der Politik – der Clausewitzsche Gedanke – verhindern will, muß sich und allen Menschen Rechenschaft darüber geben, wie das möglich sei. Wer über Krieg und Kriegsverhinderung nachdenkt, betreibt also nicht, wie fälschlich immer wieder behauptet wird, Kriegsvorbereitung. Ganz im Gegenteil.

Einen Beitrag zum öffentlichen Nachdenken über die Existenzgrundlagen der Freiheit, zu denen heute auch, ob man will oder nicht, Atomwaffen gehören, gab jetzt im Deutschlandfunk der neue Generalinspekteur. General Altenburg sagt: „Es ist nicht zwingend, daß der nukleare Ersteinsatz die Erweiterung des konventionellen Krieges auf unserem Territorium bedeutet."

Von manchem wird beim Streiten über die „Nachrüstung" sehr kurzschlüssig und damit irreführend behauptet, „wer Pershing 2 sagt, läßt auch den Atomkrieg hierzulande zu". Gerade umgekehrt stimmt die Logik, die Altenburg erläutert. Für ihn, den Fachmann, gilt der nukleare Ersteinsatz auf ein „Ziel irgendwo" als „politisches Signal", das nicht „zwingend der Übergang zum nuklearen Gefechtsfeldkrieg in der Bundesrepublik" sein müsse. Dieses „politische Signal" zeige dem Aggressor vielmehr, daß der Verteidiger zum Äußersten entschlossen ist, wenn der Angriff weiter vorangetragen werden sollte.

Der nukleare Ersteinsatz wird damit selbst im Krieg noch ein Mittel zur Abschreckung und damit zur Beendigung des Krieges. Und eben der Gedanke, daß es Entschlossenheit ist, die Abenteuer verhindert, zwingt zu der weiteren Überlegung: Ist solche Entschlossenheit auch schon vorher unverkennbar, kommt es erst gar nicht zum Angriff und zur Frage des Ersteinsatzes.

Wahl im Land der Freien

Von Christel Pilz

Fünfundzwanzig Millionen Thais hatten sich zu entscheiden, ob sie die Fortsetzung der Demokratie oder, im Bunde mit rechtskonservativen Splitterparteien, eine Rückkehr der Militärs an die Macht wollten. Ihr Votum hat selbst die kühnsten Erwartungen der Optimisten übertroffen. Noch nie war des Volkes Ja zur Demokratie so klar.

Zusammen haben die drei großen Parteien jetzt 221 Sitze in dem 324 Mitglieder zählenden Unterhaus, ein historischer Rekord. Die drei Parteien sind die Soziale Aktionspartei, die Demokratische Partei und die Chart Thai Partei. Es gilt als sicher, daß diese sich nahestehenden Parteien erneut koalieren und die Regierung stellen werden. Alle drei sind gemäßigt progressiv.

Als sicher gilt auch die Wiederwahl von Prem Tinsulanond in das Amt des Premiers und die von Luftmarschall Sitti Sawetsila in das des Außenministers. Prem, ein pensionierter General, ist ein Mann ohne eigene politische Ambitionen. Er hält sich im Hintergrund, statt sich selbst zu profilieren; er hat das für eine Koalitionsregierung notwendige Geschick, versöhnend und schlichtend zu wirken. Auch ist Prem der Verbindungsmann zum Militär und zu dessen politisch aktivem Exponenten, Heereschef Arthit.

Dies ist wichtig. Zwar haben die drei großen Parteien ein klares Mandat erhalten, doch werden sie nur dann in Ruhe regieren können, wenn Arthit sein Placet gibt. Und das wird er nur dann geben, wenn die Parteien einen Kompromiß anbieten, der die politische Rolle der Militärs akzeptiert. Hierüber eine Regelung zu finden wird die erste Aufgabe der neuen Regierung und des neuen Parlaments sein. Ein Verfassungsstreit über dieses Thema hatte zur Auflösung des alten Parlaments geführt.

Wohnungszählung – ja bitte

Von Peter Gillies

Wer hierzulande etwas zählt, riskiert, wie uns Karlsruhe belehrte, die Verfassungswidrigkeit. Die Gewinnung von Daten sei, so hört man allerorten, ein höchst verwerflicher Vorgang, wobei sich jene am meisten darüber empören, die am wenigsten informiert sind.

Über derlei Grundsätzliches hat sich der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Gießen kühl hinweggesetzt. Er befragte die Erstsemester über ihre Wohnsituation und wertete die zwölfhundert Fragebögen sogar aus. Von einem Aufschrei über Orwellsche Visionen, nackte, gläserne oder auf andere Weise entblätterte studentische Intimsphären wurde aus Gießen nichts bekannt.

Bei der nun gestoppten Volkszählung durften die zwölf Fragen zur Wohnungssituation nicht gestellt werden. Das ist doch ganz und gar unvergleichbar, werden jene den Vergleich zurückweisen, die ihr Datenempfinden so feinsinnig zu differieren vermögen. Dabei ging es hier wie dort um die Erfassung einer Wohnsituation, die Mieten und entsprechende Schlüsse daraus.

Die Wohnungspolitik muß nun weiter mit dem Skandal leben, daß sie nicht einmal genau weiß, wieviel Wohnungen es in der Bundesrepublik gibt. Die Zahl schwankt zwischen vierundzwanzig und fünfundzwanzig Millionen. Die Differenz von rund einer Million entspricht dem Bauvolumen von drei Jahren.

Rund zwanzig Milliarden Mark wendet der Staat jährlich für die Wohnungsbauförderung auf – möglicherweise eine gigantische Fehlinvestition. Sie wird durch den Ausfall der Volks- und Wohnungszählung möglich. Da ist es einfach, von einer „neuen Wohnungsnot" zu sprechen. Informationen sind da eher hinderlich, gehen doch die flotten Sprüche dann nicht mehr so leicht von den Lippen.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Partei im Wildwuchs

Von Günther Bading

Grüner Wildwuchs rankt sich um das, was in sozialdemokratischer Regierungszeit als Parteilinie der SPD bezeichnet werden konnte. Dabei ist unter „Grün" nicht allein die Partei gleichen Namens und ihre neue Bundestagsfraktion zu verstehen; darunter sind vielmehr all die neuen Strömungen zusammenzufassen, von den ökologischen Utopisten über neoanarchistische Aussteiger bis zur sogenannten „Friedensbewegung".

Diese jetzt beinahe täglich in Interviews, Presseerklärungen oder auch Veranstaltungen, wie jener des „Frankfurter Kreises" in Oer-Erkenschwick, deutlich werdenden Wucherungen waren noch vor Jahresfrist durch die Troika an der Spitze der Sozialdemokraten immer wieder beschnitten worden. Helmut Schmidt bremste die innerparteiliche Kritik am NATO-Doppelbeschluß wenigstens vor dem Schlimmsten. Die schiere Präsenz von Herbert Wehner verbot es, ernsthaft über Liebäugeleien der Fraktion mit den Grünen auch nur nachzudenken. Willy Brandts Integrationseifer wurde durch die beiden anderen Führungspersonen, aber auch durch die Schmidt-getreuen Kanalarbeiter begrenzt.

Seit Hans-Jochen Vogel Oppositionsführer geworden ist – der Parteivorsitzende Brandt scheint derzeit nur noch international zu existieren –, sammeln sich die Bataillone der Parteiheerscharen, um den eigenen Standpunkt und die eigene Strategie zur Geltung zu bringen. Vogel versucht, die Illusion der Geschlossenheit zu bewahren, die die SPD auch in diesem Wahlkampf wieder hervorzuzaubern verstand. Ohne eigentliche Hausmacht in der SPD bemüht er sich um eine handfeste Stütze. Für Vogel scheint dies das erst im Januar verabschiedete Wahlprogramm zu sein, das er landauf, landab beschwört, ob er nun auf dem Landesparteitag der bayerischen Sozialdemokraten spricht oder auf der Renaissance-Veranstaltung des Frankfurter Kreises für die Epplersche Idee einer Interessengemeinschaft von Arbeitnehmern und neuen sozialen Bewegungen.

Noch vor kurzem ging alle Kritik am NATO-Doppelbeschluß von Egon Bahr aus. Er ist von Vogel bei der Neuformierung der Fraktionsspitze übergangen worden. Zeitgleich damit, nicht im ursächlichen Zusammenhang, drängten andere Wortführer nach vorn, an Bahr vorbei. Oskar Lafontaine sieht die Geschäftsgrundlage der NATO in Gefahr, falls nachgerüstet werde, und behauptet eine „Enthauptungsstrategie" der USA gegenüber der Sowjetunion.

Bahr war da geschickter, als er davon sprach, daß das Nein der SPD – die auf einem Sonderparteitag im Herbst ihre Haltung zum NATO-Doppelbeschluß definieren soll – nähergerückt sei. Sein Vorschlag, die Entscheidung einfach um ein Jahr zu verschieben, läuft auf eben dieses ‚Nein' hinaus, ließe sich aber gegenüber dem Wahlvolk, das Helmut Kohl trotz oder wegen seines Bekenntnisses zum Doppelbeschluß als Kanzler wollte, besser verkaufen. Denn trotz aller Beteuerungen, daß Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland nur innerhalb der NATO möglich sei, ist allen klar: Die Entscheidung für oder gegen den Beschluß ist eine Entscheidung über das Bündnis selbst.



Gefahr grüner Überwucherung? Brandt, Petra Kelly
FOTO: MARTIN ATHENSTÄDT / DPA

Bahrs von Vogel übernommene Taktik ist eine Verweigerungsstrategie ohne Nein.

Verweigerung auch in der Innenpolitik. Gewiß muß Oppositionsführer Vogel innenpolitische Detailvorstellungen nicht wenige Wochen vor der Regierungserklärung Kohls am 4. Mai ausbreiten; dafür ist in der Generaldebatte an den beiden darauffolgenden Tagen im Bundestag die Gelegenheit. Eine Linie aber sollte schon erkennbar sein. Da aber zeigt sich nichts, was über die Versprechen des Wahlkampfs hinausginge, alles zurückzudrehen, was die neue Regierung zur Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen in Angriff genommen hat. Das Rezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschränkt sich auf den Ruf nach Arbeitszeitverkürzung und nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen, also eine Scheinbeschäftigung mit nachfolgender Inflation – und dann wirklicher Not. Es ist eine Flucht in ideologische Phantasien von gestern; mit einem ernsthaften Anpacken der Wirtschaftsprobleme, mit einem Eingehen auf die wirklichen Interessen der Arbeitslosen hat das nichts zu tun. Solange die SPD sich mit solchen Spielereien abgibt, ist sie wirtschaftlich und sozial nicht seriös.

Vogel hat nun der Partei geraten, sich in den Städten und Gemeinden zu erneuern. Aber wie soll das in der Praxis geschehen, wie soll die von Vogel beschworene Bürgernähe aussehen – Zuwendung zu den Arbeitnehmern, deren Weglaufen zur Union eben erst eine SPD-Konferenz im Ruhrgebiet geräuschvoll analysierte, kraftvolle Abweisung jeder Tendenz zur „grünen Protestpartei", wozu ihn die Gewerkschaftler Hermann Rappe und Michael Geuenich aufforderten? Oder Anbiederung an den Geist von Oer? Diesen Schwarzen Peter ließ der Oppositionsführer wohlweislich den Geführten. Erkläret mir, Graf Oer (in Dur), diesen Zwiespalt der Natur; erkläret mir, Graf Oer (in Moll), wie es weitergehen soll.

IM GESPRÄCH Jacques Morizet

Mit Deutschland verbunden

Von Evi Keil

Die deutsch-französische Aussöhnung nennt Jacques Morizet, Frankreichs zukünftiger Botschafter in Bonn, „ein Schlüsselerlebnis" für sein Leben. Der Deutschlandexperte weiß genau, wovon er spricht, gehörte er doch noch, Jahrgang 1921, zu den Franzosen, die einen Teil des Zweiten Weltkrieges als Soldat erlebten. Der spätere Absolvent der Sorbonne und Schüler der berühmten Ecole Nationale d'Administration (ENA), dem Reservoir der französischen Führungselite, verband seine Diplomatenkarriere immer wieder mit der deutschen Frage.

Der erste französische Hochkommissar und spätere Botschafter in Bonn, André François-Poncet, holte sich den jungen Attaché Morizet von 1952 bis 1954 in das damalige Bonner Hochkommissariat. Man residierte im Hotel Dreesen, am Rhein, gegenüber der heutigen französischen Botschaft. Morizet: „Ich lernte den damaligen Präsidenten Theodor Heuss kennen, den die Franzosen sehr liebten, und ich habe damals sehr gelitten, denn Heuss machte gern Späße, die er auf schwäbisch erzählte, so daß ich nichts verstand."

Morizet, von 1956 bis 1960 Erster Sekretär an der französischen Botschaft in Bonn und schließlich Botschaftsrat und Leiter der Presseabteilung, stand gewissermaßen mit an der Wiege der Aussöhnung, die mit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages 1963 besiegelt wurde. Das damals betriebene Aussöhnungswerk zwischen dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle und Konrad Adenauer fand „in Frankreich noch keineswegs die volle Zustimmung seiner Bürger", vor allem im „Establishment français", das sich noch reserviert verhalten habe, sagt Morizet. „Aber de Gaulle hatte eine tiefe Zuneigung zu Deutschland und war sehr stark von deutscher Kultur geprägt." Morizet



Schon zur Dreesen-Zeit dabei: Neuer Botschafter Morizet
FOTO: GAMMA / STUDIO X

erinnert daran, daß nicht nur de Gaulle und Adenauer, sondern auch Botschafter François-Poncet und der erste deutsche Bundeskanzler durch enge Freundschaft verbunden waren.

Jacques Morizet ging von 1962 bis 1966 an die französische Botschaft nach Washington. Aber auch in diesen Jahren beobachtete er weiter die europäische Entwicklung. Von 1969 bis 1971 war er Gesandter an der Botschaft in Rom. Von 1972 bis 1975 arbeitete er erneut, im Range eines Gesandten, an der französischen Botschaft in Bonn, zweiter Mann bei dem damaligen Botschafter und späteren Außenminister Jean Sauvagnargues, der das Berlin-Abkommen mit ausarbeitete. 1975 ging Morizet als Botschafter nach Irak, 1980 als Botschafter nach Marokko.

Zwei „Rheinländer" unter den vier Kindern gehören zur Familie von Morizet: Tochter Catherine, Jahrgang 1953, und Sohn François, Jahrgang 1957, beide in Oberwinter geboren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Die Zeitung hebt hervor, daß die Parteien nicht so arm seien, wie es die Empfehlungen der „Kommission Parteifinanzierung" glauben machen:

Denn hinzu kommen Spenden, Mitgliedsbeiträge, Fraktionsabgaben, Diätenanteile und Mittel aus Parteistiftungen. Das alles führte dazu, daß die Millionenetats der politischen Organisationen innerhalb eines Jahrzehnts auf das Dreifache gestiegen sind. Heute umfassen sie zusammen 330 Millionen Mark. Ganz so arm sind die Parteien also nicht. Das Irrsinnigste wäre wohl, wenn die Politiker weitere Opfer der Bürger mit einer „dritten Stimme" beim Wahlakt erkaufen wollten ...

The Washington Post

Hier heißt es über den jüngsten USA-Besuch Bundeskanzler Helmut Kohls:

Bundeskanzler Kohls kurzer Besuch hier war offensichtlich ein Erfolg. Als der führende konservative Politiker aus dem europäischen Kontinent kam er her, um Präsident Reagan daran zu erinnern, daß es mehr als eine Ausprägung des Konservatismus gibt... Es bestehen wesentliche Unterschiede zwischen dem Konservatismus des Weißen Hauses unter Reagan und dem der deutschen Christdemokraten. Da es Konservative waren, die das deutsche System der Sozialversicherung vor einem Jahrhundert erfanden, betrachten es Konservative heute mit anderen Gefühlen als rechte Republikaner in den Vereinigten Staaten. Die Christdemokraten sind weniger als die Republikaner bereit, Arbeitslosigkeit zu tolerieren, und sie scheuen davor zurück, sie nur als wirtschaftliches Phänomen zu betrachten. Wegen der tiefen Verwicklung der Kirchen in die Abrüstungsbewegung im Laufe der Jahre sind die deutschen Konservativen nicht so leicht wie die Amerikaner bereit, sie als Opposition zu behandeln. Sie neigen eher dazu, sie als Teil ihrer natürlichen Wählerschaft zu betrachten, die überzeugt und integriert werden muß. Vor allem sind die Beziehungen zu Osteuropa nichts Abstraktes für die Wähler Kohls. Die Möglichkeit, aus geschäftlichen und vor allem aus rein persönlichen Gründen hin und zurück die Grenze zum Osten zu überqueren, bei der großen Westflucht zurückgebliebene Freunde und Verwandte zu besuchen, hat für deutsche Wähler zentrale Bedeutung. Und diese Zugangsmöglichkeit steigt und fällt mit dem wechselnden Klima der Ost-West-Beziehungen. Kohl hat mit Reagan wahrscheinlich nicht über das alles gesprochen, aber im Grunde lautete die Botschaft: Die amerikanischen Konservativen können es sich nicht leisten, sich so sehr mit ihren Feinden zu beschäftigen, daß sie ihre Freunde aus den Augen verlieren.

Neue Zürcher Zeitung

Bundeskanzler Kohls Reaktion auf den Todesfall an der Transitautobahn sei klug gewesen, schreibt das Blatt:

Mit seiner direkten Intervention bei Honecker und der Absage zu einem Gespräch mit dem hochrangigen DDR-Besucher Günter Mittag hat der Bundeskanzler mit größtem Nachdruck deutlich gemacht, welches Gewicht er diesem Ereignis und seiner umfassenden Aufklärung beimißt. Gleichzeitig demonstriert Kohls Anruf in Ost-Berlin aber auch seine Bereitschaft, innerdeutsche Probleme unbürokratisch und durch unmittelbaren Kontakt auf höchster Ebene zu lösen. Dieses ebenso entschiedene wie flexible Vorgehen berücksichtigt sowohl die Wünsche von CSU-Chef Strauß, der im Zusammenhang mit dem mysteriösen Todesfall Burkert eine energische Reaktion Bonns gefordert hat, als auch diejenigen der SPD-Opposition, die immer Befürchtungen laut werden läßt, die Regierung Kohl vernachlässige die direkten Kontakte mit Ost-Berlin und anderen osteuropäischen Ländern.

Das Attentat und die Empfehlungen zum Rückzug

Läßt Amerika sich von Bombenlegern ins Bockshorn jagen? / Von Thomas Kielinger

Die Bombe, die in Beirut die amerikanische Botschaft zerstörte, hat auch tief in die amerikanische Nahost-Politik eingeschlagen. Obwohl ein Attentat auf diplomatische Vertretungen überall in der Welt stattfinden kann, erinnert dieser neuerliche Akt der Barbarei die Amerikaner doch schmerzlich an die Gefühle der Besorgnis, mit denen sie im vorigen Jahr ihre 1200 „Ledernacken" nach Libanon ziehen ließen.

Die Reaktion auf den Beiruter Anschlag spiegelt die ganze Palette dieser gemischten Gefühle wider. „Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns da festbeißen sollten", sagte Senator Hollings, Demokrat aus South Carolina, der gerade am Montag seine Kandidatur für den Präsidentenwahlkampf im nächsten Jahr bekanntgab. „Ich habe aus Vietnam gelernt, daß die USA mit militärischer Präsenz keinem anderen Land innenpolitisch helfen können." Hollings empfahl, einen festen Termin für den Rückzug der Luftlandetruppen zu setzen.

Weiter ging sein Kollege Goldwater auf der republikanischen Seite: „Wir sollten unsere Marines sofort abziehen", sagte der Präsidentschaftsanwärter von 1964. „Ich glaube, wir gehen einem Unglück entgegen."

Heftig widersprachen die Senatoren Tower und Baker. „Sich nach einem Terroranschlag dieser Art auf den Rückzug zu begeben, würde ein höchst unglückliches Signal setzen", meinte Fraktionschef Baker. Präsident Reagan stimmte in diesen Ton ein: „Der verbrecherische Akt wird uns nicht von unserem Ziel abbringen, Frieden in dieser Region zu suchen. Wir werden weiter die Verhandlungen über den Rückzug aller Truppen aus Libanon vorantreiben."

Das Getümmel der Meinungen signalisiert dem Weißen Haus, daß Gefahr in Verzug ist, sollte es mit diesen Rückzugsgesprächen länger dauern. Reagan nähert sich in Libanon einer Zwickmühle: Er hat die Präsenz der US-Marines abhängig gemacht von erfolgreichen Rückzugsverhandlungen; er kann aber nicht amerikanische Truppen in Libanon praktisch unbefristet stationieren, ohne daß die Kritik zu Hause in kritischer Weise auffrischt. Man kann sich denken, wohin die Suche nach einem Ausweg das Weiße Haus führen wird: nach Israel. Das Attentat von Beirut wird die Neigung der US-Administration stärken, gegenüber Israel als Forderer aufzutreten, wenn nicht sogar Druck auszuüben, mit den Truppenrückzugsverhandlungen voranzukommen. Schon bisher galt Erfolg an dieser Front als stille Voraussetzung dafür, daß man mit den weiteren Friedensplänen für Nahost, mit den Autonomie-Gesprächen über die palästinensische Zukunft, fortfahren könne. Nun kommt als zweites mächtiges Kalkül die Sicherheit der Amerikaner in Libanon dazu.

Ein Blick auf den Kalender zeigt, wie eng der zeitliche Spielraum zu werden droht. In weniger als zwei Monaten jährt sich zum erstenmal das Datum der israelischen Invasion in Libanon. Wenn bis dahin in der Truppenrückzugsfrage nichts geschehen ist, wird Washington seine Glaubwürdigkeit, im Nahen Osten zur Zeit irgendetwas bewegen zu können, zumindest in arabischen Augen stark lädiert vermuten. Reagans Ungeduld zeigte sich bereits im vorigen Monat, als er die Lieferung von versprochenen 75 F-16-Bombern an Israel stornieren ließ, solange israelische Truppen nicht aus Libanon abgezogen seien. Dieser Schritt überraschte sogar das State Department, wo man inzwischen zur Ansicht gekommen ist, daß man mit Druck dieser Art in Israel nichts gewinnen kann.

Der Zeitplan verengt sich aber auch wegen der heraufziehenden Präsidentschaftswahlen in den USA. Bisher ging Israel davon aus, daß kein Politiker in den USA sich die proisraelischen Wähler verscherzen dürfe. Diesmal hat Reagan, wie das „Wall Street Journal" am 14. April enthüllte, angedeutet (und zwar in Gesprächen mit König Hussein vorigen Dezember), daß er seine Wiederwahl auch „ohne den jüdischen Wählerblock" gewinnen könne.

So gibt es manche Äußerungen in Amerika, die Leute wie die Attentäter von Beirut ermutigen könnten. Aber gerade das, was dort an Rückzugsmentalität zum Vorschein kommt, wirkt kontraproduktiv. Denn die Amerikaner begründen ihren Druck auf Israel nicht zuletzt damit, daß, falls eine solcherart durchgesetzte israelische Nachgiebigkeit sich doch als Fehler herausstellen sollte, die USA ja unerschütterlich und verläßlich zum Schutz Israels bereitstünden.

Das Geld soll die Parteien nicht auf Umwegen erreichen

Von PETER GILLIES

Ich mag es nicht, wenn der Staatsanwalt in meinen Büchern schnüffelt" – eine Antwort, die den Schatzmeistern der Parteien von spendenwilligen, aber augenblicklich nicht spendenbereiten Bürgern geläufig ist. Parteienfinanzierung ist zu einem Faszinosum der deutschen Politik geworden. Sie bot Stoff für Enthüllungsstories, brachte zwei Industriepräsidenten zu Fall, ließ Regierungen erschauern, bewies den Phantasiereichtum der Steuerpraxis, und sie verdrießt den Bürger.

Die Fünfer-Kommission mit ihrem Bericht zur Neuordnung der Parteienfinanzierung bietet Denkanstöße, Grundsätzliches, ein Konzept mit mancherlei Widrigkeiten sowie die Gefahr, daß sich die Parteien nur mit jenen Vorschlägen bedienen, die sie selbst in die Kommissionsarbeit einspeisten.

Im Kern geht es darum, wie nahe die Parteien, die an der politischen Willensbildung mitwirken, dem Staat sein sollen. Obgleich mancher Berufspolitiker, zumal wenn er regieren darf, eine hohe Identität mit dem Staat ausstrahlt, ist die Deckungsgleichheit von Parteien und Staat gleichwohl verfassungswidrig. Der Magnetismus zwischen beiden ist das eigentliche Ärgernis, der Kampf geht um die Distanz beider.

„Der Staat ist weder verpflichtet noch berechtigt, den Geldbedarf der Parteien zu befriedigen; er kann ihnen deshalb das Risiko eines Fehlschlags ihrer eigenen Finanzierungsbemühungen auch nicht abnehmen," stellt die Kommission fest. „Keinesfalls dürfen die Parteien einer staatlichen Gesamtvorsorge überantwortet werden." Daß ausgerechnet die Grünen mit einem Anteil von rund 95 Prozent öffentlicher Finanzierung („einmaliger Fall staatlich subventionierter Parteigründung") von „Staatsknete" abhängig sind, stellt eine besondere Pointe dar.

Die Geschichte der Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik ist ein Suchprozeß, eine Kette mancher Irrungen und Wirrungen, sieben Urteile des Bundesverfassungsgerichts zwischen 1958 und 1979 eingeschlossen. Nachdem die allgemeine Finanzierung aus öffentlichen Geldern als grundgesetzwidrig erklärt wurde, lieferte das Parteiengesetz von 1967 mit der pauschalierten Wahlkampfkostenpauschale eine neue Grundlage. Diese Erstattung entspricht einer Subvention der Parteiorganisationen.

Für die beiden großen Parteien stellt diese Form der Finanzierung zwischen zwei Dritteln (CDU) und drei Fünfteln (SPD) des Finanzrahmens dar. Mitgliedsbeiträge dekken 21 bis 25 Prozent der Einnahmen. Der Rest sind Spenden, Zwangsabgaben der Mandatsträger, Vermögenserträge, sonstige Einnahmen.

Darüber hinaus gibt es vielfältige Geldquellen, deren Variation so bunt wie das Leben ist: offene oder verdeckte Zuschüsse zu parteinahen Stiftungen und Organisationen, zur parlamentarischen Arbeit. Das wirkliche Ausmaß ist nur schwer zu schätzen, weil beispielsweise ein als Wahlkampfhelfer abgestellter Beamter ein willkommener Zuschuß ist, aber in keiner Statistik auftaucht.

Wer über die Spendenskandale spricht, muß zuvor abgrenzen. Wenn ein potenter Steuerzahler mit fingierten Abzugsbescheinigungen eine schwarze Kasse aufbaut, so ist dies Steuerhinterziehung. Auch das Verfahren um die Vorteilsnahme ist vom Problem zu trennen. Am zerfaserten Rande der Legalität bewegt sich folgender Vorgang: Ein Unternehmen spendet (steuerabzugsfähig) für eine „Staatsbürgerliche Vereinigung", diese schleust das Geld direkt oder über das Ausland in die Partei zurück.

Diese „Umwegfinanzierung" ist den Beteiligten peinlich, schreckt die Spender ab und bedarf einer Neuregelung (dies freilich nur dann, wenn die Behauptung der Parteien, sie kämen mit ihren Einnahmen nicht aus, als Grundlage akzeptiert wird).

Die Kommission möchte die Umwege verstopfen. So sollen die Transfers von Vereinen, Berufsverbänden und Stiftungen zu den Parteien hin verboten werden (auch aus dem Ausland). Damit die Umwege nicht mehr attraktiv sind, winkt den Parteien ein Wunschziel: Ihre Spenden sollen faktisch wie jene für das Rote Kreuz oder die Aktion Sorgenkind steuerlich abzugsfähig sein. Mehr noch: Durch den hälftigen Abzug der Spende von der Steuerschuld ist die Parteienspende vor allem für Einkommensschwache attraktiver als jene für „Misereor" oder „Brot für die Welt".

Die Transparenzwünsche der Gutachter sind bereits seit langem im Gespräch. Die Offenlegung dürfte höchst aufschlußreich sein, führte man sie ein. Danach sollen die Parteien nicht nur über ihre Einnahmen, sondern auch über alle Ausgaben und ihr Vermögen Bilanz legen, eine Prüfung durch Rechnungshöfe eingeschlossen.

Verboten sollen künftig auch die Zwangsabgaben von Mandatsträgern an ihre Parteikassen sein. Damit entfällt ein Argument für weitere Diätenerhöhungen – jedenfalls theoretisch. Die Erhöhung der Wahlkampfpauschale von derzeit 3,50 auf fünf Mark erfreut die Schatzmeister, dürfte jedoch noch heftig diskutiert werden. Sie ist nicht geeignet, den Druck auf mehr Wirtschaftlichkeit und Rationalisierung der Parteiarbeit zu verstärken.

Viele der Umwegfinanzierungen von heute hängen mit dem Fetisch der Steuerquittung zusammen. Wer 10 000 Mark spendet, und sie beim Finanzamt als Betriebsausgabe absetzen kann (also de facto nur etwa 4500 Mark aufbringt), käme nie auf die Idee, jene 4500 Mark aus versteuertem Einkommen zu spenden. Offenbar ist er der Meinung, wenn er denn schon spende, dann möge auch das Finanzamt mit von der Partie sein.

Die steuerliche Abzugsquittung wird auch künftig das wichtigste Wertpapier der Spendenfinanzierung bleiben. Aber die Umwege über phantasiereiche „Geldwaschanstalten" wären vielfach unnötig.

Einige Beispiele aus dem Zwielicht der Praxis: Parteinahe Organisationen übernehmen Personal- oder Sachkosten, die eigentlich die Partei zahlen müßte; es werden zu Überpreisen mindere Gutachten verkauft, deren Erträge die Parteikasse bereichern (an dieser Praxis scheiterte BDI-Präsident Nikolaus Fasolt); Verlage der Parteien fingieren Rechnungen, Anzeigen und Druckkosten; größere Spenden werden gestückelt, damit sie nicht meldepflichtig werden.

Als ein Denkspiel besonderer Art gilt der „Bürgerbonus". Ihm liegt die Idee zugrunde, der Bürger möge selbst bestimmen, welcher Partei er einen Förderbetrag von vielleicht fünf Mark zukommen lassen will. Zur Zeit wird die Wahlkampfpauschale (3,50 Mark) zusammen mit der Wahlstimme abgegeben. Den Gutachtern schwebt vor, die politische Stimme und die Geldzuweisung zu trennen. Der Erfolg wäre, daß nicht nur um Erst- und Zweitstimme gekämpft werden muß, sondern auch um die finanzwirksame „Drittstimme". Den Parteimanagern graut davor.

Ob die Unterstellung lebensnah ist, ein Wähler gebe beispielsweise der SPD seine Stimme, das Geld aber den Grünen (oder umgekehrt), weiß niemand. Zweifel sind auch angebracht über den Vorschlag eines Sonderfonds beim Bundestagspräsidenten, wobei allein der Bürokratieaufwand beträchtlich ist (wie überhaupt dieses Argument zu bedenklichen Blähungen im öffentlichen Dienst führt, man denke nur an die komplizierten Ausgleichsverfahren bei der Mittelzuteilung).

Wiewohl die Staatsanwaltschaften bei der Parteienfinanzierung noch einiges in petto haben dürften – die Bonner Parteizentralen sind froh über die Denkanstöße der Kommission. Sie versachlichen das Thema, drängen auf eine politisch und finanziell saubere Lösung, enthalten auch die meisten Wunschänderungen der Schatzmeister.

Aber wie man die Reform auch wendet: Der Steuerzahler wird tiefer in die Tasche greifen müssen, die Parteien hingen noch stärker am Subventionstropf. Die Mahnung, die Ausgaben endlich an ihren Einnahmen auszurichten (und nicht umgekehrt), fiel zu milde aus. Geldmangel war noch immer der zugkräftigste Rationalisierungsmotor. Aus diesem Zwang sollten die Parteien ihre Organisationen nicht entlassen. In Bonn überwiegt die Skepsis, ob ihnen dies gelingt.

Ein gewichtiges Gutachten zur Parteienfinanzierung übergab Professor Walther Fürst dem Bundespräsidenten. FOTO: PETER POPP/DPA



Dr. Inge Kemp Genefke gründete die Klinik für Folteropfer.



Die Gefolterten erleiden nicht nur physische Schäden (hier die Behandlung eines an den Füßen Gefolterten), sondern immer auch psychische Leiden. FOTOS: GAMMA

Kopenhagen – Hoffnung für Gefolterte

Von R. GATERMANN

Folterung und Mißhandlungen sind ebenso alt wie die Menschheit. Heute, in unserer modernen und angeblich so aufgeklärten Zeit, wird nach Angaben der Gefangenen-Hilfeorganisation Amnesty International in rund 60 Ländern der Welt die Folter systematisch eingesetzt; keine Regierung gibt dies offiziell zu, aber die Zahl der Opfer wächst ständig, die Methoden werden immer mehr verfeinert, immer häufiger beteiligen sich Ärzte und Psychologen an ihrer Entwicklung. Um die Opfer hat sich bislang allerdings kaum jemand gekümmert. Erst Mitte der siebziger Jahre, als Amnesty International medizinische Kriterien benötigte, um juristisch unanfechtbare Beweise vorlegen zu können, daß Menschen in Gefängnissen und Gefangenenlagern mißhandelt worden sind, machte sich ein dänisches Ärzteteam an die Arbeit, in größerem Umfang die physischen und psychischen Schäden der Gefolterten eingehender zu untersuchen. Unter den Medizinern befanden sich auch die Neurologin Dr. Inge Kemp Genefke. Sie war schließlich die treibende Kraft hinter einem bisher in der Welt einmaligen Projekt. Seit zwei Jahren gibt es in der Kopenhagener Universitätsklinik, dem Rigshospital, das „Internationale Rehabilitations- und Forschungszentrum für Folteropfer" (RCT).

„Wir mußten alles von Anfang an lernen, es gab kein Material mit Ausnahme einiger Berichte aus den Konzentrationslagern, auf das wir zurückgreifen konnten. Wir befinden uns im Grunde immer noch in der Lernphase, glauben jedoch schon ziemlich viel zu wissen. Die wichtigste Erkenntnis bisher ist, daß wir wissen, den Opfern helfen zu können", so beschreibt die Ärztin den heutigen Stand der Forschung. Im Rigshospital arbeitet eine Gruppe von etwas mehr als 20 Ärzten, Krankenschwestern, Psychologen, Physiotherapeuten, Übersetzern, Juristen und Sekretärinnen. Bisher haben sie rund 30 Opfern den Weg zurück in ein normales Leben geebnet. Und jetzt fühlt sich die Gruppe auch in der Lage, ihre Erfahrungen und ihr Wissen an Kollegen aus anderen Ländern weiterzugeben, damit neue derartige Zentren eingerichtet werden. Das größte Interesse kam bisher aus Kanada, Frankreich und den Niederlanden.

„Wenn ein Mensch das Land verläßt, in dem er gefoltert worden ist, will er meistens so schnell wie möglich vergessen und ein neues Leben anfangen. Es gelingt ihm aber nicht, die Erinnerungen zu unterdrücken", berichtet Dr. Inge Kemp Genefke. Kommen sie in die Obhut der Kopenhagener Gruppe, beginnt ein Rehabilitationsprozeß, zu dem es in der Medizin und der Psychologie keine Parallelen gibt. „Wir müssen das Vertrauen der Opfer gewinnen, deshalb müssen wir wissen, was Folter ist und was unsere Patienten durchgemacht haben. Wir müssen sie dazu bringen, uns alles bis ins letzte Detail zu erzählen. Dies verschafft ihnen jedoch auch Erleichterung." Insgesamt finden etwa 10–15 Gespräche statt, das erste dauert meistens vier bis fünf Stunden, die übrigen zwischen eine und drei Stunden. Zuerst wird der Patient täglich behandelt, dann zwei- bis dreimal wöchentlich. Normalerweise dauert die ganze Prozedur drei bis vier Monate. Aber auch danach „können sie zu uns zurückkommen, falls sie wollen".

Den Zustand der Opfer beschreibt die Neurologin so: „Die Opfer zeigen deutliche psychische Symptome. Sie haben Angst, sind deprimiert, können sich nicht konzentrieren und haben Erinnerungslücken. Sie sind leicht reizbar und introvertiert. Sie haben Alpträume, in denen die Folterungen immer wieder vorkommen. Sie leiden unter Kopfschmerzen, sind müde und haben sexuelle Störungen." Diese Merkmale zeigen sich auch noch nach zehn oder 15 Jahren nach der Mißhandlung. Und daß diese Patienten mit keinem „normalen Kranken" vergleichbar sind, zeigen die Erfahrungen, die das Kopenhagener Team inzwischen gesammelt hat. Eine Hauptregel in der Behandlungstherapie ist, alles zu vermeiden, was die Opfer an die Folterzeiten erinnern könnte. Dies erfordert jedoch größte Behutsamkeit. Wer kommt schon darauf, daß eine helle Leuchtröhre im Behandlungszimmer Erinnerungen an eine Folterphase wachruft? Die Patienten haben auch Angst vor geschlossenen Räumen, Fahrstühle müssen vermieden werden – und längere Wartezeiten. Auch sie erinnern an böse Erlebnisse. Ebenso ist es bei einer ganz normalen Blutuntersuchung, oder sind sie der elektrischen Folterung ausgesetzt gewesen, schrecken sie angsterfüllt vor einem EKG zurück. Auch eine notwendige Zahnbehandlung kann diese Erinnerung wachrufen. Und viele sehen in der Badewanne ein Folterinstrument oder wehren sich mit allen Kräften gegen eine Gliederstreckung, weil sie sie einmal als Folter erlebt haben. Diese Liste läßt sich beliebig verlängern.

Deshalb gehörte zu den ersten Erkenntnissen der Therapeuten, daß man den Patienten zuerst beibringen müsse, die Mechanismen der Folterung zu verstehen. („Wir müssen die Opfer von dem Gefühl der Schuld und der Erniedrigung befreien.") Jede Behandlung wird ausführlich erklärt. Erkennt man Angst oder Widerstand, wird sie zunächst aufgeschoben, bis der Patient sie innerlich verarbeitet hat und ihr zustimmt. „Das braucht er uns gar nicht zu sagen, wir merken das." Beim Aufbau dieser Vertrauensbasis ist es von besonderer Bedeutung, daß die Opfer ständig von denselben Personen umgeben sind. „Müssen sie mal zu einer anderen Abteilung des Krankenhauses, werden sie immer von uns begleitet", sagt Frau Kemp Genefke, und sie erklärt weiter: „Mit Ausnahme zur Schmerzbekämpfung verwenden wir keine Medikamente, und bei der Behandlung nähern wir uns nie der Schmerzgrenze."

Die Gruppe sieht ihre Arbeit als eine Hilfe zur Selbsthilfe. Wenn die Opfer eine Verbesserung ihres physischen Zustandes bemerken und wenn der psychische Schmerz entdeckt worden ist und bearbeitet werden kann, wenn sie genau über die Folterprozedur berichtet haben und beginnen, sich von ihr zu befreien; wenn sie begreifen, welche Ziele mit der Folterung verfolgt werden, dann lösen sich der Denkknoten und die Verkrampfung. Die Patienten fangen dann an, aktiv für ihre Genesung zu arbeiten. Und wenn der Rehabilitationsprozeß soweit fortgeschritten ist, geschieht es, daß die Patienten dem Personal folgendes berichten: „Letzte Nacht hatte ich den ersten positiven Traum seit meiner Folterung." Oder: „Erstmals konnte ich wieder konzentriert mehrere Seiten eines Buches lesen."

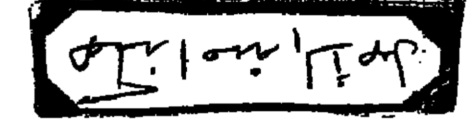
Aber im Rigshospital kümmert man sich nicht nur um die Opfer, sondern auch um deren Familien. Und da spielen Kinder nicht selten eine entscheidende Rolle. Der Kinderarzt der Gruppe, Dr. Niels Bach Mortensen, beschreibt ihre Situation: „Nicht selten haben die Kinder miterlebt, wie ihre Väter abgeholt wurden; mitunter waren sie auch bei der Folterung dabei. Einige wurden selbst geschlagen, als sie ihren Vätern helfen wollten. Manche Kinder haben einige Zeit auf Polizeistationen oder in Gefängnissen zugebracht. Sie wurden einer psychischen Folterung ausgesetzt. Ihnen wurde gesagt: „Euer Vater wird gefoltert, oder sie mußten zu Scheinhinrichtungen kommen." Jetzt leiden sie unter Depressionen und Alpträumen, sie wollen sich nicht von ihren Eltern trennen, sie sind Bettnässer und haben Probleme in der Schule. Ebenso wie bei den Erwachsenen kamen die Ärzte auch bei den Kindern zu überraschenden Erkenntnissen, die – wenn man ihre Erlebnisse kannte – ziemlich logisch waren. Dr. Bach Mortensen: „Einige Kinder hatten fürchterliche Angst vor den Wachsoldaten vor der Residenz der Königin, weil sie Uniform trugen."



Um das Vertrauen der Patienten zu gewinnen, müssen die Ärzte wissen, was der Gefolterte durchgemacht hat.

Die bisher im Rigshospital behandelten Folteropfer sind in Dänemark wohnhaft, nachdem sie hier politisches Asyl bekommen haben. Sie stammen fast ausschließlich aus Afrika und Lateinamerika. Dr. Inge Kemp Genefke sieht ihre Abteilung nicht als eine Krankenpflegeinstitution, sondern als eine „offene und sichere Stelle, an die sich die Opfer mit ihren Familien wenden können. Jegliche Bürokratie ist verbannt." Ziel der Gruppe ist es, jährlich ein paar hundert physisch und psychisch mißhandelten Personen die Rückkehr in ein normales Leben zu ermöglichen. Der Bedarf ist aber bedeutend größer. Laut Amnesty International gibt es rund eine Million politische Gefangene, von denen ein Großteil systematisch gefoltert wird. Die Kopenhagener sehen die Grenzen ihres Leistungsvermögens; deshalb fördern sie die Bildung neuer Teams. Sie sollten so nahe wie möglich bei den Folterzentren stationiert sein; je eher die Rehabilitation eingeleitet werden kann, desto größer sind die Erfolgsaussichten.

Die Arbeit der Kopenhagener Gruppe konzentriert sich gezwungenermaßen nicht alleine auf den medizinischen Bereich, einiges Kopfzerbrechen bereitet ihr die Finanzierung des Rehabilitations- und Forschungszentrums. Seine Einrichtung hat umgerechnet rund 300 000 Mark gekostet, die zum weit überwiegenden Teil aus privaten Spenden aufgebracht wurden. Die dänische Regierung stelle für den laufenden Betrieb die Räumlichkeiten und die technischen Einrichtungen im Rigshospital kostenlos zur Verfügung, dennoch werden zur Deckung der Jahreskosten ungefähr 2,5 Millionen k benötigt. In Kopenhagen rechnet man mit Zuschüssen von privater Seite sowie aus dem UN-Fonds für Folteropfer, dessen Einrichtung 1981 von der UNO-Vollversammlung beschlossen wurde. Bis Anfang dieses Jahres hatten allerdings lediglich Zypern, Dänemark, Finnland, die Niederlande, Norwegen und Schweden einen Beitrag geleistet.



Auf der Wartburg sucht Honecke das Gespräch mit der Kirche

Die Begegnung mit Bischof Leich gilt auch unter „DDR"-Christen als umstritten

H.-R. KARUTZ, Berlin

SED-Generalsekretär Erich Honecker will gut fünf Jahre nach dem bisher einzigen Gipfeltreffen mit der Evangelischen Kirche in der „DDR" offenbar ein neues Verständigungsgespräch mit leitenden Protestanten führen. Wie die WELT berichtete, trifft Honecker morgen bei einem Besuch auf der Wartburg mit dem thüringischen Landesbischof Werner Leich zusammen. Dabei ist auf Wunsch Honeckers auch ein Gespräch im engsten Kreis vorgesehen.

Leich informierte darüber bereits die Führung des „DDR"-Kirchenbundes. Honeckers Wartburg-Besuch gilt offiziell der Eröffnung mehrerer restaurierter Räume der 900 Jahre alten und mit der deutschen Geschichte eng verbundenen Burg. Gemeinsam mit den Mitgliedern des kirchlichen Lutherkomitees mit Bischof Leich an der Spitze besichtigt Honecker – er steht dem staatlichen Luther-Gremium vor – außerdem die mit wertvollen in- und ausländischen Leihgaben angereicherte Schau „Martin Luther auf der Wartburg".

Honeckers Reise nach Thüringen gilt in Ost-Berlin als Gegenstück zur kirchlichen Luther-Feier am 4. Mai, an der – wie die WELT berichtete – Bundespräsident Karl Carstens gern als „Christ und Privatmann" teilgenommen hätte.

In kirchlichen und politischen Kreisen beider Teile Berlins wird im Zusammenhang mit dem Wartburg-Gespräch zwischen Honekker und Leich an eine Zusammenkunft vor 19 Jahren erinnert. Damals, am 18. August 1964, sprach Honeckers Vorgänger und politischer Ziehvater Walter Ulbricht mit dem thüringischen Landesbischof Moritz Mitzenheim. Ulbricht unternahm bei dieser Gelegenheit den Versuch, durch eine Art „Volksfront"-Angebot die Kirche für den „Aufbau des Sozialismus" zu gewinnen.

Ulbrichts Vorstellungen von einer „sozialistischen Menschengemeinschaft", von der die SED heute nicht mehr spricht, sollten dabei mit den humanistischen Traditionen der evangelischen Kirche vermengt werden.

Weil Mitzenheim seinerzeit weder seine Amtsbrüder noch die Kirchenleitungen von dem Geheimtreffen mit dem SED-Chef informierte, stieß der Eisenacher Bischof auf Kritik und Befremden innerhalb der Kirche: Als Ulbrichts Zugeständnis an die Christen in der „DDR" wurde damals die von Mitzenheim erreichte Zusage gewertet, zumindest „DDR"-Bürgern im Rentneralter wieder Reisen in den Westen zu erlauben. Heute leitet der Sohn des damaligen Bischofs, Hartmut Mitzenheim, als enger Mitarbeiter Leichs das Landeskirchenamt.

Honeckers Zusammentreffen mit Leich auf der Wartburg vollzieht sich vor dem Hintergrund anhaltender Kritik von Basis und Führung der evangelischen Kirchen drüben an staatlichen Willkürmaßnahmen gegenüber jungen Christen. Die in der Gemeindearbeit verankerte christliche Friedensbewegung und ihre Ausstrahlung auf grundsätzlich regimekritische „DDR"-Bürger macht der SED zu schaffen.

Prozesse gegen Wehrdienstverweigerer, konkrete Worte von Synoden wie zuletzt der von Berlin-Brandenburg über pazifistisches Engagement als das „deutlichere Zeichen für den Frieden" sowie der Hinweis auf die Angst sowohl vor neuen westlichen Raketen als auch vor der sowjetischen SS-20-Rüstung führten zu einem Klima permanenter Spannung.

Das seit Monaten deshalb erkennbar zunehmende Interesse der Ostberliner Führung an einer grundsätzlichen Aussprache mit der evangelischen Kirche muß auch vor dem Hintergrund insgesamt erfolgloser Bemühungen der Partei gesehen werden, sich vorbehaltlose und propagandistisch verwertbare, einseitige Zustimmungserklärungen der Kirchenführung zu Ostberliner oder Moskauer Abrüstungsvorstellungen zu verschaffen.

Auch eine Wiederholung des Gipfeltreffens vom 6. März 1978, das einige atmosphärische Erleichterungen für die Christen an der „Basis" brachten, kam bisher nicht zustande. Denn weder der frühere Kirchenbunds-Vorsitzende, Bischof Werner Krusche (Magdeburg), noch sein Nachfolger, Bischof Johannes Hempel (Dresden), machten Anstalten, auf neuerliche SED-Annäherungsversuche einzugehen.

So trifft es sich aus Sicht der Parteiführung günstig, einen unverfänglichen Termin wie die Besichtigung der Wartburg zu einem zwar informellen, aber keineswegs unverbindlichen Gespräch mi tenden Protestanten zu nutzen

Dennoch dürfte die Begegn von Leich mit Honecker unter „DDR"-Christen nicht unums ten sein. Leich sah sich im Wi 1983 massiver Kritik in den e nen Reihen und aus der Bunde publik ausgesetzt, als er sich den Friedensaktivitäten jun Christen distanzierte, die beispie weise nach einer Schweigemin am Heiligen Abend in Jena v Sicherheitskräften verhaftet w den waren.

Als kirchliche Reaktion auf B richte über diesen Vorfall in west chen Medien schickte die Press stelle der Landeskirche beispiel weise allen in Ost-Berlin akkred tierten West-Korrespondenten e nen Brief mit folgendem Satz: „S hat es am 24. Dezember 1982 (Heil ger Abend) im Bereich der Stad Jena keinerlei Aktivitäten auße halb von Kirchen und Gemeinde gegeben, die von der Kirche z verantworten wären."

Auf einen Protestbrief von 1 jungen Christen aus Thüringer reagierte Leich mit der Feststel lung, das in der FAZ veröffentlich te Schreiben liege in Eisenach nicht vor. Leich wandte sich strikt dagegen, eigene Schritte bei den staatlichen Stellen zugunsten der Inhaftierten „über westliche Medien oder Zeitschriften" zu erörtern.

Letzten Endes war die Freilassung der Verhafteten von Jena jedoch nicht in erster Linie kirchlichen Bemühungen zu verdanken: Sie kamen frei, weil sich vor allem der französische Staatspräsident François Mitterrand, Bundeskanzler Bruno Kreisky und der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in Ost-Berlin nachdrücklich für sie einsetzten.

In einer Gemeindeveranstaltung in Jena am 18. März hatte Bischof Leich in Anwesenheit vieler Jugendlicher zu diesem gesamten Thema von Hilfe und Unterstützung für Bedrängte versprochen: „Wo Menschen zu uns kommen und sagen, daß ihnen Unrecht geschehen sei, versuchen wir, dies weiterzugeben und direkt mit den Vertretern des Staates darüber zu reden."

Ob die Begegnung auf dem 900 Meter hohen Wartberg morgen grundsätzliche Zusagen Honeckers gegenüber der Kirche ergibt, wird sich erweisen.

Das Taktieren um den Wahltermin wird für Börner zum Bumerang

Hessischer Steuerzahlerbund warnt Regierung vor 30 000 zusätzlichen Arbeitslosen

D. GURATZSCH, Frankfurt

Am Anfang hatte es ganz so ausgesehen, als hätte der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) mit dem Haushaltsthema ein Instrument gefunden, mit dem er die Oppositionsparteien im hessischen Landtag in Schach halten könnte. Seine Kalkulation war es gewesen, sich die seit der Landtagswahl vom 26. September 1982 fehlende Mehrheit im hessischen Parlament vorübergehend dadurch zu sichern, daß er CDU und Grüne bewegen könnte, wechselweise einzelnen Verfahrensschritten zur Erreichung eines Haushalts zuzustimmen.

Täten sie das, so würden sie öffentlich sichtbar damit Börners Politik das Vertrauen aussprechen. *Täten sie es nicht, so würden sie* sich selbst einer Blockade aller Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft, zum Funktionieren der Verwaltung, zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen überführen. In einer dann unvermeidlichen vorgezogenen Neuwahl zum Hessischen Landtag würden sie die Quittung für diese „Verweigerungshaltung" erhalten.

Führende SPD-Politiker und auch Börner selbst wurden daher nicht müde, die Öffentlichkeit in immer neuen Erklärungen auf die verheerenden Folgen hinzuweisen, die sich aus einer Haushaltsblockade ergeben würden. Als CDU und Grüne aber dann wirklich den Haushaltsplan in zweiter Lesung am 23. März zu Fall brachten und Holger Börner dennoch nicht bereit war, dem frühestmöglichen Neuwahltermin zuzustimmen, sondern sich mit einer etwas gequälten Erklärung für Wahlen erst im Herbst aussprach, kehrte sich die Waffe gegen ihren Erfinder. Alle Argumente gegen die Haushaltsblockade wurden unversehens zu Argumenten gegen die willkürliche Hinausschiebung des Wahltermins.

Einige SPD-Politiker merkten das so spät, daß sie der Opposition unfreiwillig noch Schützenhilfe leisteten, als sich die Fronten schon längst vertauscht hatten. So erklärte Kultusminister Hans Krollmann, den Auguren für einen möglichen Nachfolger Börners halten, im hessischen Schulbau seien 180 Bau- und Einrichtungsmaßnahmen, für die das Kabinett 131 Millionen Mark veranschlagt habe, blockiert. Sozialminister Armin Clauss wies darauf hin, daß allein in Frankfurt 65 Millionen Mark nicht ausgegeben werden könnten, darunter Gelder für Neubauten von Alteneinrichtungen. Und selbst Finanzminister Heribert Reitz tappte in die Falle: Noch vor einer Woche bezifferte er freimütig die Summe der blockierten Gelder auf 1,2 Milliarden Mark.

Inzwischen sieht sich die Regierung einem Sturm ausgesetzt. Vom Hessischen Städte- und Gemeindebund bis zu den Universitäten reicht die Palette derer, die der Regierung vorrechnen, welche Folgen das Ausbleiben der Landesmittel habe. Minister Reitz und das Kultusministerium reagierten sichtlich nervös. Von einem „überflüssigen Spektakel" und „Irreführung der Öffentlichkeit" war die Rede, und der Finanzminister sah plötzlich „überhaupt keinen Anlaß" mehr, in „Panik und Hektik zu verfallen". Denn, so Reitz, er werde „die Landesausgaben den Erfordernissen anzupassen" wissen.

Schon vier Tage nach dieser Ankündigung will Reitz die Presse heute erneut über die Haushaltslage unterrichten. Der Grund: Der Hessische Steuerzahlerbund hat dem Ministerpräsidenten eine rabenschwarze Drohung ins Haus geschickt: Wenn Börner wirklich erst *im September wählen lassen wolle*, dann müsse er „die Verantwortung für mehr als 30 000 zusätzliche Arbeitslose übernehmen". Dies will der Bund durch eine Umfrage von Haushaltssachverständigen bei Behörden, Kommunen und Verbänden errechnet haben, in der nach dem Ausfall von Bauaufträgen für den Fall gefragt worden sei, daß der Hessenhaushalt 1983 erst im Spätherbst verabschiedet werde.

Die Rechnung präsentierte der Bund mit gleicher Post: „Für die Steuerzahler würde das die Auswirkung haben, daß sie etwa 300 bis 400 Millionen Mark für die Arbeitslosen oder Kurzarbeiter aufbringen müßten."

Sörensen fühlt sich mißverstanden

WERNER KAHL, Düsseldorf

Der erste Tag des Agentenprozesses gegen den dänischen Journalisten und „Friedenskämpfer" Flemming Sörensen glich gestern eher einer Kriminalkomödie als der Aufklärung eines Spionagefalles. Vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht stellte sich der 53jährige Angeklagte sowohl als Opfer rachsüchtiger, verschmähter Frauen als auch des mißtrauischen Verfassungsschutzes dar. Mißverstanden von der ehemaligen Geliebten in Kopenhagen, die ihn bei der dänischen Polizei angezeigt hatte, und von seiner langjährigen Bonner Verlobten, die das Spionageverfahren 1982 vor der Bundesanwaltschaft in Gang brachte. Mißverstanden aber auch vom Verfassungsschutz, der ihn trotz angeblicher Zusammenarbeit nicht als Demokratieschützer anerkannte, sondern über zwölf Jahre lang Beweise gegen ihn für die jetzt ihm vorgeworfene Spionage gesammelt hatte.

Die Anklage der Bundesanwaltschaft, Sörensen habe sich dem militärischen „DDR"-Nachrichtendienst verpflichtet und sei 1972 dann vom Ministerium für Staatssicherheit in Ost-Berlin angeworben worden, wies der Däne in einer einstündigen Auseinandersetzung mit der Anklageschrift zurück: „Ich kann die Anklage zwar nicht juristisch beurteilen, aber journalistisch ist sie unseriös." Die Bundesanwaltschaft wolle ihm aus einer Liebesaffäre, bei der er allerdings vor den Bräuten selbst mit Agententätigkeit und militärischem Geheimnisverrat geprahlt hatte, einen Strick drehen. „Dabei habe ich nur spannende Agentenstories erzählt", sagte Sörensen.

Aus einer Elektrikerlehre hatte sich der Däne über die Sportberichterstattung zum politischen Auslandskorrespondenten 1961 in West-Berlin und später in Bonn sowie in Brüssel hochgearbeitet. Beim dänischen Militär machte er als Freiwilliger eine Ausbildung in Radartechnik. Parteipolitisch wechselte er von der Kommunistischen Jugend über die Sozialdemokraten und Konservativen bis zur Sozialistischen Volkspartei in Dänemark, die er mitgründen half, alle Schattierungen. „Aber ich hatte keine Funktionen", sagte Sörensen.

Nur „aus Hunger- und Durstgefühlen", so Sörensen über die Jahre in Bonn, habe er Lokalitäten in der Bundeshauptstadt aufgesucht, „in denen Bundespolitiker tafelten". „Am Stammtisch von Egon Frankes Kanalarbeitern habe ich jedoch nie Platz genommen." Drei Namen aus der Prominenz habe die Bundesanwaltschaft „hochgejubelt", um den Verdacht auf Ausspähung von Regierungsstellen und Abgeordneten zu stützen. Darunter erwähnte Sörensen den Ex-Minister von Bülow und den SPD-Abgeordneten Detlev Haase. „Daß Haase im Verteidigungsausschuß war, ist mir tatsächlich fremd gewesen", behauptete Sörensen. Und keiner von seinen Gesprächspartnern habe sich „ausgeforscht gefühlt". Die Verteidigung stellte danach den Antrag, den Gutachter des Bundesamtes für Verfassungsschutz wegen Befangenheit abzulehnen, und forderte Einsicht in alle Ermittlungsakten des Nachrichtendienstes. Der Prozeß wird heute fortgesetzt.

Konkurrenz für den Bayerischen Rundfunk?

AP, **München**

Bayern wird möglicherweise eine eigene öffentlich-rechtliche Anstalt als Träger für das Kabelfernsehen errichten, die dann in eine Konkurrenz zum Bayerischen Rundfunk träte. Die Bayerische Staatskanzlei bestätigte, daß es Überlegungen gebe, die bedeuten würden, daß Bayern ein selbständiges Kabelfernsehen erhalten könnte. Nach Paragraph 111 a der bayerischen Verfassung ist im Freistaat eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft vorgeschrieben. Falls es zu der Errichtung einer zweiten öffentlich-rechtlichen Anstalt in Bayern neben dem Bayerischen Rundfunk komme, müsse dies durch ein Gesetz geschehen, das vom Landtag beschlossen werden muß, erklärte die Staatskanzlei.

Die Etablierung einer zweiten öffentlich-rechtlichen Anstalt in Bayern würde eine Abkoppelung des Münchner Pilotprojekts vom Bayerischen Rundfunk bedeuten. Für den Münchner Modellversuch wurden im vergangenen Jahr ein Grundvertrag und ein Gesellschaftsvertrag geschlossen.

Mainz: Streit um Sparkassen-Präsident

Nea. **Mainz**

Unversehens ist die für heute vorgesehene Präsidentenwahl beim rheinlandpfälzischen Sparkassen- und Giroverband ins Kreuzfeuer parteipolitischer Auseinandersetzung geraten. Aus den Reihen der SPD wird sogar mit einer Klage gegen die Wahl gedroht.

Vordergründiger Anlaß des Streits ist der Zeitpunkt der Wahl. Das neue Sparkassengesetz, das zum ersten Mal die Berufung eines hauptamtlichen Verbandspräsidenten möglich macht, ist zwar vom Landtag mit den Stimmen der CDU-Mehrheit verabschiedet worden, tritt aber erst am 1. Juli 1983 in Kraft. Ein Rechtsgutachten des wissenschaftlichen Dienstes beim Landtag kommt, wie inoffiziell verlautet, zu dem Schluß, die Wahl vor Inkrafttreten des Gesetzes sei rechtlich fragwürdig. Es wird damit gerechnet, daß die Stadt Ludwigshafen, als Sparkassenträger durch ihren Oberbürgermeister Werner Ludwig (SPD) im Wahlgremium vertreten, gerichtliche Schritte einleiten wird.

Das Datum der Wahl ist allerdings nur ein formalrechtlicher Hebel, mit dem die Opposition eine politische Debatte um das neue Amt eröffnen möchte. Hauptamtlicher Verbandspräsident soll der Trier-Saarburger Landrat Braun-Friderici werden, der diese Funktion bisher ehrenamtlich wahrnahm. Bei der SPD meint man, es sei ein Skandal, daß die vom Gesetz geschaffene Möglichkeit des neuen Amts nicht nur sofort genutzt werde, sondern mit Bezügen von 235 000 Mark jährlich offensichtlich ein Platz „zur Versorgung bewährter Politiker" geschaffen werden solle. Dies passe überhaupt nicht in diese Zeit.

Von seiten des Sparkassenverbandes wird dagegen darauf verwiesen, daß Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland sei, das noch keinen hauptamtlichen Sparkassenpräsidenten habe. Es habe sich überall gezeigt, daß die Aufgaben ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen seien.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing-offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Galinski vergleicht Gettokampf mit Israels Freiheitswillen

Berliner Jüdische Gemeinde gedenkt des 40. Jahrestages des Warschauer Aufstands

hrk. **Berlin**

Zum 40. Jahrestag des mörderisch niedergeschlagenen Aufstands im jüdischen Getto von Warschau erinnerte gestern in einer Gedenkstunde der größten jüdischen Gemeinde in Deutschland ihr Vorsitzender Heinz Galinski an die gemeinsame Wurzel dieses Kampfes und Israels Selbstbehauptungswillen.

„Beides beruht auf den gleichen geistigen und sittlichen Grundlagen", sagte Galinksi. Am 19. Januar 1944 erhoben sich in einem todesmutigen Aufstand die letzten Überlebenden des von der SS von rund 400 000 auf 60 000 Menschen dezimierten jüdischen Wohnviertels von Warschau. Sie zogen den Tod im Kampf den Weg in die Gaskammern von Auschwitz und Treblinka vor. In der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1943 verübten viele Widerstandskämpfer, von den Deutschen in einem Bunker eingeschlossen, Selbstmord, um nicht den Todeskommandos der Nazis in die Hände zu fallen.

Galinski sagte in der Gedenkstunde, an der neben dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker führende Repräsentanten des öffentlichen Lebens in Berlin teilnahmen: „Der Warschauer Gettoaufstand vor 40 Jahren wurde zum Ausdruck und Symbol des jüdischen Freiheitsgeistes und des Kampfes um die Würde des Menschen."

Dies sei ein „allgemeingültiges, beispielhaftes Symbol des Aufbegehrens gegen Vorurteile und Haß, gegen Intoleranz, Terror und Vernichtung, für das Recht eines jeden Menschen auf ein Leben in Würde und Freiheit" gewesen.

Den Gettokämpfern sei klar gewesen, „daß es für sie so gut wie keine Chance des Überlebens gab. Dennoch war ihr Widerstand nicht sinnlos. Eines ihrer Ziele bestand darin, Zeichen zu setzen, die die Welt aufhorchen lassen sollten."

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde wies auf den „engen geschichtlichen Zusammenhang" zwischen dem Aufstand im Getto und der Gründung des Staates Israel hin. 40 Jahre nach diesem Ereignis und 35 Jahre nach seiner Gründung sehe sich der jüdische Staat noch immer der Bedrohung durch seine Nachbarn ausgesetzt. „Nach wie vor sind die arabischen Staaten nicht bereit, sich mit dem Bestehen Israels abzufinden. Sie gehen – und dies erschwert die Situation im Nahen Osten außerordentlich – nicht von Realitäten aus, sondern lassen sich von Haßgefühlen leiten."

Die Welt, die zugelassen habe, „daß Millionen jüdischer und nichtjüdischer Menschen ermordet wurden, hat das Recht verwirkt, dem jüdischen Staat Vorhaltungen zu machen, wenn dieser die Existenz des jüdischen Volkes zu sichern bestrebt ist".

Galinski bekräftigte die Position der jüdischen Mitbürger in Berlin zu ihrem Heimatstaat: „Auch und gerade eine Gedenkstunde wie diese ist für uns ein Anlaß, ungeachtet dessen, ob dies überall in unserer Umwelt Anklang findet oder nicht, darauf hinzuweisen, daß wir uns immer entschieden und konsequent für die berechtigten Belange Israels einsetzen werden."

Energisch setzte sich Galinski in seiner Gedenkansprache dafür ein, „die noch bestehenden Gesetzeslücken in der Bundesrepublik in der Abwehr neu aufkommenden Rechtsradikalismus zu schließen". Es sei „nicht mehr mit allgemeinen Erklärungen der Empörung getan".

Galinski forderte Bundestag und Bundesregierung auf, „jetzt zu handeln". Der Redner wandte sich auch strikt gegen die Auffassung, daß der Rechtsradikalismus heute wegen der geringen Zahl seiner Anhänger keine nennenswerte Bedrohung darstelle. „Dies halten wir für ausgesprochen leichtfertig und gefährlich. Es ist nicht immer die Zahl, die den Ausschlag gibt."

In seinen Gedenkworten sagte der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker: „Wir haben gelernt, daß Widerstand nicht nur dann einen Sinn hat, wenn es eine Chance gibt, den Sieg zu erringen." Der Kampf der Menschen im Getto sei „zum Symbol geworden für den Einsatz um ein Leben in Würde und Freiheit; er steht für das Bewahren von Selbstachtung durch mutiges Handeln; er zeugt von der Leidensfähigkeit der Menschen, die von ihren Überzeugungen getragen werden".

Weizsäcker warnte in seiner Rede davor, einen Begriff wie Widerstand zu einem Begriff „verkommen" zu lassen, „der jede energische Opposition gegen Gesetze des demokratisch verfaßten Gemeinwesens beschreibt". Widerstand und das Widerstandsrecht seien „zu große Münzen, um sie als Kleingeld auszugeben".

v. Hassel – Helfer aus dem Norden

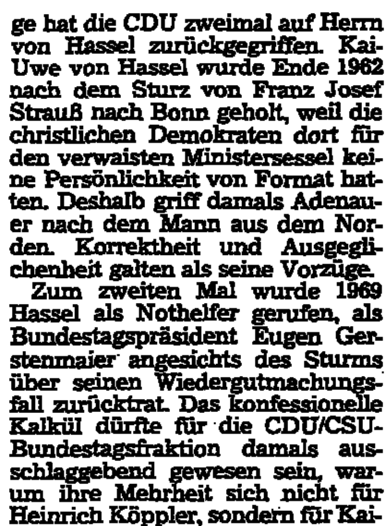
Kai-Uwe von Hassel – morgen nun auch schon 70 Jahre: Als ein Stück lebender Parteigeschichte der CDU lebt er unter uns, schlank und rank, gemessen und wohlabgewogen wie eh und je. Ist es der neunjährige Sohn aus zweiter Ehe, der ihn frisch und gesund gehalten hat, wozu viele ihm gratulieren werden.

Er hat durch Jahrzehnte hindurch das oft unterkühlt wirkende protestantische Norddeutschland in der CDU repräsentiert. Paradoxerweise ist von Hassel 1913 in Deutsch-Ostafrika geboren als Sohn eines Schutztruppenoffiziers und späteren Pflanzers. Dessen Familie wurde von den Engländern interniert und 1919 ausgewiesen. Im heimatlichen Schleswig wuchs Kai-Uwe heran. Seine Liebe galt Afrika. Nach einer landwirtschaftlichen und kaufmännischen Sonderausbildung für Übersee kehrte er 1935 als Pflanzungs-Kaufmann in sein Geburtsland zurück. Wieder wurde er interniert, dann ausgetauscht, um am Ende des Zweiten Weltkrieges in Italien als Leutnant in britische Kriegsgefangenschaft zu geraten.

Das ist alles andere als der Aufgalopp für ein politisches Leben, das Kai-Uwe von Hassel hinauftrug auf Spitzenpositionen: langjähriger Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, dann Bundesverteidigungsminister, schließlich Vertriebenenminister und dann mehrere Jahre Bundestagspräsident und Vizepräsident des Bundestages.

Man hat früher mehr als einmal eingewandt, Hassel sei nicht brillant, sei in seinem Denken zu





Kai Uwe von Hassel wird morgen 70 Jahre

schlicht. Das eine wie das andere mag stimmen, aber von nichts kommt nichts. Seine Zuverlässigkeit, sein geradliniger Charakter, sein Arbeitseifer – das waren Elemente, die wesentlich dazu beigetragen haben, ihn auf die Höhen hinaufzutragen. Er war ein unermüdlicher Arbeiter für die CDU, deren stellvertretender Parteivorsitzender er schon 1956 wurde. Er war ein getreuer Gefolgsmann Konrad Adenauers, dem er nie unbequem wurde. Der Alte wußte das, genauso wie Adenauer nie vergaß, daß er im Interesse der CDU das evangelische Element durch einen Repräsentanten Norddeutschlands sichtbar herausstellen mußte.

Als Nothelfer in schwieriger Lage hat die CDU zweimal auf Herrn von Hassel zurückgegriffen. Kai-Uwe von Hassel wurde Ende 1962 nach dem Sturz von Franz Josef Strauß nach Bonn geholt, weil die christlichen Demokraten dort für den verwaisten Ministersessel keine Persönlichkeit von Format hatten. Deshalb griff damals Adenauer nach dem Mann aus dem Norden. Korrektheit und Ausgeglichenheit galten als seine Vorzüge.

Zum zweiten Mal wurde 1969 Hassel als Nothelfer gerufen, als Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier angesichts des Sturms über seinen Wiedergutmachungsfall zurücktrat. Das konfessionelle Kalkül dürfte für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion damals ausschlaggebend gewesen sein, warum ihre Mehrheit sich nicht für Heinrich Köppler, sondern für Kai-Uwe von Hassel entschied.

Dazwischen lag ein tiefer Fall. Aus den Stürmen im Bundesverteidigungsministerium samt den Rücktritten führender Generale ging von Hassel politisch angeschlagen hervor. Überraschenderweise konnte er sich als Vertriebenenminister in das Kabinett der großen Koalition hinüberretten, obwohl er nie zu deren Befürwortern gehört hatte. Daß er sofort zu verstehen gab, daß er dieses Ministerium überflüssig machen wolle, hob sein Ansehen.

Seit 1980 gehört von Hassel dem Bundestag nicht mehr an. Als Mitglied des Europäischen Parlaments und als Präsident der Union der Europäischen Christdemokraten ist er heute weiterhin politisch aktiv.

GEORG SCHRÖDER

Zwischen Andropow und Ceausescu kriselt es

Presse-Polemik auch über die „nationale Frage"

CARL G. STRÖHM, **Wien**

In den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Rumänien stehen die Zeichen auf Sturm. Deutliches Symptom für die Auseinandersetzungen ist eine heftige Polemik der sowjetischen außenpolitischen Wochenzeitung „Neue Zeit" gegen die rumänische Wochenzeitung „Contemporanul".

Obwohl es nicht üblich ist, daß Presseorgane des Ostblocks einander attackieren, beschuldigt das Moskauer Blatt den rumänischen „Contemporanul"-Autor Vasile Iotza, „das Nationale auf Kosten des Klassenmäßigen aufzublasen" und sich über internationale KP-Beschlüsse hinwegzusetzen.

Der rumänische Autor, heißt es in der „Neuen Zeit", „mildere" die Klassenpositionen des Proletariats zugunsten nationaler Gesichtspunkte ab. Das aber stelle eine „Kapitulation vor bürgerlich-nationalistischen Konzeptionen" dar. Besonderen Zorn erregen in Moskau folgende Feststellungen Iotzas: „Bei einigen Großmächten kann man in den zwischenstaatlichen Beziehungen eine Tendenz zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer Staaten und Völker sowie zur Zerstörung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität feststellen, ferner zu einer Politik der Gewalt und des Diktates in den internationalen Beziehungen."

Die „Neue Zeit" ist offenbar der Ansicht, daß der rumänische Autor hiermit in erster Linie die Sowjetunion gemeint hat – denn sie erklärt, daß solche Standpunkte zur „Untergrabung des internationalen Bündnisses des Weltsozialismus" führen müßten. Besonders empört ist das Moskauer Blatt darüber, daß der „Contemporanul"-Mitarbeiter auch sozialistischen Staaten die Tendenz zum „Expansionismus" und „Neokolonialismus" zuspricht – was nach Moskauer Lesart nur auf kapitalistische und „imperialistische" Staaten des Westens zutreffen darf.

Die sowjetische Kritik an dem rumänischen Artikel ist um so ungewöhnlicher, als „Contemporanul" den Beitrag Iotzas bereits vor sieben Monaten – also noch zu Lebzeiten Breschnews – veröffentlicht hatte. In dem Artikel ist von der „expansionistischen und annexionistischen Politik der Großmächte" die Rede, durch welche „gewisse Territorien, die von einer kompakten Bevölkerung einer bestimmten Nationalität bewohnt sind, auseinandergerissen werden". Unschwer läßt sich der Schluß ziehen, daß damit Bessarabien, also die nördliche Moldau, gemeint ist – jenes mehrheitlich von Rumänen bewohnte Gebiet, das an die Sowjetunion abgetreten werden mußte.

Außerdem spricht „Contemporanul" von der „gewaltsamen Integration" ganzer Nationalstaaten in eine andere „Gemeinschaft" – offenbar ist damit die Annexion einiger Länder in die Sowjetunion gemeint.

Nun herrscht sowohl in der Sowjetunion als auch in Rumänien ein System, in dem keineswegs ein Journalist oder Publizist nach eigenem Gutdünken politische Polemiken – dazu noch auf internationaler Ebene – entfesseln kann. Der verspätete Krach zwischen der „Neuen Zeit" und „Contemporanul" spiegelt folglich größere und sehr ernste Konflikte auf hoher Ebene wider. Offenbar vertragen sich Staats-chef Ceausescu und Parteichef Andropow nicht besonders gut miteinander. Der Moskauer Angriff auf „Contemporanul" endet mit einem Zitat des neuen sowjetischen Parteichefs, wonach die „Stärkung der Einheit der großen Gemeinschaft sozialistischer Staaten" für die Sowjetunion von größter Wichtigkeit sei. Gerade von einer solchen Einheit will aber Ceausescu nichts wissen.

Es sieht so aus, als habe Andropow versucht, auf die Rumänen – die sich in einer schweren Wirtschaftskrise befinden – politischen Druck auszuüben. Noch weiß man nicht, was an den Gerüchten über einen gescheiterten Militärputsch einiger Generale gegen Ceausescu wahr ist. Jedenfalls schwirren solche Andeutungen seit Monaten durch die osteuropäische Luft.

Untreffend ist, daß Ceausescu darauf gehofft hatte, daß Constantin Tschernenko – und nicht Andropow – im Machtkampf um die Nachfolge Breschnews siegen werde. Von Andropow soll Ceausescu sogar gesagt haben, dieser sei als KGB-Chef zu kompromittiert und käme deshalb als Nachfolger Breschnews nicht in Frage. Es läge also durchaus in der Logik der Dinge, wenn Andropow jetzt den Versuch machen würde, den widerborstigen Rumänen loszuwerden. Und es wäre nicht minder logisch, wenn Ceausescu gewisse neuere Schwierigkeiten Andropows im Kreml-Machtkampf seinerseits ausnutzen sollte. Den Versuch, ihn durch die Aktivierung der „ungarischen Frage" in Siebenbürgen zu bedrängen, beantwortete der rumänische Parteichef prompt mit der sibyllinischen Feststellung, auch er sei mit der Lage der rumänischen Volksgruppen außerhalb der Grenzen nicht zufrieden.

Eine rumänische Bevölkerung außerhalb Rumäniens gibt es aber in erster Linie in der Sowjetunion: In der Sowjetrepublik Moldau, also in Bessarabien. Das war eine klare Warnung an Andropow, er möge die „Pandora-Büchse" des Nationalitätenproblems nicht öffnen, weil das auch für die Sowjetunion sehr peinlich werden könnte.



Jurij Andropow FOTO: SVEN SIMON



Nicolae Ceausescu FOTO: GAMMA/STUDIO X



Rom läßt Prager Funktionär nicht einreisen

dpa/DW. **Prag**

Die italienischen Behörden haben dem Generaldirektor der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur CTK, Otakar Svercina, die Einreise verweigert. Wie die CSSR-Presse gestern berichtete, wollte der Journalist in Rom unter anderem mit Vertretern der italienischen Nachrichtenagentur Ansa und der Europäischen Allianz der Presseagenturen, deren Mitglied auch CTK ist, verhandeln.

Die CSSR-Blätter behaupten, die Italiener hätten Svercina kein Visum gegeben, weil er in der tschechoslowakischen Bundesversammlung in Prag, deren Mitglied er ist, „gegen die amerikanische Unterstützung der reaktionären und terroristischen Regime und Gruppen in aller Welt" Stellung bezogen habe. „Die Chefs des Feldzugs gegen den Frieden und gute Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten fanden in Rom bereitwillige Helfer", schrieb das Prager KP-Organ „Rude Pravo".

Svercina ist allerdings auch in Bonn kein Unbekannter: Ende 1968 wurde gegen ihn, der damals offiziell als Chefkorrespondent von CTK in der Bundeshauptstadt arbeitete, vom Bundeskriminalamt wegen des Verdachts der Spionage ermittelt. Ihm wurde unter anderem vorgeworfen, an dem Raketen-Diebstahl auf dem Fliegerhorst Zell bei Neuburg an der Donau beteiligt gewesen zu sein. Er wurde mehrfach von der Sicherungsgruppe Bonn verhört und entzog sich den weiteren Ermittlungen dann durch die Abreise nach Prag.

CDU weist Börners Vorstoß ab

rtr, **Wiesbaden**

Die hessische CDU ist nicht bereit, der geschäftsführenden SPD-Landesregierung nach der Ablehnung des Haushalts wenigstens die Freigabe bestimmter Investitionsmittel im Etat zu ermöglichen. Die Landtagsfraktion der CDU wies den jüngsten Vorschlag von Ministerpräsident Holger Börner für ein solches Verfahren einstimmig zurück. Sie wiederholte vielmehr ihre Forderung nach sofortigen Neuwahlen, die „die einzige Möglichkeit zur Wiedergewinnung der Stabilität in Hessen" darstellten.

Börner hatte angeregt, man solle den am Widerstand von CDU und Grünen gescheiterten Landesetat erneut einbringen. Durch eine Sperrklausel könne dann dafür gesorgt werden, daß nicht das Gesamtbudget, sondern nur die Mittel für den Hoch- und Straßenbau sowie die Zuschüsse an Verbände und die im kommunalen Finanzausgleich zu zahlenden Gelder für Städte, Kreise und Gemeinden bewilligt würden, die zwischen CDU und SPD nicht umstritten sind.

Schreiber geht nach Bonn

dpa, **Bonn**

Der Münchner Polizeipräsident Manfred Schreiber (57) wird im Bundesinnenministerium die Leitung der Polizeiabteilung übernehmen, der Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz unterstehen, bestätigte ein Sprecher des Innenministeriums. Die endgültige Entscheidung werde das Bundeskabinett auf einer seiner nächsten Sitzungen treffen. Schreiber wird Nachfolger des der FDP angehörenden 54jährigen Ministerialdirektors Hans-Joachim Ordemann.

Im Westen was Neues: Calgary und Vancouver.
Ab 15.5.1983 mit Lufthansa.

Ab Frankfurt dreimal wöchentlich mit DC10. Natürlich mit First-, Business- und Tourist-Class.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

Ein liberales Wirtschaftsprogramm gibt dem Sozialisten Soares gute Siegeschancen

Am 9. Jahrestag der Revolution wählen die Portugiesen zum neunten Mal / Bisher scheiterten alle Kabinette

ROLF GÖRTZ, Madrid

Am 25. April, dem 9. Jahrestag der Revolution der Roten Nelken, sind die Portugiesen aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Portugal wird die neunte Regierung erhalten, seit im Jahre 1976 zum ersten Mal frei gewählt werden konnte. Aber von dem Enthusiasmus jener Zeit ist im Volk nichts mehr zu spüren. Über Lautsprecher werden optimistische Parolen ausgegeben, bunte Plakate „gaukeln den Zirkus eines Bestattungsunternehmens" vor, wie ein ernst zu nehmender Kommentator dieser Tage in der größten Tageszeitung Lissabons, „Diario de Noticias", schrieb.

Die Portugiesen haben – von links bis rechts – alle Parteien und Konstellationen schon einmal im São-Bento-Palast, dem Regierungssitz, erlebt. Von allen Kabinetten hielt auch nicht eines seine Zeit durch. Sie triumphierten, scheiterten dann aber vor allem an wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die man als das Erbe einer Verstaatlichungspolitik betrachten muß, die die Nation jetzt zum zweiten Mal an den Rand des Staatsbankrotts brachte. Sie scheiterten auch an der Unfähigkeit der jeweiligen Parteiführung, sich zu gemeinsamen diszipliniertem Handeln durchzuringen.

Wenn die durchaus skeptische Bevölkerung trotzdem dem Wahlaufruf Folge leistet, dann aus dem schwer erklärbaren Selbstverständnis der Portugiesen heraus, das die Jahrhunderte hindurch immer auch das Versagen mit einschließt. Es drückt sich gewissermaßen die „Saudade" politisch aus – Resignation und Sehnsucht nach einer Zukunft, deren Schemen man erkennt, die man aber nicht selber erkämpfen kann.

Der Industrieverband Portugals CIP gab dem Versagen Ziffern: Danach muß Portugal mit einer Inflationsrate von fast 40 Prozent rechnen. 1982 erreichte sie 25 Prozent. Das Auslandsdefizit beträgt 13 Milliarden Dollar, von denen nur noch neun durch die stark geschrumpften Gold- und Devisenreserven gedeckt sind. Mehr als ein Drittel der Schulden der öffentlichen Hand stammt aus den verstaatlichten Betrieben, die immer wieder von den inzwischen ebenfalls erschöpften Staatsbanken gestützt werden, aber nur 7,5 Prozent der portugiesischen Arbeiter beschäftigen. So finden sich die internationalen Banken nur zu einem 300-Millionen-Dollar-Kredit bereit. „Mit diesem Geld kommen wir gerade bis zum Juni", stellte nüchtern Mario Soares fest, Generalsekretär der Sozialistischen Partei, die sich den sicheren Wahlsieg errechnen kann.

Mario Soares – auch er zählt zu denen, die schon einmal triumphierten und scheiterten – wies zwar den Verzweiflungsschrei der CIP-Organisation zurück. Im Programm seiner Partei aber geht er nach rein pragmatischen Gesichtspunkten vor. Weil nur eine handlungsfähige Wirtschaft die sozialpolitische Situation retten kann, versprach er, diejenigen, die ihr Kapital gesetzwidrig ins Ausland transferiert haben, nicht zu „bestrafen". Soares löste sich von sozialistischen Utopien; vielmehr geht er von der Erkenntnis aus, daß man die Kapitalflucht nicht mit dem Strafgesetzbuch verhindern kann. „Nur wenn wir Vertrauen erwecken, kommt das Kapital aus dem Ausland zurück und mit ihm jene Unternehmer und Manager, die bereits mit einem Fuß außerhalb ihrer Heimat leben." Sie sollen ihre Devisen auch als Devisen wieder ausführen können.

Um den notwendigen Wettbewerb zu fördern, verspricht der Sozialistenchef auch die Wiederzulassung privater Banken und Versicherungsgesellschaften neben den staatlichen Instituten. Ganz offen sagt er, daß die einzigen Verbündeten, die Portugal in diesem Augenblick helfen können, die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland sind. Er zieht diese Länder denjenigen vor, die von einer sozialistischen Regierung geführt werden: „Der Marxismus ist in unserer Partei überwunden", meint er im wahlbedingten Zweckoptimismus.

Als Koalitionspartner kommt für ihn jedenfalls nicht die Kommunistische Partei in Frage, sondern in erster Linie die Sozialdemokratische Partei, die nach seinen Worten aber „nie etwas anderes als eine liberale Partei" war.

Die Allianz der bisher regierenden drei bürgerlichen Parteien, der Sozialdemokraten, Christdemokraten und der Volksmonarchisten, ist zerbrochen. Überzeugend wirkten die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf nicht. Am weitesten bei dem Bemühen, den Wähler für sich einzunehmen, kamen die Christdemokraten unter ihrem Chef Lucas Pires. Ob sie jedoch die 20 Prozent erreichen, die nötig wären, um die bürgerliche Allianz wiederbeleben zu können, bleibt fraglich. Die jüngste Annäherung zwischen dem neuen starken Mann der Sozialdemokratischen Partei, Ex-Ministerpräsident Mota Pinto, und dem von seiner Partei abgeschobenen, aber noch amtierenden Ministerpräsidenten Pinto Balsemao, verwirrt den Wähler eher als daß sie ihm Vertrauen einflößt. (SAD)

Andropow: Erste Erfolge des neuen Kurses

dpa/AP, Moskau

Der sowjetische Parteichef Jurij Andropow hat gestern vor dem Politbüro seiner Partei und den Ersten Sekretären der Einzelrepubliken von ersten Erfolgen seiner Kampagne für mehr Disziplin gesprochen und zugleich weitere Verbesserungen in der Landwirtschaft gefordert.

Seit seinem Amtsantritt im November vergangenen Jahres sei das Schwergewicht darauf gelegt worden, sagte Andropow, „den Arbeitsstil zu verbessern, die Kontrolle über die Ausführung der gefaßten Beschlüsse zu verstärken und die Partei-, Staats- und Arbeitsdisziplin zu erhöhen". Dies habe sich bereits jetzt positiv auf die sowjetische Wirtschaft ausgewirkt: Im ersten Quartal dieses Jahres sei die Industrieproduktion um 4,7 Prozent (gegenüber 2,1 Prozent im vergangenen Jahr) gestiegen, die Arbeitsproduktivität um 3,9 Prozent (1982: 1,5 Prozent). In der Landwirtschaft sei die Lage allerdings „vorerst noch schwierig". Dort müsse „entschiedener" für eine Festigung der Disziplin gekämpft werden.

An dem Treffen in Moskau nahm als einziger Spitzenfunktionär Konstantin Tschernenko nicht teil, der nach dem Tod von Staats- und Parteichef Breschnew neben Andropow als ein Kandidat für die Nachfolge gegolten hatte. Durch diese Tatsache wurden die Spekulationen über Differenzen innerhalb des sowjetischen Politbüros genährt. Aus Moskau wurde auch bekannt, daß eine für Ende März geplante Tagung des Zentralkomitees am starken Widerstand der Tschernenko-Fraktion gescheitert sei.

Mugabes Krieg höhlt die Einheit der Frontstaaten Pretorias aus

Internationale Unterstützung für Zimbabwe läßt nach / „Kriegszustand mit Botswana"

HANS GERMANI, Johannesburg

Zum erstenmal sind Truppen eines der „schwarzen Frontstaaten" Südafrikas in das Gebiet eines anderen Frontstaates eingefallen. Die Folge: Der Zusammenhalt dieser Staaten beginnt deutlich abzubröckeln.

Ein Sprecher der Regierung in Botswana gab Anfang der Woche bekannt, zimbabwische Truppen hätten die Grenze nach Botswana überschritten, wohin schon Tausende, ja Zehntausende der vom Völkermord durch die 5. Brigade der Zimbabwe-Armee bedrohten Matabele geflüchtet sind.

Die Spannungen zwischen Botswana und Zimbabwe bestehen schon seit Wochen. Presse und Regierung Zimbabwes behaupten, daß Botswana den Matabele-Guerrillas, die gegen die Diktatur von Premier Mugabe und seines Volkes, der Maschona, kämpfen, Stützpunkte in Botswana gewähre. Die Zeitungen Harares sprechen offen vom „Kriegszustand mit Botswana".

Um diese Thesen zu untersuchen, habe, so berichten Sprecher der Botswana-Regierung, ein Journalist der Regierungsagentur Zimbabwes „Ziana", das große Flüchtlingslager Dukwe, das unter internationaler Betreuung steht, besuchen wollen. Die Regierung Botswanas stellte ihm eine Besuchserlaubnis aus. Kurz darauf veröffentlichte „Ziana" einen Bericht aus Dukwe, wonach dort Hauptquartier und Kerntruppen der Matabele-Guerrilla versammelt seien. Nach Erkundungen der botswanischen Lagerkommandanten war der Zimbabwe-Journalist jedoch nie im Lager erschienen.

Den jüngsten Zwischenfall nun, den Übergriff der Zimbabwe-Truppen auf botswanischen Boden, ließ die Botswana-Regierung nach massiven Drohungen des Innenministers in Harare, Ushewokunze, sowie des jetzigen Armeekommandeurs und Operationsleiters der Völkermord-Politik gegen Matabele-Zivilisten, Rex Nhongo, wieder verschweigen. Mit afrikanischer Schlauheit erklärten die Regierungssprecher Botswanas einen Tag nach der Verlautbarung über den Einfall plötzlich, nichts von alledem zu wissen. Es hatte ihnen genügt, ein warnendes Signal an Südafrika und somit auch an die anderen Frontstaaten auszusenden. Die Tatsache der Verfolgung von Flüchtlingen bis nach Botswana hinein und der jüngsten Vorfälle war vorher schon gerüchteweise bekanntgeworden. Nun war sie in Pretoria trotz des Dementis auch amtlich vermerkt.

Der Einfall Zimbabwes nach Botswana ist eine (abgewandelte) Wiederholung der militärischen Aktionen der einstigen weißen rhodesischen Armee gegen die Frontstaaten Moçambique und Sambia. Allerdings war Salisbury nicht gegen Botswana vorgegangen, obwohl dort damals tatsächlich Guerrilla-Stützpunkte der gegen die Regierung Smith kämpfenden Guerrilla-Einheiten lagen. Der Unterschied zwischen damals und heute ist, daß die Rhodesier bei ihren Einfällen nur gegen Guerrilla-Basen Mugabes in Moçambique und Nkomos in Sambia vorgingen, sich aber nicht an den Zivilisten und Bürgern dieser Länder vergriffen. Die Zimbabwe-Truppen dagegen haben bei ihrem Angriff jetzt auch Zivilisten und Staatsbürger Botswanas nicht verschont, sondern halten diese offenkundig sogar als Geiseln fest.

Damit fallen die Vorwürfe der Frontstaaten gegen Südafrika wegen der Angriffe Pretorias auf Swapo-Basen in Angola in sich zusammen. Es ist gewiß kein Zufall, daß dieser Tage Sambias Präsident Kaunda, ein Freund Botswanas, in vertrautem Kreise mitteilte, auch er sei der Meinung, daß die Kubaner in Angola eine Bedrohung für den Frieden in der Region darstellten. Und seine Regierungszeitung schrieb am Montag zum Unabhängigkeitstag Zimbabwes: „Wir sind entsetzt über das, was in Zimbabwe in drei Jahren Selbständigkeit geschehen ist."

Inzwischen hat Mugabe angekündigt, daß jeder Matabele-Zivilist, der den Guerrillas zu essen gebe, von seinen Truppen erschossen werde. Auch dies ein Unterschied: Während des Rhodesien-Krieges hatten sich Smith und sein General Peter Walls immer geweigert, diese vor allem von schwarzen Häuptlingen geforderte drakonische Strafe für die Unterstützung von Guerrillas einzuführen.

In der Armee Mugabes sind jetzt auch erste Anzeichen von Unsicherheit und Schwäche zu beobachten. Selbst die 5. Brigade soll davon betroffen sein. Nach zuverlässigen Angaben ist sie durch tansanische Truppen verstärkt worden.

Auch die internationale Unterstützung für Mugabe im Westen scheint abzubröckeln. Aus London wird bekannt, daß man in Regierungskreisen erwägt, den Besuch von Prinz Philipp in Zimbabwe im Mai abzusagen, um das englische Königshaus nicht in den Verdacht der Billigung oder der stillschweigenden Zustimmung des Völkermords im Matabele-Land zu bringen. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Institut im Meinungsstreit

„In Goethes Namen": WELT vom 26. März

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

vom Urlaub zurückgekehrt, möchte ich nicht versäumen, Ihnen mitzuteilen, daß ich Ihren Artikel über das Goetheinstitut und seine Arbeit mit großem Interesse gelesen habe. Ihre Ausführungen finden meine volle Zustimmung.

Beim Reisen durch europäische Städte und auch New York, habe ich die einseitige Tendenz voll und ganz bestätigt gefunden. Ein altes chinesisches Sprichwort sagt: „Der Fisch stinkt zuerst am Kopf", daran liegt es sicher. Ich hoffe, daß bald eine Änderung erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Heinrich Lohmer,
Köln 51

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Zehm entdeckt bei den Goethe-Instituten „die Vorliebe der Geldgeber für modisch Linkes". In der vorvergangenen Woche fand im Goethe-Institut zu Rom ein dreitägiges internationales Symposium über Ernst Jünger statt. Nun fragt es sich, ob Herr Zehm Ernst Jünger a) für modisch und b) für einen Linken hält.

Mit freundlichen Grüßen
Sepp Schelz,
Hamburg 13

*

Zehm dazu: Aber es gab in Rom vor allem Referate, die über Jünger herzogen!

*

Sehr geehrte Herren,

um als Australien-Besucher zur Lektüre einer deutschen Tageszeitung zu kommen, suchte ich das „Goethe-Institut" in Canberra auf. Ich war der einzige Besucher! Mein Wunsch nach deutschen Zeitungen wurde erfüllt. Mir wurde von der Expertin angeboten: die „Süddeutsche Zeitung", die „Frankfurter Rundschau" und als Magazin „Der Spiegel".

Als ich erklärte, ich hätte noch gern eine Tageszeitung aus dem norddeutschen Raum, wie z. B. die WELT aus Hamburg oder das „Hamburger Abendblatt", stieß ich auf vollkommenes Unverständnis. Die Antwort auf meinen Wunsch: Die WELT oder das „Hamburger Abendblatt" lägen im Goethe-Institut nicht aus.

Meine Verwunderung darüber, daß die größten und mit der WELT sicher die bedeutendste Zeitung der Bundesrepublik im Goethe-Institut keinen Platz hätten, konnte die junge Dame nicht einmal zu einer erklärenden Stellungnahme bewegen.

Um das Bild abzurunden: Ich schrieb am 28. 9. 1982 an das Auswärtige Amt in Bonn. Meine Frage: Ist die Auswahl der mir im Goethe-Institut von Canberra ausgehändigten Zeitungen in bezug auf Erscheinungsort, Anzahl und politischer Richtung Absicht oder nur Gedankenlosigkeit? Antwort des Auswärtigen Amtes von dem zuständigen Referenten, Herrn van Rossum, mit Schreiben vom 13. 10. 1982: „Auf die Auswahl der in den Goethe-Instituten ausliegenden Zeitungen und Zeitschriften hat das Auswärtige Amt keinen Einfluß!"

Mit den freundlichsten Grüßen
Ihr Herbert Strempel,
Westerland/Sylt

*

„Leserbrief: Linkslastige Institution": WELT vom 31. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Erfahrungen als Gastdozent an Goethe-Instituten und an Hochschulen in Nord- und Südamerika sowie in Afrika sind völlig konträr zu denjenigen, die Herr Kurt Ziesel festzustellen vermeint.

Es handelt sich in weiten Teilen der Welt nicht darum, das geistige Bild der Bundesrepublik Deutschland entweder links- oder rechtslastig darzustellen, sondern überhaupt auf ein reges geistiges Leben hinzuweisen. Nur zu oft trifft man auf die einhellige Meinung ganzer Auditorien, die Dominanten der Bundesrepublik seien so in ungefähr Hitler (rechtslastig?), Mercedes und Volkswagen. Gegen solche Simplifizierungen gilt es Stellung zu nehmen.

Man täuscht sich hierzulande nur zu gerne über das eigene Image. Es wäre ein Fehler, wenn die politische Rechtswende in der Bundesrepublik kurzum eine solche im geistigen Verständnis nach sich ziehen müßte. Es ist zu bedenken, daß Namen wie Heine und Brecht sich nicht so leicht durch rechtslastige Vertreter ersetzen lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Eugen Gomringer,
Wurlitz / Rehau

*

Hiermit beenden wir die Diskussion zu diesem Thema.

Die Redaktion

Kerpen zuerst

Sehr geehrte Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 8. April berichteten Sie auf Seite 20, AUS ALLER WELT, daß in Solingen die erste Telefonzelle für Behinderte in den letzten Tagen aufgestellt wurde.

Ich möchte Ihnen dazu mitteilen, daß in der Stadt Kerpen von dem Postamt seit einigen Monaten eine solche Telefonzelle für Behinderte der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Rolf Wollziefer,
Kerpen

Klärendes Wort

Sehr geehrte Redaktion,

zu dem Leserbrief von R. Hauschild „Kein Dissident" (WELT vom 12. April) halte ich ein klärendes Wort für überfällig:

Auch Sacharow ist kein „Dissident". Es ist erstaunlich, mit welcher Unbekümmertheit ständig die „Systemkritiker" mit diesem Begriff bezeichnet werden. Seit eh und je steht der Dissident in einer – negativen – Beziehung zu einer Religions- oder Glaubensgemeinschaft. Wer also Sacharow und seine Gesinnungsfreunde als Dissidenten bezeichnet, wertet damit den Kommunismus, Leninismus, Stalinismus und ähnliche weltliche Heilslehren zu einer Glaubenslehre, ebenbürtig neben unseren großen Weltreligionen, auf.

Nein, sie sind weder Dissidenten noch Häretiker, wenn sie auch leiden müssen wie diese zu Zeiten der Inquisition. Es sind ganz schlicht Oppositionelle, Regime- oder Systemkritiker oder auch (geistige) Rebellen. Wir werden uns aber damit abfinden müssen, daß sie weiterhin aus Unkenntnis oder Gedankenlosigkeit als Dissidenten durch unsere Medien und Gazetten geistern – zum Nutzen des Kommunismus.

Otto Haefcke,
Mölln

Wort des Tages

„Wir bilden uns manchmal ein, die Schmeicheleien zu hassen. In Wirklichkeit verabscheuen wir nur die Art, in der man uns schmeichelt."

Francois de La Rochefoucauld, franz. Moralist (1613–1686)

Personalien

GEBURTSTAG

Militärschriftsteller **Wilhelm Ritter von Schramm** feiert heute seinen 85. Geburtstag. Der einst königlich-bayerische Infanterie-Leutnant Wilhelm Schramm aus Hersbruck bei Nürnberg war 1917 wegen „außerordentlicher Tapferkeit" vom bayerischen König mit dem Militär-Max-Joseph-Orden ausgezeichnet worden, eine Ehre, die ihm auch den Adelstitel einbrachte. Der junge Ritter widmete sich nach dem Ersten Weltkrieg der Literatur und avancierte zum Dr. phil. Er wurde Feuilletonist und Theaterkritiker und arbeitete für die angesehenen „Münchner Neuesten Nachrichten", bis er von den Nationalsozialisten, weil er als „national unzuverlässig galt", entlassen wurde. Doch im Zweiten Weltkrieg fand er in hohen Militärstäben Verwendung, zuletzt 1944/45 im Wehrmachtsführungsstab unter dem Bayern Generaloberst **Alfred Jodl**, wo er die Entwürfe der Wehrmachtsberichte bearbeitete. Der „Krieg hinter den Kulissen" brachte ihn zur Kriegsgeschichtsschreibung. Großes Aufsehen erregten seine Bücher „Aufstand der Generale" (der 20. Juli in Paris), „Verrat im Zweiten Weltkrieg" und „Der Geheimdienst in Europa, 1937–1945". Zusammen mit Wolfgang Pickert gab er außerdem Clausewitz' klassisches Werk „Vom Kriege" neu heraus und veröffentlichte die Denkschriften des Generalobersten Ludwig Beck, der am 20. Juli 1944 erschossen worden war.

EHRUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** verlieh sechs Mitarbeitern der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin für ihre „weit über das Maß zumutbarer Pflichterfüllung hinausgehenden Leistungen" das Verdienstkreuz am Bande oder die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik. Diese Auszeichnungen erhielten Dr. **Friedrich Benninghoven**, Direktor des Geheimen Staatsarchivs, Professor Dr. **Peter Bloch**, Direktor der Skulpturengalerie der Staatlichen Museen, **Kurt Grunst**, Museum für Völkerkunde, **Artur Kratz**, Skulpturengalerie, **Konrad Christian Schade**, Staatsbibliothek, und **Heronymus Weitzel**, Staatsbibliothek.

*

Professor Dr. Ing. **Günter Spur**, einer der führenden Wissenschaftler der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Industrieroboter, wurde Ehrendoktor der belgischen Universität Leuwen. Günter Spur ist Inhaber des Lehrstuhls für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik der Technischen Universität Berlin.

In großer Trauer nehmen wir Abschied von unserem Geschäftsführer Herrn

Hans Obster

der am 17. 4. 1983 nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Seit 1963 war der Verstorbene für unser Unternehmen tätig, an dessen Entwicklung er maßgeblichen Anteil hatte. Bereitschaft zu hohem persönlichen Einsatz für seine verantwortungsvollen Aufgaben, Hilfsbereitschaft und Verständnis für die Sorgen anderer zeichneten ihn in besonderer Weise aus.

Wir verlieren in Herrn Obster einen Menschen, dessen Namen und Wirken wir stets in Ehren halten werden.

Geschäftsleitung
Betriebsrat und
Belegschaft der
Simex-Außenhandels-GmbH

Die feierlichen Exequien werden gehalten am Donnerstag, dem 21. April 1983, um 10 Uhr in der Propsteikirche in Jülich. Um 11 Uhr findet die Beerdigung auf dem Friedhof Merscher Höhe statt.

Bewerber auf Chiffre-Anzeigen ...
... bitten wir, die Chiffre-Nummer auf jeden Fall deutlich sichtbar außen auf dem Umschlag zu vermerken.
Gelegentlich erreichen uns Zuschriften ohne Angabe der Chiffre-Nummer. Um sie an die Inserenten weiterleiten zu können, müssen wir sie öffnen. Das kann zu Mißverständnissen führen.
Also daran denken: Nicht nur innen im Anschreiben, sondern schon außen auf dem Umschlag die Chiffre-Nummer angeben!
Herzlichen Dank.
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.



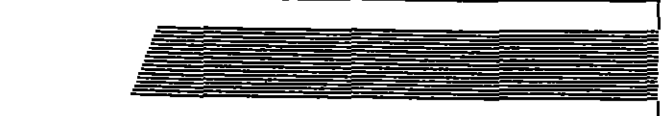
STELLENANGEBOTE

In der Absperr- und Steuertechnik steht unser Name für Produktqualität und komplexe Problemlösungen. Wir sind ein expansives, mittelständisches Unternehmen; unsere Produktpalette reicht vom Kugelhahn bis zur Fluid-Meßtechnik. Durch Entwicklungs- und Fertigungs-Know-how konnten wir unseren Marktanteil stetig ausbauen.
Unser neues, modernes Werk schafft die Voraussetzung für weiteres Wachstum. Dazu brauchen wir qualifizierte Mitarbeiter vor Ort, die Probleme erkennen, beraten und verkaufen können.

Unsere neuen Mitarbeiter sollten erfahrene Techniker mit Verkaufstalent sein. „Beweglich" in jeder Beziehung, auf jeden Fall aber mit Engagement bei der Sache. Kenntnisse der Hydraulikbranche wären vorteilhaft, aber nicht Bedingung. Bliebe noch zu sagen, daß gute Mitarbeiter bei uns auch gut verdienen können und ein neutraler Mittelklassewagen auch privat zur Verfügung steht. Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und Angabe des möglichen Eintrittstermins an unsere Personalabteilung.

Vertriebsingenieure

oder Techniker für Beratung und Verkauf. Je einen für die Gebiete: Norddeutschland • NRW/Hessen/Rheinland • Süddeutschland



Rötelmann & Co. · Armaturen- und Maschinenfabrik · Postfach 1560 · 5980 Werdohl · Telefon (0 23 92) 17 41

„Schweizer Qualität . . ."

. . . offerieren Sie im Namen eines führenden Schweizer Fabrikationsunternehmens der Sitzmöbelbranche Ihren zukünftigen Kunden. Sie verfügen über fundierte Verkaufserfahrung, unternehmerisches Flair und die notwendige Initiative für die aktive Mitarbeit

bei Aufbau und Betreuung

eines sehr interessanten Marktsegmentes mit Produkten der Spitzenklasse. Ihre Gesprächspartner sind Fachhandelshäuser, Architekten, Innenarchitekten sowie Endabnehmer. Diese herausfordernde Aufgabe verlangt neben ausgezeichneter fachlicher Qualifikation Bereitschaft zu großer Mobilität im nordwestdeutschen Raum TLZ 2/3/4/5. Ideales Alter 30–45 Jahre.

Diese Position ist in allen Teilen sehr gut dotiert. Fühlen Sie sich angesprochen? Senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an den beauftragten Berater, Herrn H. Gloor. Er wird sich mit Ihnen in Verbindung setzen. Vollste Diskretion ist selbstverständlich.







Personal Sigma
Rathausgasse 24, Eingang Milchgasse, 5000 Aarau, Telefon 064 24 68 15

Geschäftsbereichsleiter
Dipl.-Phys., Dr. rer. nat.

45 Jahre, dt. Nationalität, verheiratet, 2 Kinder, dennoch mobil, gute englische, französische und niederländische Sprachkenntnisse.

15jährige Industriepraxis (u. a. Kunststoff- und Metallverarbeitung), davon 10 Jahre in leitender Position auf nationaler und internationaler Ebene, kein Wissenschaftstyp, organisatorisch begabt, entscheidungsfreudig, engagiert, Blick für Prioritäten, führungserfahren, betriebswirtschaftliches und unternehmerisches Urteilsvermögen, derzeit Geschäftsbereichsleiter Technik (Profit-Center) eines größeren Industrieunternehmens, sucht neue Aufgabe im

Techn. Management

In Frage kommen die technische Gesamtleitung eines mittleren Unternehmens oder eine adäquate technische Managementaufgabe in einem größeren Unternehmen oder Konzern.

Kontaktaufnahme erbeten unter F 5840 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

HAMBURG
INNENARCHITEKT
VERKÄUFERPERSÖNLICHKEIT – 38

sucht die leistungsbezogene Mitarbeit im passenden Unternehmen. Stärke: Akquisition – Verhandlung – Verkauf – exklusives Einrichten im Privatbereich, 400 vertrauensvolle Kontakte in Norddeutschland.

Zuschr. erb. u. E 5905 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer

49 Jahre, verheiratet, seit 16 Jahren Geschäftsführer in einem mittelständischen Unternehmen, ungekündigt, Schwerpunkte: Verkauf, Finanzwesen, Materialwirtschaft, Planung und Organisation, sucht wegen reduzierter Perspektive neue Aufgabe auf Geschäftsebene.

Zuschriften erbeten unter U 5829 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing., Studienrat

1. und 2. Staatsprüfung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen, gel. Masch.-Schlosser, 6jährige Erfahrung in der Berufs- und Erwachsenenbildung (Metalltechnik/Maschinenbau), 41 J., ungek., sucht verantwortungsvolle Auslandstätigkeit.

Angeb. u. D 5904 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

BAUKAUFMANN – BETRIEBSWIRT

37 J., Arge- und Auslandserfahrung, durchsetzungsbewußt, sucht abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit zum 1. 7. 1983 im Großraum Düsseldorf/Ruhrgebiet.

Angebote unter C 5837 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (Uni), Sicherheitstechnik

38 J., sucht neuen Wirkungskreis in der Industrie oder der Verwaltung. Erfahrung aus Lehre, 8 J. Industrietätigkeit (4 J. in leitender Position) als Berater der Unternehmensführung für Produktions-, Maschinen-, Arbeitssicherheit, Brandschutz. Schwerpunkte in der Analysentechnik wie Störungs- und Schwachstellenanalyse und der Handhabung von Sicherungsprozessen.

Ang. erb. u. G 5841 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technisches Management

Dipl.-Ing. (FH) Produktionstechnik, REFA-Ing., 37 J., ungek., flexibel, mit ausgeprägtem Leistungs- und Kostenbewußtsein, langj. Praxis in der zielgerechten Führung von qualif. Mitarbeitern, sucht eine neue unternehmerisch geprägte Aufgabe als

Leiter Produktion/Technik

Umfassende Erfahrung in der Führung eines mittelständischen, produzierenden Industrieunternehmens. Aufgabenschwerpunkte: Anwendung der modernen Methoden des Industrieal-Engineering, Personalbedarfsplanung, praxisnahe EDV-Anwendung und Wertanalyse.

Kontaktaufnahme erbeten unter S 5827 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinenbau-Ingenieur (FH), 42 J.

Kenntnisse: Projektierung/Verkauf, Industrieplanung, Projektmanagement, Konstruktion; Englisch, Französisch-Grundkenntnisse, Führungserfahrung; Fachgebiete: Transport- und Lagertechnik/Logistik, Anlagenbau, sucht verantwortungsvolle Aufgabe in

Projektierung / techn. Verkauf oder Projektmanagement

Zuschriften erbeten unter B 5836 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Personalleiter und Prokurist

53 J., verh., integre Persönlichkeit, in ungekündigter Stellung in größ. metallverarbeitendem Unternehmen. Seit 20 Jahren in leit. Funktionen im Personal- und Sozialwesen tätig. Umfassende Kenntnisse und Praxis in allen Fragen des betrieblichen Personal- und Sozialwesens wie Personalaufbau, Rationalisierung, Ausbildungswesen, Budgetkontrolle und Allgemeine Verwaltung. Beherrschung der Tagesgeschäfte sowie zielbewußte und aktive Mitgestaltung der Personalpolitik des Unternehmens. Mitglied von Ausschüssen und Gesprächspartner des Betriebsrates. Sprachkenntnisse in Englisch; sucht Position

Leiter Personal- und Sozialwesen

in einem Unternehmen, in dem die Personalpolitik einen ihrer Bedeutung zukommenden Stellenwert besitzt.

Zuschriften unt. P 5825 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Diplom-Betriebswirt

30 J., Single, 10 J. Erfahrung in kaufmännischer Verwaltung der Produktionsindustrie, Marketingstudium USA – Arbeitserfahrung USA –, sucht eine verantwortungsvolle, ausbaufähige mit Reisen und langfristig mit Personalverantwortung verbundene Position im Marketingbereich, General-Management oder in jedem anderen, dem Eignungsprofil entsprechenden Gebiet ab 1. 7. 83. Detaillierte Angebote nach Möglichkeit mit Terminvorschlag für ein Vorstellungsgespräch ab Mitte Mai; geographische Präferenz: Schweiz oder süddeutscher Raum. Ang. erb. unt. V 5830 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing.
(TU Maschinenbau)

28 J., verh., ortsungeb., TU Hannover. Breitangelegtes Studium m. Schwerpunkt Verbrennungskraftmaschinen, Konstruktionstechnik, Gesamtnote gut, sucht Anfangsstellung. Zuschriften unter V 5852 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutschlehrerin

mit 2jähr. Unterr.-Praxis in Südamerika (Chile) sucht berufsbezog. Tätigkeit im spanisch sprech. Ausland (engl. u. span. Sprachkenntn. und Schreibmaschinenprax.).
Tel.: 0 75 31 / 3 34 82

Ing. (grad.)
Nachrichtentechnik

33 J., 5 J. Berufserfahrung im Bereich Projektierung, NF-, Steuerungs- und Funkübertragungstechnik, fl. Englisch, Spanisch gut, Franz. ausbaufähig, sucht interessantes Tätigkeitsfeld im Bereich Systemplanung und Projektierung oder Forschung, Lehre, Entwicklung im Raum Hamburg.
Zuschr. erb. unt. W 5831 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Pädagoge

mit fundierten Kenntnissen und Erfahrung in der Behindertenarbeit und Erwachsenenbildung (kirchl. und weltl.) sucht neuen Aufgabenbereich, möglichst im süddeutschen Raum.
Ang. erb. u. S 5585 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 43 Essen

Suchen Sie Ihren Mann in Dänemark?

Seit 25 J. beschäftige ich mich mit Import- u. Exportaufgaben hier in Dänemark, spez. aus dem deutschen Raum. Ich wäre gern bereit, Ihrer Firma als Mitarbeiter im skandinavischen Raum behilflich zu sein. Ich wohne bei Kopenhagen.
Ang. erb. u. N 5582 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 43 Essen

Logistik/Procurement

Speditionskaufm., 28 J., langjähr. Tätigkeit in Industrieunternehmen im In- und Ausland (Nah- und Mittelost), sucht interessante Aufgabe, ggfs. Auslandseinsatz möglich. Zuschriften unter S 5849 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufm.

28 J., sucht Anfangsstellung bei Stb.-WP im Raum Hamburg.
Zuschriften unter PD 46 288 an WELT-Verlag 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

KENIA

Als Drehscheibe für Gesamtafrika. Sales-Consultant, dtsch., 40 J., vh., Afrikakenner mit 15j. Erf., sucht Position oder freie Mitarbeit in Transport, Tourismus, Handel für Job-Organisat., Verkauf, Präsenz v. Ort, Akquisition, Repräsentanz. Angeb. an JJK, Postfach 2 72, 2 Hamburg 4.

Dipl.-Kfm., Anf. 30

mehrj. Erfahrungen im Controlling, deutsch-amerikan. Rechnungswesen sowie in der Budgetierung, Englisch selbstverständl., möchte sich verändern. Vorzugsweise Tätigkeit im intern. Konzern, Raum Norddeutschld.
Angeb. erb. u. V 5764 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplomingenieur
Schweißfachingenieur
DVGW-Fachmann

35 J., Erfahrung in Akquisition, Kalkulation, Bau und Ausschreibung von Gas-, Wasser- u. Fernwärmeleitungen, in leitender Stellung tätig, sucht adäquate Stellung.
Angeb. erb. u. T 5762 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

19jährige Fachgymnasiastin

ortsunabhängig, schulischer Schwerp. i. naturwissenschaftl. Bereich, sucht 1983 Ausbildungsplatz als Laborantin od. Apothekenhelferin.
Zuschr.: Andrea Zitko, 215 Buxtehude, Meisenweg 10, Tel. 0 41 61 / 8 78 76

Bankkaufmann
z. Z. Leiter der Kreditabteilung

40 Jahre, verh.

- dynamische Persönlichkeit
- Verhandlungsgeschick
- Einsatzfreude und sicheres Auftreten

sucht neues interessantes Tätigkeitsfeld.

Angeb. erb. u. PS 46224 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Ich suche die unternehmerische Herausforderung zur konsequenten Fortsetzung meiner beruflichen Laufbahn

Bei renommierten internationalen Mineralölkonzernen konnte ich umfangreiche Berufserfahrung in der Raffinerieleitung sammeln, wobei ich die Verantwortung für Investitionen in Millionenhöhe getragen habe. Auch der Verwaltungs- und Personalbereich gehörte jeweils zu meinem Aufgabengebiet. Die fachliche Basis war ein Studium der Chemie, das ich mit der Promotion abgeschlossen habe. Diese über mehrere Jahrzehnte gewachsenen Kenntnisse und Fähigkeiten möchte ich jetzt in eine unternehmerische Aufgabe als

Geschäftsführer
– Petrochemische Industrie –

einbringen, wobei ich ein mittelständisches Unternehmen bevorzugen würde. Regionale Mobilität, ausgezeichnete Sprachkenntnisse, durchsetzungsstarke Persönlichkeit mit Organisationstalent sind bei mir weitere Merkmale, die für eine erfolgreiche Tätigkeit von Entscheidung sind. Sollte Sie diese Kurzdarstellung zur Kontaktaufnahme reizen, so bitte ich Sie, mir unter X 5832 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, zu schreiben.

Dipl.-Ing. erdverlegter Rohrleitungsbau

44 Jahre, 18 Jahre Erfahrung im erdverlegten Rohrleitungs- und Tiefbau sowie Überwachung, Druckstufen bis PN 100, Durchmesser bis DN 1000, alle Materialien, Gas, Wasser, Abwasser, kommunaler und Formleitungsbau, erfahren in Akquisition und Angebotsbearbeitung usw., in den letzten Jahren in leitenden Positionen tätig, zuletzt als Niederlassungsleiter, sucht neue leitende Position.

Angebote erbeten unter S 5761 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (TH) Elektrotechnik

29 J. alt, 4 J. Berufserfahrung in Leistungselektronik, Schwerp.: Stromrichter-Inbetriebnahme, Qualitätskontrolle, Projektierung; breite Fachkenntnisse: el. Schaltgeräte, el. Maschinen, EDV (Programmierspr. FORTRAN); Fremdspr.: Englisch, Französisch; sucht interess., anspruchsv. Wirkungskreis im Raum Köln.
Angeb. erb. u. A 5835 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

HOTELDIREKTOR
(Hotelkaufmann)

39 Jahre, verh., ortsungebunden, ungekündigt, sucht neue Aufgabe in einem Erstklaß- oder Luxushotel (150–500 Betten).

Langjährige Konzerntätigkeit in den Bereichen Personal, Kontrolle, Front-Office, Einkauf, F & B, Sales, Direktion.

Erfolgreich, fundiertes Wissen, verkaufsorientiertes und kostenbewußtes Denken, gute Personalführung, Auslandsaufenthalt, mehrsprachig in Wort und Schrift.

Angebote unter R 5826 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Asien-Fachmann

Dt. Kaufmann (Hauptsitz Manila, Philippinen) übernimmt freiberuflich die Betreuung Ihrer Interessen in Asien. Allg. Beratung, Konzeptplanung, Joint-Ventures, Marketing, Projektbeurteilung, Vertreterüberwachung, Konkurrenzinfo., Sonderaufgaben. Langj. Erfahrung, erstkl. Referenzen.

Angebote erbeten unter Y 5833 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen Sie einen echten Vertriebsprofi?

Einen Mann, der nicht nur verkaufen kann, sondern auch eine Vertriebsmannschaft aufbaut

sie trainiert – motiviert – organisiert

und nachweisbar hervorragende Ergebnisse erzielt. Ich bin 42 J. alt, Banklehre, Betriebswirt. Bisherige Arbeitsbereiche: Verkauf – Personalbeschaffung – Verkaufsschulung – Organisation – nationaler Verkaufsleiter eines Elektrokonzerns. Ich suche das Unternehmen mit technischem Kow-how, welches den Vertriebsleiter oder kaufmännischen Geschäftsführer sucht. Möglich wäre auch eine Teilhaberschaft mit einer Einlage.

Angeb. u. C 5903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Erfahrene Führungskraft

Seit 15 Jahren auf Geschäftsleitungsebene (Vertrieb, Verwaltung, Finanzen), Anfang 50, sucht neue Aufgabe im Großraum Hamburg.
Zuschr. unter PP 46203 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

GMBH-GESCHÄFTSFÜHRER TRANSPORT UND LAGEREI

30 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Standort Hamburg, sucht neue, interessante Aufgaben.
Neben den normalen Aufgaben eines Geschäftsführers liegen meine persönlichen Neigungen in den Bereichen
Marketing, Verkauf, Organisation
Ablaufbeobachtung und Problemlösungen
Ich kann auf erfolgreiche Strukturveränderungen im logistischen Bereich von Kundenfirmen verweisen, die von mir organisiert und durchgeführt wurden.
Die gesuchte neue Tätigkeit soll meinen Neigungen zukünftig mehr Raum lassen. Einen eventuellen Ortswechsel würde ich vornehmen. Aussagefähige Vorabinformation richten Sie bitte unter P 5583 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer
Ing. der Holzindustrie

Mitte 40, verantwortlich für 70 Mio. DM, langjährige Erfahrungen in Leitung und Aufbau von Betrieben d. Holzindustrie, versiert in allen Managementbereichen, Verkauf u. Planung v. Maschinenanlagen für die Holzindustrie sucht verantwortungsvollen Wirkungskreis auf Geschäftsleitungs- oder Vorstandsebene im In- oder Ausland.
Zuschriften erbeten unter D 5838 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IHR UNTERNEHMEN
vertreibt eine breite Palette
NONFOOD inkl. TEXTIL

Sie sind zu groß, um substantielle Mengen aus der zweiten Hand zu kaufen.
Seit Jahrzehnten kenne ich diesen Markt
FAST WELTWEIT
Wenn das für Sie interessant ist, lassen Sie uns darüber sprechen. Übrigens: Ich bin 59 – na und?
Zuschriften erbeten unter PW 46 265 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

STELLENGESUCHE

Volljurist

32 J., ledig; portugiesisch, spanisch; sehr gutes englisch, französisch. Engagement, analytisches Denken, Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge, sicheres Auftreten; derzeit in international tätigem Unternehmen, rechte Hand des Leiters der Abteilung Recht und Unternehmensbeteiligungen.
Praxis in den Spezialgebieten Handel- und Gesellschaftsrecht, Vertragsgestaltung In- u. Ausland u. priv. Baurecht.
Gesucht wird: verantwortungsvolle Tätigkeit, gern auch Ausland.
Zuschriften unter Y 5855 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Südamerika

Dipl.-Ing. agr., 28 J., m. mehrj. guter prakt. Erf. u. engl. u. franz. Sprachkenntn., sucht verantw. Tätigkeit in Südamerika. Kontaktaufn. an Ort u. Stelle v. 20. 5. 83 – 2. 6. 83 möglich. Zuschr. erb. u. PU 46264 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

PORTUGAL

Deutschsprachige Sekretärin (31), mit Diplom und langjähriger Berufserfahrung, Portugiesisch- und Englischkenntnissen, sucht Stellung in Lissabon oder Umgebung.
Angeb. erb. u. U 5763 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Vertrieb/Controlling

Dipl.-Kfm., 30 J., verh., mehrj. Praxis in amerik. Konzern und mittl. Unternehmen. Erfahrung in Verkauf/Sales Promotion v. Gebrauchsgütern/Dienstleistg., EDV-Kenntn., Englisch, franz. Grundkenntn. sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. erb. u. R 5584 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 43 Essen

Wer bietet
Sekretärin/Sachbearbeiterin
36, fund. Kenntnisse, belastbar, verhandlungssicher, interess., selbständ. Position in **Reisebüro/Reiseleitung od. Hotelbranche?** Auch Ausland angenehm.
Zuschr. erb. unter PS 46262 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Diplom-Ing.
Fachr. Maschinenbau

30 J., verh., langj. Erf. i. d. Konstruktion v. Sondermasch., spez. Prozeßautomatisrg., hydraul. u. pneumat. Antriebs- u. Steuerungstechnik, an Problemlösungen gew., Teamgeist u. Orgatalent, wünscht sich zu verändern im Großraum Hamburg.
Angeb. erb. u. PZ 46266 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Auslandsmontage

Er: 25 Jahre, Tischler, langj. Montageerfahrung, sie: 24 Jahre, Schreibmaschinenkenntn., umgangssprachl. Englisch, Russisch, Jugosl. Es ist egal wo, wie lange und was für Arbeit.
H. HUSIC
Klosterstr. 8, 6806 Viernheim
Tel.: 0 62 04 / 7 60 43

Diplom-Volkswirt

seit 15 Jahren in den USA tätig in verschied. Wirtschaftsbranchen, sucht mittlere Managementposition in deutscher Firma in den USA.
Wolfgang G. P. Müller
Dipl.-Volkswirt
1299 N.W. 7. St., Boca Raton
Florida 33432 USA
Rückfragen: Tel. 09 31 / 4 45 94

Verkaufsleiter, 41

12 Jahre bei führender Mineralölgesellschaft, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. u. PM 46277 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Personalfachmann Bank

Dipl.-Betriebswirt, Mitte 30, sucht verantw. Aufgabe im Personalwesen. Banklehre und fundierte Berufspraxis im Personalbereich vorhanden.
Angebote erbeten unter E 5839 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GABLER Fachliteratur für Führungskräfte in der Personalwirtschaft GABLER

Damit können Sie Ihren Personalaufwand wirkungsvoll beeinflussen

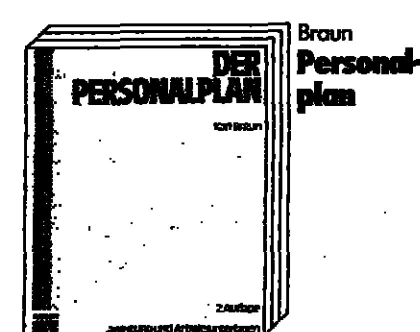


Grünefeld
Steuerung und Kontrolle des Personalaufwands

230 S., geb., DM 68,–

Der Autor beschreibt exakt, wie man den Personalaufwand definieren, inhaltlich abgrenzen und analysieren kann. Der überproportional steigende Personalaufwand kann so besser überwacht und gesteuert werden, überflüssige Kosten können so abgebaut werden.

Mit Personal-Management nach Plan den Unternehmenserfolg absichern!

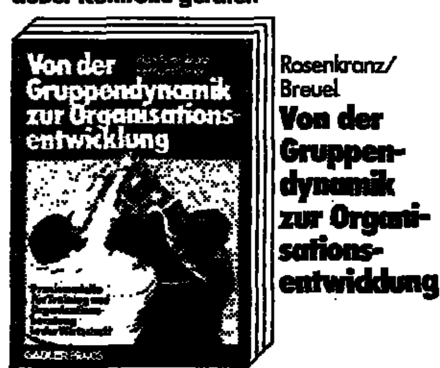


Braun
Personalplan

391 S., Arbeitsordner, DM 136,–

Diese Checklist bietet Ihnen die Arbeitsunterlagen, Planbeispiele, Schemata und Checkpunkte, die Sie brauchen, um einen Personalplan für Ihr Unternehmen zu erstellen – **maßgeschneidert und aus einem Guß!**

Gruppenprozesse können nicht mehr außer Kontrolle geraten



Rosenkranz/Breuel
Von der Gruppendynamik zur Organisationsentwicklung

172 S., geb., DM 48,–

In diesem Buch finden sich bewährte Praxismodelle für Training und Organisationsentwicklung im Unternehmen: Wertvolle Hilfen für **Trainer, Ausbilder und Personalleiter**, die damit ihrerseits den Mitarbeitern helfen können, deren Entwicklungs- und Lernprozesse **bewußt** zu erleben.

Mehr Transparenz in Ihren Personalaufwand



Grünefeld
Personalkennzahlensystem

250 S., Arbeitsordner, DM 98,–,

Berechnung und Darstellung von Personalaufwand und Personalzusatzaufwand stehen derzeit im Mittelpunkt der Diskussion. Diese Arbeits-Checklist bietet **erstmalig** ein in der Praxis bewährtes System von Kennzahlen über den Personalaufwand. Wertvoll für den **Personalleiter und den Controller** im Unternehmen.

Kompetente Information im Direktzugriff

Gablers Wirtschaftslexikon
GABLER WIRTSCHAFTS LEXIKON A-K

2 Bände, geb., DM 248,–

Das moderne Nachschlagewerk für alle Gebiete des Wirtschaftslebens: Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Steuer- und Wirtschaftsrecht. Der **Bestseller der Wirtschaft**, mit über 18000 Stichwörtern, jetzt bereits in der 10. Auflage!

Zu beziehen über den Buchhandel oder vom Betriebswirtschaftlichen Verlag Dr. Th. Gabler

Coupon Ich bestelle zur sofortigen Lieferung an meine Adresse:

___ Ex. Steuerung und Kontrolle des Personalaufwands
___ Ex. Personalplan
___ Ex. Von der Gruppendynamik zur Organisationsentwicklung
___ Ex. Personalkennzahlensystem
___ Ex. Gablers Wirtschaftslexikon

Name ___
Straße ___
PLZ · Ort ___
Datum ___

Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler
Taunusstraße 54 · 6200 Wiesbaden

Sihanouk: Peking sollte Vietnam Lektion erteilen

Wieder schwere Grenzgefechte / 3000 Chinesen evakuiert

AFP/dpa/rtr, **Peking/Bangkok**

Die Feuergefechte an der chinesisch-vietnamesischen Grenze nehmen an Heftigkeit zu. Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur „Neues China" meldete gestern, vietnamesische Artillerie habe mehrere Stunden lang chinesisches Territorium unter Beschuß genommen. Dabei seien im Gebiet um Pingmeng eine Volksschule, eine Bank, ein Krankenhaus und mehrere Wohnhäuser zerstört worden. Mehr als 3000 Menschen hätten evakuiert werden müssen.

Peking gab gestern der Sowjetunion die Schuld an der eskalierenden Gewalt. „Neues China" schrieb, kurzfristig sollten die Staaten in der Region durch die sowjetische Unterstützung Vietnams gezwungen werden, die vietnamesische Besetzung Kambodschas als vollendete Tatsache hinzunehmen. Langfristig wolle die UdSSR die Länder des Verbands Südostasiatischer Nationen (Asean) eines nach dem anderen unter vietnamesische Herrschaft bringen.

„Neues China" stellte einen zeitlichen Zusammenhang zwischen den Spannungen an der Grenze und dem kürzlichen Besuch des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Michail Kapitsa in mehreren Asean-Staaten her. Kapitsa habe diese Staaten aufgefordert, die von Vietnam gestützte kambodschanische Regierung Heng Samrins anzuerkennen. Für den Fall einer Weigerung habe er gedroht, Vietnam werde Aufständische in den Asean-Ländern unterstützen.

Der Chef des kambodschanischen Widerstands, Prinz Norodom Sihanouk, sagte in Peking, er hoffe, daß die Chinesen ihren Druck auf Vietnam noch verstärken und Hanoi eine „zweite Lektion" nach dem Muster der Militäraktionen vom Frühjahr 1979 erteilen werde. Vor der Presse sagte Sihanouk: „Je härter die Chinesen gegen Vietnam vorgehen, desto mehr begrüßen wir dies, denn China kann auf diese Weise einen Teil der vietnamesischen Armee zwingen, im Norden ihres Landes zu bleiben, anstatt nach Kambodscha zu gehen." Hanoi verstehe „nur die Sprache der Gewalt".

In Kambodscha lagen die Guerrillas der nichtkommunistischen „Nationalen Befreiungsfront des Khmer Volkes" in der Nähe des Flüchtlingslagers Nong Samet gestern unter schwerem Artilleriefeuer der Vietnamesen. Westliche Beobachter glauben, der Feuerüberfall könnte der Auftakt für den Angriff der Vietnamesen auf Nong Samet sein.

80 Prozent Verweigerer

dpa, **Bayreuth**

Die Mehrzahl der aktiven evangelischen Jugendlichen tendiert zur Verweigerung des Kriegsdienstes. Bei Pfarrerssöhnen liegt die Quote nach Angaben von Kirchenrat Fritz Eitel, Referent für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienst bei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), zwischen 80 und 90 Prozent. Eitel berichtete dies auf einer Veranstaltung der Universität Bayreuth. Anwesende Offiziere forderten die Kirche auf, sich mehr um die Jugend in Uniform zu kümmern und den Fehlbestand von 40 Militärpfarrern abzubauen. Theologen hätten vielfach irrationale Ängste der Jugendlichen ausgenützt, in der Hoffnung, sie wieder in die Kirche zu bringen.

Althammer tritt wieder an

dpa, **Bonn**

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Walter Althammer soll stellvertretender CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender in Bonn werden. Wenn ihn die CSU-Landesgruppe Anfang nächster Woche wählt, rückt er damit als zweiter CSU-Politiker neben Landesgruppenchef Theo Waigel in die Gruppe der sieben Stellvertreter von Fraktionschef Alfred Dregger auf. Der 55jährige Augsburger war bereits in den siebziger Jahren schon einmal in dieser Funktion tätig und soll in Zukunft für die Haushalts- und Finanzpolitik zuständig sein. Die Unionsfraktion will in der kommenden Woche auch die Vorsitzenden der zehn Bundestagsausschüsse wählen.

Syrien schützt die persischen Terroristen in Ost-Libanon

PETER M. RANKE, **Beirut**

Erste Untersuchungsergebnisse der libanesischen Sicherheitsbehörden weisen daraufhin, daß die Urheber des Sprengstoff-Attentats gegen die US-Botschaft in Beirut unter den iranischen „Revolutionsgarden" im ostlibanesischen Bekaa-Hochtal und in Damaskus zu suchen sind. Unter Kontrolle der syrischen Truppen, die in den Bergen vor Beirut stehen, oder mit Unterstützung des syrischen Geheimdienstes ist es ein leichtes, einen mit Sprengstoff vollgepackten Wagen durch die lässigen Kontrollen der libanesischen Armee nach Beirut zu fahren.

Da die Terrorgruppe von Abu Nidal in Damaskus geduldet und unterstützt wird, so daß sie wie beim Mord an Issam Sartawi sogar ihre Kommuniqués in der syrischen Hauptstadt veröffentlichen kann, gehen westliche Diplomaten davon aus, daß auch die persische Gruppe „Al Dschihad al Islami", die sich zu der Tat vom Montag bekannt hat, unter syrischem Deckmantel arbeitet. Syrien und Iran sind im Golfkrieg verbündet, daher ist auch eine Zusammenarbeit der Geheimdienste zu vermuten. Syrische Truppen in Libanon oder syrische Diplomaten in Paris und Lissabon können den Attentätern gegen Sartawi und gegen die US-Botschaft jedenfalls äußerst hilfreich gewesen sein, vom Besorgen des Sprengstoffs oder der Waffen bis zum Transport und zum Entkommen der Mordgesellen. Auch Verbindungen zur PLO sind möglich, wie sie ja auch Abu Nidal in Damaskus besitzt. Der pro-syrische Terrorchef des „PLO-Generalkommandos", Achmed Jebril, hatte den Mord an Sartawi ausdrücklich begrüßt.

Wie sich die persischen Terroristen unter dem Schutz der syrischen Truppen in Ost-Libanon eingenistet haben, geht aus einem alarmierenden Memorandum der drei Bischöfe in der Stadt Zahle hervor. Die Oberhirten, Spiridon Khoury, Abdel Ahad und Georges Iskandar, haben sich bei Staatspräsident Amin Gemayel bitter über die „Blockade" der christlichen Stadt durch syrische Truppen und über Unsicherheit und Chaos in der Bekaa-Ebene beschwert. Die Verwaltung funktioniere nicht mehr, Handel und Feldarbeit der Bauern seien nicht mehr möglich. Die Bischöfe fordern den Einsatz der libanesischen Armee.

Der Alarmruf der christlichen Kirchenfürsten ist begründet. Die Syrer haben in den vergangenen Wochen ihre Truppen in der Bekaa, wo Zahle nur etwa zehn Kilometer von der Front gegen die Israelis entfernt liegt, auf rund 50 000 Mann verstärkt. Neue Panzer- und Artillerieeinheiten haben frisch ausgebaute Stellungen bei Zahle bezogen.

Den Hauptgrund für die Unsicherheit in der Bekaa bilden aber die umherstreifenden Banden bärtiger „Khomeinisten", wie die libanesische Bevölkerung klagt. Diese persischen „Revolutionsgardisten" kamen im Sommer 1982 über Damaskus nach Libanon, um der PLO gegen die israelischen Truppen zu helfen. Sie sind in der alten römischen Tempelstadt Baalbek und im benachbarten Brital stationiert. Rund 1600 leben dort in Zelten oder haben sich in Häusern einquartiert. Sie werden von den syrischen Truppen mit Waffen, Munition und Proviant versorgt, aber kaum überwacht.

Als Schiiten waren die „Khomeinisten" in Khaki-Jacken und mit Kalaschnikows zunächst der vorwiegend schiitischen Bevölkerung in der Bekaa willkommen, nicht aber den Christen in Zahle. Doch auch die schiitischen Dörfer werden von den „Khomeinisten" auf ihren Streifzügen nicht verschont. Denn einmal verlangen die Revolutionswächter Geld oder Nahrungsmittel, zum anderen zwingen sie die Frauen und Mädchen Schleier zu tragen und sich wie die Bauern Belehrungen über die islamische Revolution in Iran anzuhören.

Während in Beirut die Schiiten als größter muslimischer Bevölkerungsteil eine eigene Miliz mit dem Namen „Amal" (Hoffnung) unter dem Rechtsanwalt Nabi Berri gebildet haben, haben die „Revolutionsgardisten" sich in verschiedenen Partei- und Terrorgruppen organisiert. Ihnen hat sich eine libanesische Miliz mit dem Namen „Amal Islam" angeschlossen, die von Hussein Mussawi geführt wird und politisch auf Ayatollah Khomeini ausgerichtet ist. Massawi wird von der Regierung in Beirut steckbrieflich gesucht.

Denn die Truppe von Massawi hatte zusammen mit Persern am 4. März einen Konvoi der libanesischen Armee in Brital überfallen und dabei einen Leutnant und fünf Soldaten erschossen, alles ebenfalls Schiiten. Seitdem wagt die Einheit nicht mehr, ihre Kaserne „Scheich Abdallah" oberhalb Baalbeks zu verlassen. Da weder libanesische Armee noch Polizei von den syrischen Truppen Unterstützung erhält, ist an eine Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in der Bekaa nicht zu denken.

Die Bekaa-Ebene gilt in Damaskus nicht nur aus strategischen Gründen als unverzichtbar, selbst wenn die Israelis abrücken sollten, sondern auch aus finanziellen Gründen. Der fruchtbare Boden ist das Hauptanbaugebiet für Hanf und damit Haschisch, der von der syrischen Armee und dem syrischen Geheimdienst unter Präsidenten-Bruder Rifaat Assad im libanesischen Tripolis vermarktet und exportiert wird. Auch die persischen „Revolutionsgardisten" scheinen davon zu profitieren. Denn alle Vorstellungen der libanesischen Regierung in Damaskus, die Perser nach Hause zu schicken, blieben bislang ergebnislos.

*

AP, **Beirut**

Bei dem Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Beirut sind möglicherweise 60 Menschen getötet worden. Die libanesische Polizei teilte gestern mit, die Bergungstrupps hofften, im Laufe des Tages in die Küche des Botschaftsgebäudes vorzudringen, wo vermutlich noch mehr als 20 Menschen verschüttet seien.

Auch der Marineinfanterie-Oberst James Mead bestätigte die Vermutung, daß sich in dem Gebäude noch weitere 20 Vermißte befinden. Dabei sei sehr zu bezweifeln, daß sie noch am Leben sind. Die Bergungsarbeiten, bei denen Baumaschinen die tonnenschweren Trümmer beiseite räumten, dauerten ununterbrochen an.

Nach Augenzeugenberichten wurde der Anschlag mit bis zu 230 Kilogramm Sprengstoff von einem Selbstmörder-Terroristen verübt. Polizei und Armee gehen von der Annahme aus, daß das Attentat von extremistischen schiitischen Anhängern des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini inszeniert wurde.

Haft-Erleichterungen für Deutsche in Libyen

Abschiebung erst nach Ende des Bonner Prozesses erwartet

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Sondermission des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, hat zwei Tage nach der Rückkehr des Politikers aus Tripolis für die acht in Libyen unter spektakulären Umständen festgesetzten Deutschen offenbar erste Erleichterungen gebracht.

Die Festgenommenen wurden in der Hauptstadt des Landes zusammengelegt, ihre Haft in eine Art Internierung umgewandelt. Außerdem ist die dringend notwendige medizinische Versorgung für zwei von ihnen – einer ist zuckerkrank – sichergestellt. Gestern konnte auch erstmals Bonns Botschafter Günter Held mit ihnen direkten Kontakt aufnehmen.

Nach WELT-Informationen ist gegen die Mitarbeiter eines Elektro- und eines Stahlkonzerns sowie einer Baufirma noch keine Anklage erhoben worden. Bisher laufen nur Ermittlungsverfahren. Dadurch bestehen größere Chancen für eine baldige Freilassung. Ein Niederländer und ein Franzose, die zusammen mit den Deutschen verhaftet worden waren, sind bereits wieder auf freiem Fuß.

Offiziell wird in Bonn kein Zusammenhang mit dem am Montag eröffneten Prozeß gegen zwei Libyer hergestellt. Möllemann hatte aber in Tripolis deutlich gemacht, daß die Bundesregierung keinen Einfluß auf das Strafverfahren nehmen kann. In politischen Kreisen herrscht dennoch Skepsis darüber, daß es vor Abschluß der Gerichtsverhandlung zu einer Abschiebung der acht kommt.

Den beiden in Bonn angeklagten Arabern wird zur Last gelegt, im November Landsleute in der Bundeshauptstadt gefoltert zu haben. Nach Zeugenaussagen hatte damals einer der Angeklagten erklärt: „Wenn einer von uns hier festgenommen wird, dann werden in Libyen zehn festgenommen."

Bereits vor drei Jahren waren sechs Berliner Wissenschaftler unter der Anschuldigung, die Grenze verletzt und „politisch brisante Forschungen" betrieben zu haben, 130 Tage lang in Libyen inhaftiert worden. Sie kamen erst durch den persönlichen Einsatz von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wieder frei. Auch damals fand in Bonn zeitgleich ein Prozeß gegen einen Libyer statt.

Neben seinen Bemühungen um die Freilassung der acht in Libyen Festgenommenen hatte sich Möllemann bei seinem zweieinhalbstündigen Gespräch mit dem stellvertretenden Staatschef Jalloud in Tripolis auch für vier weitere Deutsche eingesetzt. Sie sind seit 1979 beziehungsweise 1981 zum Teil zu lebenslanger Haft verurteilt, u. a. wegen „Alkoholschmuggel".

Biedenkopf äußert sich verbittert

dpa, **Düsseldorf**

Der Streit um die Führung der CDU in NRW im Landtagswahlkampf 1985 wird immer härter. In einem Brief an seinen rheinischen Konkurrenten Bernhard Worms erinnerte jetzt der westfälische CDU-Vorsitzende und Düsseldorfer Oppositionsführer Biedenkopf daran, daß er sich dem damaligen Spitzenkandidaten Heinrich Köppler 1980 untergeordnet und erst nach dessen Tod die Spitzenkandidatur übernommen habe. Er habe auf diese Weise zur „Verbindung beider Landesvorsitzender im Spitzenteam" beitragen wollen. Biedenkopf an Worms: Er habe fälschlicherweise angenommen, „daß Du mir 1985 in gleicher Weise zur Verfügung stehen würdest".

KPF: Marchais bleibt im Amt

dpa, **Paris**

Mit einer zweistündigen politischen Analyse hat der Chef der französischen KP, George Marchais, die zweitägige Sitzung seines Zentralkomitees in Paris eröffnet. Pressesprecher Pierre Juquin widersprach allerdings Vermutungen, daß auch eine Ablösung des Parteichefs auf der Tagesordnung stehe: „Das ist fern jeder Aktualität." Marchais zog nach Juquins Darstellung vor allem eine Analyse der Ergebnisse der Gemeindewahlen im März. Es sei falsch, daß die Kommunisten dort die großen Verlierer gewesen seien. In der französischen Presse heißt es jedoch, daß Marchais' Position umstrittener als je zuvor sei.

Berlin: Ein gravierender Spionagefall

F. D. **Berlin**

Bei dem am 15. April in Hannover wegen des Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit verhafteten „DDR"-Bewohner Michael Sch. (30) handelt es sich nach Ansicht Berliner Sicherheitsbehörden um einen „gravierenden Fall". Nach den bisherigen Erkenntnissen sollte der als Journalist deklarierte Mann auf der Hannover-Messe Aufträge an Agenten des „DDR"-Staatssicherheitsdienstes in der Bundesrepublik übermitteln.

Der mutmaßliche Agent war unmittelbar nach seiner Ankunft auf dem Hauptbahnhof von Hannover verhaftet worden. Gegen ihn lag seit dem 31. Januar 1980 ein Haftbefehl des Berliner Kammergerichtes wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit vor. Michael Sch. wurde 24 Stunden nach seiner Festnahme mit dem Flugzeug nach Berlin gebracht. Er sitzt dort in Untersuchungshaft.

Wie aus Sicherheitskreisen verlautete, sei der verhaftete „DDR"-Bürger zwei Tage vor dem Besuch des SED-Politbüromitglieds Günter Mittag in Hannover eingetroffen. Er habe aber nicht zur offiziellen Begleitung Mittags gehört.

Die Berliner Justizverwaltung wandte sich gestern gegen die Behauptung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN, die Existenz eines Haftbefehls gegen Michael Sch. sei „frei erfunden". „Was ADN meldet, ist Blödsinn. Die Sache hat Hand und Fuß; von ‚frei erfunden' kann keine Rede sein", sagte ein Sprecher.

Entscheidung im Sommer?

dpa, **Bonn**

In dem seit Februar 1982 laufenden Ermittlungsverfahren wegen Parteispenden des Flick-Konzerns wird frühestens im Juni/Juli eine Entscheidung darüber fallen, ob Anklage erhoben wird oder ob die Ermittlungen eingestellt werden, bestätigte der Pressesprecher der Bonner Staatsanwaltschaft, Johannes Wilhelm.

Gesagt

„Konrad Adenauer war ein Vorbild für die, die ihm in den langen Jahren seines politischen Wirkens begegnet sind – und er ist und bleibt ein Vorbild für die, die auf seine Arbeit für unser Vaterland zurückblicken. Der erste, unvergessene Kanzler der Bundesrepublik Deutschland hat unserem Volk Selbstachtung und Mut für die Zukunft zurückgegeben."

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger, aus Anlaß des 16. Todestages Konrad Adenauers.

SED ehrt die Witwe Ulbrichts

hrk. **Berlin**

Ohne Hinweis auf ihren 1973 verstorbenen Mann Walter Ulbricht, Erich Honeckers Vorgänger als SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden, aber mit einer umfangreichen Laudatio ehrte die SED-Spitze gestern im „Neuen Deutschland" Ulbrichts Witwe Lotte anläßlich ihres 80. Geburtstages. Honecker verlieh ihr eine der höchsten Auszeichnungen der „DDR", den Karl-Marx-Orden.

In einer Grußadresse Honeckers an Lotte Ulbricht heißt es über ihre Zeit nach 1945 an der Seite Ulbrichts lediglich: „Nach der Befreiung unseres Volkes durch die ruhmreiche Sowjetarmee und Deine Rückkehr in die Heimat gehörtest Du zu den Aktivisten der ersten Stunde. Die vielfältigen Erfahrungen Deiner jahrzehntelangen revolutionären Tätigkeit flossen ein in Deine verdienstvolle Mitarbeit im Apparat des Zentralkomitees und später am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee bei der Verbreitung geschichtlicher Lehren der deutschen Arbeiterbewegung."

Das Andenken an den „DDR"-Mitbegründer Ulbricht wird offiziell nicht mehr gepflegt. Sportstadien, Straßen und Plätze wurden umbenannt, die Busse der Leipziger Stadtrundfahrten stoppen nicht mehr am Geburtshaus des Ehrenbürgers der Stadt. Im Handel werden jedoch nach wie vor Postkartenserien mit Fotos des „Arbeiterführers" verkauft.

„DDR": Schweigen über Honeckers Zusage

● Fortsetzung von Seite 1

schen Grenze und auf den Transitwegen durch die DDR zu verharmlosen". Da bei Burkert Spuren erheblicher Gewalteinwirkung festgestellt worden seien, „muß bis zum Beweis des Gegenteils auch von einem Tötungsdelikt ausgegangen werden".

Die amtliche „DDR"-Nachrichtenagentur ADN sprach gestern zum ersten Mal von einem „bedauerlichen Vorfall". In einer Schilderung des Vorfalles durch ADN heißt es, laut Unterlagen des „DDR"-Zolls sei beobachtet worden, daß Burkert vor seiner Vernehmung „bei einem Treff an der Autobahnraststätte Börde Gegenstände in unstatthafter Weise an eine Person übergeben hatte". Dabei habe es sich um drei Paar Autorollgurte, ein Paar Stereolautsprecher und eine Damenarmbanduhr im geschätzten Wert von zusammen 3000 Mark gehandelt.

Die Witwe Burkerts hatte dagegen berichtet, bei dem Treff sei für eine Cousine aus Thüringen eine Plastiktüte mit Süßigkeiten und HSV-Aufklebern übergeben worden.

Zur Todesursache heißt es bei ADN, Burkert sei bei der Befragung durch zwei Zöllner gegen 14.40 Uhr (demnach 70 Minuten nach Beginn des Verhörs) unvermittelt von seinem Sitz gefallen und mit der linken Kopfseite an die Rippen eines Heizkörpers gestoßen. Dies soll die offenkundigen Verletzungen am oberen Augenlid erklären.

Bis Juni Einigung über Europäische Akte?

Kohl sprach mit Dänemarks Ministerpräsidenten Schlüter

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl äußerte gestern nach dreistündigen Gesprächen mit dem dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter die Hoffnung, daß die von der Bundesrepublik und von Italien vorgeschlagene Europäische Akte – der sogenannte Genscher/Colombo-Plan – auf dem Stuttgarter Europagipfel Anfang Juni verabschiedet werden kann.

Schlüter meinte etwas vorsichtiger: „Wir arbeiten alle daran. Wir hoffen, daß es vor dem Stuttgarter Treffen möglich sein wird, einen gemeinsamen Nenner zu finden, wie wir die Sache behandeln sollen." An dem Genscher/Colombo-Plan, der Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union bringen soll, waren bei den bisherigen internen Diskussionen schon erhebliche Abstriche vorgenommen worden.

Bei dem Kurzbesuch des dänischen Regierungschefs in Bonn standen die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg und der Verlauf der Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) neben dem Stuttgarter Europagipfel im Vordergrund.

Gemeinsam mit den Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Uffe Ellemann-Jensen stimmten die beiden Regierungschefs darin überein, daß es in Genf möglich sein müßte, auf der Basis des neuen amerikanischen Vorschlags für eine Zwischenlösung zu einer Einigung zu kommen. Der NATO-Doppelbeschluß, so betonte Schlüter, bleibe ein notwendiger Bestandteil des Bestrebens, den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten.

Eingehend berichtete Kohl über seine zurückliegenden Gespräche mit Präsident Ronald Reagan in Washington und über seine Absicht, noch vor der Sommerpause Moskau zu besuchen. Beide Politiker sprachen sich für einen baldigen Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens und die Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz aus. Der Kanzler, der mit seinem dänischen Kollegen befreundet ist, rühmte die „besonders herzliche Atmosphäre" des Treffens. Schlüter sagte: „Die solide deutsch-dänische Zusammenarbeit war nie besser." Zum Abschluß kam der Gast auch mit Bundespräsident Karl Carstens zusammen.

London und das EWS

fu (London) – Die Diskussion über einen vollen Beitritt Londons zum Europäischen Währungssystem EWS wird sich verstärken, auch wenn die britische Regierung im Augenblick immer noch nicht zu einem solchen Schritt bereit zu sein scheint. Jedenfalls betonte Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe vor kurzem gegenüber der WELT, die britische Währung sei zu stark von der Entwicklung der Ölpreise abhängig, als daß ein Beitritt gerechtfertigt werden könnte.

Doch nur wenige Tage zuvor hat der im Sommer scheidende Gouverneur der Bank von England, Lord Richardson, deutlich werden lassen, daß es durchaus Unterschiede in der Beurteilung der Beitrittsfrage zwischen ihm und dem Schatzamt gibt.

Nun kann man die Bedenken des Schatzkanzlers nicht einfach vom Tisch fegen, daß das Pfund eine „Nordseeöl-Währung" sei und entsprechend erratisch auf Änderungen in der Beurteilung der Preisentwicklung von Rohöl reagiert. Andererseits gibt es immer mehr Argumente, die jetzt für eine aktive Rolle des Pfundes im EWS sprechen.

So ist der Pfundkurs von etwa 4,30 Mark im November vergangenen Jahres inzwischen auf knapp 3,80 Mark gefallen. Er entspricht damit fast genau jener Pfund-D-Mark-Parität, als das EWS vor vier Jahren gegründet wurde. Außerdem ist der Erfolg Londons bei der Inflationsbekämpfung ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Wechselkurs-Stabilisierung. Eine Chance für Brüssel, jetzt wieder Initiative zu zeigen.

Deutscher Optimismus

Von DOMINIK SCHMIDT

Heute abend also wird der Schlußstrich unter das Spektakel gezogen: nach achttägiger Dauer geht die größte Industrieschau der Welt, die Hannover-Messe '83, zu Ende. Das vorweggenommene Fazit: Die in sie gesetzten Erwartungen hat die „Messe der Messen" – isoliert betrachtet – noch übertroffen. Der Rahmen war hervorragend, die so oft zitierte Stimmung hätte besser nicht sein können. Der zu Optimismus geradezu verpflichtete Veranstalter, die Messe-AG, zeigte sich angesichts des Besucheransturms nur ungenügend gewappnet: Kurzfristig mußten 50 000 Eintrittskarten nachgedruckt werden.

Überwiegend Positives verlautet aus den Reihen der rund 6200 Aussteller, die in 23 Hallen und auf dem Freigelände ihre Produkte und Ideen präsentieren. Die Mahnungen der Politiker, allen voran Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, sind in Hannover offenbar auf fruchtbaren Boden gefallen. Allen vorherigen Unkenrufen zum Trotz florierte das Geschäft, wurden öfter als etwa im Vorjahr Kugelschreiber gezückt und Auftragsbücher geöffnet.

So gesehen hat sich Hannover einmal mehr als eine Art Konjunkturbarometer erwiesen. Welche Stabilität den hier gewonnenen Erkenntnissen beizumessen ist, wird erst die nähere Zukunft zeigen. Eines indes scheint sicher: Wenn der Aufschwung erst einmal in den Köpfen ist, dann ist dies eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß er überhaupt stattfinden kann. Auf Teilgebieten läßt sich diese Einschätzung nachvollziehen. Die Tatsache, daß vor allem kleine und mittlere Unternehmen ihre Beteiligung überwiegend positiv beurteilen und in beachtlichem Umfang auf der Messe orderten, ist ein deutliches Signal für das Anspringen des Konjunkturmotors im Inland.

Zurückhaltender äußern sich demgegenüber große Unternehmen und Repräsentanten wichtiger Wirtschaftsverbände. Sie verweisen auf die unverändert bestehende Diskrepanz zwischen volkswirtschaftlichen Indikatoren und betrieblichen Daten und rechnen frühestens gegen Ende des Jahres mit einer deutlichen Besserung. Die Ursache für eine solche Einschätzung liegt in dem schwachen Auslandsgeschäft begründet. Ohne Zweifel spielen aber auch psychologische Momente mit. Immer wieder wird auf die Erfahrungen früherer Jahre verwiesen, als die jeweiligen Frühjahrsprognosen sich dann im Herbst als Irrtum herausstellten.

Solch skeptische Vorbehalte indes ändern nichts an der zuversichtlicheren Grundstimmung auch in der Großindustrie. Der befürchtete tiefe Einbruch bei den Auftragseingängen in den ersten Monaten ist ausgeblieben. Die staatlich verordneten Investitionshilfen haben offensichtlich längst nicht in dem Maß zu vorweggenommenen Aufträgen geführt, wie dies den Anschein hatte.

Richtig ist, daß vorerst aus dem Ausland zusätzliche Impulse für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft nicht zu erwarten sind. Der größere Teil der westeuropäischen Industrieländer sieht sich unverändert mit einer stagnierenden Konjunktur konfrontiert; die geringeren Einnahmen der ölexportierenden Staaten sowie die Zahlungsprobleme einer Reihe von Ostblockländern und der meisten Entwicklungsländer lassen wenig Spielraum für Hoffnungen.

Der in Hannover sichtbar gewordene Optimismus – mag er auch erst später wirksam werden – hat eine durchaus gesunde Basis. Das stark gesunkene Zinsniveau, die niedrigeren Ölpreise und eine Teuerungsrate, die international hervorragend ist, bilden einen Rahmenkranz, der in der Bundesrepublik Zuversicht rechtfertigt.

Im Gegensatz zur letztjährigen Hannover-Messe wurde diesmal denn auch nur am Rande über Preise gesprochen. Nicht zuletzt die zunehmende internationale Konkurrenz läßt nur selten Freiräume für Preiserhöhungen. Vielfach sind Unternehmen sogar dazu gezwungen, ihre Vorstellungen nach unten zu korrigieren. Selbst potente Anbieter im Bereich der Kommunikationstechnik oder der Büro- und Informationstechnik führen Klage über das Mißverhältnis zwischen Preis- und Kostenanstieg.

Mehr noch als in früheren Jahren ist die Hannover-Messe '83 ihrem Anspruch als „Pulsfühler des technischen Fortschritts" gerecht geworden. Das Investitionsgüterangebot ist in seiner Vielfalt weltweit unerreicht; nirgendwo sonst werden neueste technologische Entwicklungen so konzentriert präsentiert. Die Aufgeschlossenheit der Besucher gegenüber neuen Techniken bewies der starke Andrang auf der Fachmesse „Antreiben-Steuern-Bewegen", in deren Rahmen die anwendungsorientierten Industrieroboter den Schwerpunkt bildeten. Den endgültigen Durchbruch auch im Bewußtsein der Nicht-Fachleute hat zugleich die Mikroelektronik vollzogen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Kiechle sondiert Chancen für Agrarpreis-Kompromiß

WILHELM HADLER, Brüssel

Nur mühsam voran kamen gestern die Verhandlungen über die europäischen Agrarpreise. Nach dem in der EG üblichen „Beichtstuhlverfahren" empfingen Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (als Ratspräsident) und der Brüsseler Agrarkommissar Poul Dalsager nacheinander die verschiedenen Delegationschefs, um die Chancen für ein Kompromißpapier zu sondieren, das in den Umrissen bereits feststand.

Mit der Vorlage dieses Papiers wurde am späten Nachmittag gerechnet. Daraus schlossen Beobachter, daß die Preisverhandlungen frühestens in den Abendstunden in eine erste entscheidende Phase treten könnten. Die bisherigen Erfahrungen haben allerdings gezeigt, daß ein Kompromiß nie im „ersten Anlauf" gelingt. Auch in diesem Jahr lagen die Ausgangspositionen der Regierungen wieder weit auseinander.

Die meisten Delegationen haben sich für größere Preisanhebungen stark gemacht, als die EG-Kommission für vertretbar hält (durchschnittlich 4,2 Prozent in Ecu). Dagegen tritt Großbritannien in Übereinstimmung mit den Verbraucherverbänden für ein „Einfrieren" der Garantiepreise für Überschußerzeugnisse (vor allem Milch und Getreide) ein. Die Bundesregierung könnte dem Kommissionsvorschlag zustimmen, kämpft aber um eine möglichst weitgehende Aufrechterhaltung des deutschen Grenzausgleichs im Agrarhandel (gegenwärtig 13 Prozent).

Die Kommission hat nochmals darauf hingewiesen, daß die von den europäischen Bauern verlangten Preisaufbesserungen (sieben Prozent) die EG-Finanzen völlig aus dem Gleichgewicht bringen würden.

WERFTEN-KONFERENZ / Treffen der Regierungschefs der Küstenländer

Bonn hielt einen weiteren Abbau von Schiffbau-Kapazitäten für notwendig

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

An die Werften-Konferenz der norddeutschen Küstenländer, zu der für morgen der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi die Regierungschefs eingeladen hat, werden nirgends große Erwartungen geknüpft, obwohl sich die Lage der deutschen Schiffbauindustrie in letzter Zeit weiter verschlechtert hat. Die Bundesregierung ist in Hamburg nur auf Beamtenebene vertreten.

Wie aus dem Einladungsschreiben Hamburgs hervorgeht, soll auf dieser Konferenz versucht werden, im Kreise der Regierungschefs eine Meinung der Küstenländer zur Schiffbaupolitik zu erarbeiten und das weitere Verfahren festzulegen. Die Bundesregierung wird sich zu den Vorschlägen der Küstenländer äußern, wenn diese eine einheitliche Position bezogen haben.

Allerdings hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff das Werftkonzept des Hamburger Senats bereits als keine brauchbare Diskussionsgrundlage bezeichnet, weil Hilfen für die Großwerften zu Lasten der kleinen und mittleren Betriebe gehen könnten. Ähnliche Kritik gab es aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Hamburg fordert unter anderem die Festlegung der für notwendig gehaltenen Werftkapazitäten durch die Bundesregierung und die Küstenländer und die Beibehaltung der Schiffbauschwerpunkte Bremen, Hamburg, Emden und Kiel im Rahmen dieser Kapazitätsziele. Daneben plädiert Hamburg für staatliche Mittel für Umstellung und Forschung, für Auftragshilfen und für die Wiedereinführung von Zinszuschüssen für deutsche Reeder.

Die Notwendigkeit einer weiteren Strukturanpassung, die auch vor einem Abbau der Kapazität nicht haltmachen darf, besteht nach Ansicht der Bundesregierung vor allem für die Großwerften. Die Anpassungsmaßnahmen müßten in erster Linie von den Unternehmen selbst und in eigener Verantwortung durchgeführt werden. Sie hat auch klargestellt, daß die Bremer Großwerften erst ein konkretes Konzept mit prüffähigen Unterlagen vorlegen müssen, bevor sie sich näher mit den Unternehmensplänen befassen kann. In der Entgegennahme solcher Unterlagen liege aber noch keinerlei Vorentscheidung über mögliche Bundeshilfen. Bei einer Umstrukturierung seien erst Eigentümer und Banken und das Land gefordert.

Die Bundesregierungen haben seit 1962 den Werften mit so umfangreichen Hilfen, die mit Wettbewerbsverzerrungen aufgrund von Subventionen anderer Länder gerechtfertigt wurden, unter die Arme gegriffen, wie sie – abgesehen vom Luftfahrtbereich – bisher keine andere Branche der Investitionsgüterindustrie erhalten hat. Insgesamt wurden bisher bereitgestellt:

- 3,7 Milliarden Mark an Zinszuschüssen und Darlehen aus den Werfthilfeprogrammen VI bis VIII für die Ablieferungsjahre 1970 bis 1986,
- 660 Millionen durch das Auftragshilfeprogramm für die Zeit von 1979 bis 1980 in Form von Baukostenzuschüssen, wobei sich der Bundesanteil auf 480 Millionen Mark belaufen hat.
- 2,24 Milliarden Mark an Bauzuschüssen aus dem Schiffbauförderungsprogramm des Bundesverkehrsministeriums.
- 388 Millionen Mark Entwicklungshilfemittel für Schiffsbestellungen.
- 437 Millionen Mark, wovon der Bund 380 Millionen getragen hat, für die Förderung der Meerestechnik, für Forschungs- und Entwicklungsprogramme für die Hochsee- und Küstenfischerei oder für die Bekämpfung von Ölschäden, die der Werftindustrie direkt oder indirekt zugute kamen.

Die weltweit stark gesunkene Nachfrage nach Schiffen – der Rückgang der Auftragseingänge wird für 1982 auf rund 20 Prozent veranschlagt – hat auch zu einem erheblichen Preisverfall geführt. Immer häufiger wurden Neubauaufträge zu nicht mehr kostendeckenden Preisen hereingenommen. Dieses hat vor allem die Substanz einiger Großwerften aufgezehrt.

AUF EIN WORT

„Da namentlich im Ruhrgebiet die Großunternehmen Kapazitäten abbauen müssen, muß der Mittelstand in dieses Loch einspringen. Dazu müssen diese Unternehmen besseren Zugang zur Forschung erhalten."

Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg
FOTO: JUPP DARCHINGER

REAKTORBAU

Die Finanzierung scheint gesichert

HEINZ HECK, Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber kann am 27. April in die Kabinettssitzung mit einer gesicherten Finanzierung für die beiden fortgeschrittenen Reaktorlinien gehen. Das ist das Ergebnis seiner wochenlangen Verhandlungen über eine stärkere Beteiligung der Elektrizitätswirtschaft an den beiden Milliardenprojekten. Zum Schnellen Brüter (SNR 300) in Kalkar muß das Forschungsministerium (BMFT) aus dem Haushalt in den kommenden Jahren noch bis zu einer Milliarde Mark beisteuern.

Etwa 700 Millionen Mark über die bisherigen Zusagen von rund 800 Millionen Mark kommen aus der Wirtschaft, insgesamt also etwa 1,5 Milliarden Mark. Damit soll die Finanzierung bis zur Inbetriebnahme (voraussichtlich 1986) nach heutigen Erkenntnissen gesichert sein. Außer den Hamburgischen Electrizitätswerken (HEW) und den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen (VEW) beteiligen sich alle in der Kernenergie engagierten Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) an der Brüterfinanzierung, darüber hinaus auch die Herstellerfirma, die Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU).

HEW und VEW bringen ihren Finanzierungsbeitrag von etwa 200 Millionen Mark für den Hochtemperaturreaktor in Schmehausen ein. Die Elektrizitätswirtschaft setzt dagegen – auch mit ihrer finanziellen Beteiligung – vor allem auf den Brüter. Riesenhuber hat von der Landesregierung in Düsseldorf Zusagen über einen reibungslosen Genehmigungsablauf.

BAUWIRTSCHAFT

Erwartungen übertroffen

GISELA REINERS, Bonn

Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) sieht seine Erwartungen hinsichtlich der Ankurbelung der Baukonjunktur übertroffen. Die Förderung nach dem Bausparzwischenfinanzierungsprogramm sei inzwischen voll ausgeschöpft – mit Ausnahme der Stadtstaaten; die Baugenehmigungen seien um rund zehn Prozent gestiegen: Schleswig-Holstein + 31,4 Prozent, Nordrhein-Westfalen + 16, allerdings Berlin ./. 43 Prozent. Angesichts der günstigen Zinsentwicklung sei eine Aufstockung des Programms unnötig, sagte Schneider gestern in Bonn bei der Vorstellung einer „Bau- und Wohnfibel – Wegweiser zum eigenen Heim" (gratis zu beziehen beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 53 Bonn 1).

Schneider begründete die Notwendigkeit der Förderung vor allem für Private mit der geringen Eigentumsquote (rund 39 Prozent). Ziel sei es, jedem zweiten Haushalt das Wohnen in eigenen vier Wänden zu ermöglichen, was sicher bis zum Jahr 2000 noch nicht erreicht sein werde.

Mit dem Bund der Steuerzahler stimmte der Minister überein, daß langfristig die Subjektförderung Vorrang vor der viel zu teuren Objektförderung haben müsse. Doch benötige man dazu exakte Daten wie sie die Volkszählung habe liefern sollen. Der Bund der Steuerzahler hatte in einem Gutachten vorgerechnet, daß sich durch eine Umstellung der Förderung vier Milliarden sparen ließen. Auch die staatliche Bausparförderung sei entbehrlich.

SCHALLPLATTENMARKT / Die privaten Mitschnitte bereiten größte Sorgen

Freude über deutsche Absatz-Welle

J. BRECH, Hamburg

Am deutschen Schallplattenmarkt haben 1982 die Molltöne überwogen. Die Branche, die bis Anfang der 80er Jahre nur Zuwachsraten gewohnt war, mußte im Berichtsjahr Absatz- und Umsatzrückgänge hinnehmen. Sinkende Realeinkommen und wachsender Wettbewerb im Medienbereich bescherte der Tonträgerindustrie insgesamt einen Umsatzrückgang von fünf Prozent. Die dem Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft angeschlossenen Firmen, die den Inlandsmarkt zu 90 Prozent abdecken, setzten rund 2,16 Milliarden Mark um. Der Rest entfiel auf Nichtmitglieder, Direktimporte des Handels sowie auf Fälscher von Tonträgern, denen der Verband einen Umsatzanteil von zwei Prozent zutraut.

Mit durchschnittlich 39 Mark pro Kopf für Schallplatten und Musicassetten sind die Deutschen hinter den Amerikanern und vor den Japanern zwar die zweitgrößten Musikkonsumenten geblieben, doch gab jeder Bundesbürger im Vergleich zu 1981 rund 1,85 Mark weniger aus. Neben knappen Kassen, so vermutet der Verband, haben vor allem private Mitschnitte auf Leercassetten den Umsatzrückgang bewirkt. In den deutschen Haushalten befinden sich immerhin doppelt so viele Cassettenrekorder wie Plattenspieler. Außerdem gewinnen neue Medienangebote erheblich an Bedeutung. Videoprogramme und -spiele rund um den Fernseher haben offenbar einen Teil der Konsumentenausgaben gebunden, die ansonsten in den Schallplattenmarkt geflossen sind.

Ein noch stärkerer Absatzeinbruch ist nach Meinung des Verbands durch die „neue deutsche Welle" verhindert worden. Die zahlreichen Newcomer in der Musikszene hätten besonders der schon oft totgesagten Single zu einer Wiedergeburt verholfen. Im Handel stieg deren Absatz um vier Prozent auf 45,1 Millionen Stück.

Demgegenüber verloren die Langspielplatten mit knapp 78 Millionen Stück fast zehn Prozent an Absatz. Bei Musicassetten betrug das Plus noch zwei Prozent. Den Absatzzuwachs auf 41,8 Millionen Stück brachten allerdings ausschließlich die Niedrigpreis-Bänder, die nach Mutmaßungen des Verbands so billig angeboten werden, daß sich der Mitschnitt in diesem Bereich nicht lohnt. Bei aktuellen Tophits, im hochpreisigen Segment, ging der Absatz dagegen um neun Prozent auf 14,5 Millionen Stück zurück.

Welche Blüten der Mitschnitt von Platten und Bändern treiben kann, belegt der Verband mit der Entwicklung in Japan. Dort ist im Gegensatz zur Bundesrepublik die Vermietung von Tonträgern erlaubt. Die Vermieter hielten zumeist gleich einen eigenen Verfielfältigungsservice bereit oder verwiesen auf den befreundeten „copy-shop" um die Ecke.

ÖFFENTLICHE BANKEN

Fahning: Konjunktur ist zur Zeit schlechter als ihr Ruf

INGE ADHAM, Frankfurt

Für unverändert notwendig (und auch finanzierbar) hält Hans Fahning, Vorsitzender des Vorstandes des Verbandes öffentlicher Banken ein staatliches Investitionsprogramm. Denn, so Fahning, die Konjunktur sei zur Zeit schlechter als ihr Ruf. Fahning schwebt als Investitionsprogramm ein Zuschuß- und Modernisierungsprogramm im Volumen von rund zwei bis drei Milliarden Mark jährlich vor, mit dem das vor allem in der mittleren Wirtschaft vorhandene Innovationspotential gestützt werden soll.

Die Aufschwungphase wird diesmal länger dauern als in früheren Zyklen, betonte Fahning bei der Vorlage des Verbandsberichtes in Frankfurt. Diese Phase des langen Atems gebe die Möglichkeit, gezielt über Wege zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik nachzudenken. Gezieltes Nachdenken empfahl Fahning Vater Staat auch über seine Subventionspolitik; einmal gegebene Hilfen dürften nicht über alle Zeit festgeschrieben werden.

Als weiteres Mittel, Ausgaben im öffentlichen Bereich in den Griff zu bekommen, sieht Fahning die Beseitigung fehlender Kostendeckung für öffentliche Dienstleistungen. Ausdrücklich gelobt haben die Sprecher des „Blauen Verbandes" die Geldpolitik der Bundesbank, die mit ihrem weitgeschneiderten Geldmantel alles tue, den Aufschwung zu stützen.

Die öffentlichen Banken erreichten mit ihrem Bilanzvolumen von knapp 697 Mrd. DM (plus 6,5 Prozent) im vergangenen Jahr einen Anteil von 26,3 Prozent der gesamten deutschen Kreditwirtschaft. Inklusive ausländischer Niederlassungen, Bausparkassen und Tochterbanken macht das von ihnen repräsentierte Bilanzvolumen sogar 900 Mrd. DM aus.

Ermöglicht wurde das Wachstum vor allem durch den Rekordabsatz von Schuldverschreibungen (Umlauf plus knapp 25 Mrd. DM). Vorstandsmitglied Gerhard Tremer (Bayerische Landesbank) wollte sich zwar auf eine Prognose für dieses Jahr nicht festlegen, sieht aber trotz der momentanen Pause den Kapitalmarkt als „keineswegs ausgereizt" an. Auch der Blaue Verband sieht beim Zins noch Spielräume nach unten.

Mehr Ruhe erwartet der Verband in diesem Jahr in Sachen Wertberichtigungen. Den Wertberichtigungsbedarf der öffentlichen Banken im vergangenen Jahr schätzt der Verband auf 1,1 Mrd. DM (kompensiert), das sind zehn Prozent mehr als im Jahr zuvor. Zumindest aus dem Inland erwarten die Mitgliedinstitute in diesem Jahr keine neuen großen Risiken; auch international sei mit geringfügigen Verbesserungen zu rechnen. Die Steigerung des Zinsüberschusses um 35 Prozent auf 5,1 Mrd. DM (bei einer Zinsmarge von 0,7 (0,6) Prozent im Durchschnitt der Mitgliedinstitute) wertet der Verband als „notwendige Normalisierung der Ertragsbeiträge aus dem laufenden Geschäft".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

USA drohen mit Agrarexporten

Chicago (AP) – Die USA sind bereit, den europäischen Agrarmarkt mit amerikanischen Milchprodukten zu überschwemmen, um den Ernst ihrer Kritik an den Subventionen in der EG-Landwirtschaft zu unterstreichen. Der amerikanische Landwirtschaftsminister John Block sagte auf einer Pressekonferenz in Chicago, die USA seien weder an einem Handelskrieg mit Subventionsländern noch an einer Änderung ihrer Politik des freien Handels interessiert. Seit zwei Jahren bemühten sich amerikanische Regierungsvertreter, die Europäer zu einer Senkung ihrer Subventionen zu veranlassen, die den amerikanischen Farmern einen deutlichen Wettbewerbsnachteil brächten. Die US-Regierung sei bereit, die amerikanische Überschußproduktion bei Milcherzeugnissen auf den europäischen Markt zu werfen, um zu zeigen, daß es ihr ernst sei, sagte Block.

Dow Jones: Neuer Rekord

New York (VWD) – Am Montag kam es an der New Yorker Effektenbörse zu einem neuen Kursaufschwung. Damit hielt die Aufwärtsbewegung in der achten aufeinanderfolgenden Sitzung an. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte erreichte mit 1183,24 Punkten einen neuen Rekordstand und rückt damit der von vielen Analysten als psychologische Barriere angesehenen 1200er-Marke immer näher.

Noch Kurschancen

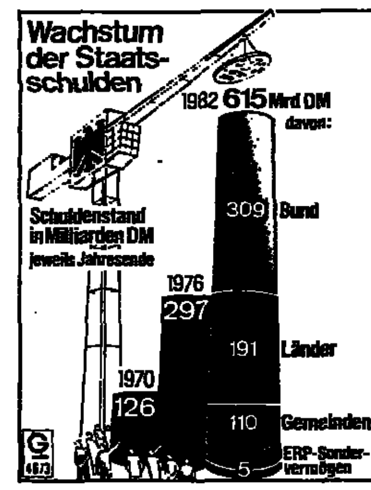
Hamburg (JB.) – Ein Ende der Aktienhausse ist nach Meinung der Hamburger Privatbank M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co. noch nicht abzusehen. Wie der Mitinhaber Hans-Dieter Sandweg in Hamburg erklärte, werde die stürmische Entwicklung der letzten Monate allerdings in ruhigere Bahnen übergehen. Der Markt stehe vor einer Konsolidierungsphase. Das Kurssteigerungspotential liegt nach Meinung von Sandweg gleichwohl noch bei 15 bis 20 Prozent.

Mehr IWF-Kredite

Washington (AP) – Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in dem am 31. März abgelaufenen Rechnungsjahr die Rekordsumme von 15,7 Milliarden Dollar an Krediten an finanzschwache Länder ausgezahlt. Das teilte der IWF in Washington mit. In den ersten drei Monaten des Jahres 1983 hat der IWF Krediten in Höhe von insgesamt acht Milliarden Dollar zugestimmt. Davon wurde bereits eine Milliarde ausgezahlt. Der Löwenanteil der Kredite – 4,5 Milliarden Dollar – ist für Mexiko bestimmt.

Bessere Auslastung

Washington (AP) – Die Kapazitätsauslastung der amerikanischen Industrie ist im März gegenüber dem Vormonat um 0,7 Prozentpunkte auf 69,4 Prozent gestiegen. Dies gab die amerikanische Zentralbank bekannt. Es war die höchste Kapazitätsauslastung seit August 1982. Die Industrieproduktion stieg im März um 1,1 Prozent.



Wenn jeder der 61,6 Millionen Bundesbürger dem Fiskus 10 000 Mark schenken würde, dann wäre der Staat mit einem Schlag seine Schulden los. Sie sind bis zum Jahresende 1982 auf 615 Milliarden Mark gestiegen.

QUELLE: GLOBUS

Bundesbank schöpft ab

Frankfurt (cd.) – Mit kurzfristigen Devisenpensionsgeschäften hat die Bundesbank gestern abermals Liquidität vom Geldmarkt abgeschöpft. Nach Schätzungen von Devisenhändlern nahm die Bundesbank etwa zwei bis 2½ Mrd. Mark aus dem Markt und damit rund die Hälfte der Liquidität, die aus fälligen Pensionsgeschäften frei wurde.

BHF-Optionsanleihe

Frankfurt (rtr) – Die BHF-Bank legt eine 24,5-Millionen-Dollar-Optionsanleihe mit 7½-Prozent-Kupon und 100 Prozent Ausgabekurs auf (Rendite 7,5 Prozent). Wie die Bank mitteilte, sind jedem 1000-Dollar-Anteil der siebenjährigen Anleihe zwei Optionsscheine beigefügt, die dem Besitzer das Recht zum Bezug von insgesamt neun Aktien der Bank zum festgesetzten Kurs von 271 DM geben. Einer der Optionsscheine, die ab 1. August 1983 gelten, lautet auf eine Aktie, der andere auf acht Aktien, hieß es.

Ablösung dementiert

Washington (rtr) – Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat nach Angaben des Präsidialamts weder über eine erneute Nominierung Paul Volckers noch über seine Ablösung als Vorsitzender der Notenbank entschieden. Präsidialamtssprecher Larry Speakes sagte am Montag, er wolle einen anderslautenden Bericht der „Washington Post" in scharfer Form dementieren, daß Reagan Volcker nicht erneut berufen wolle. Die „Washington Post" hatte am Montag unter Berufung auf informierte Regierungskreise berichtet, Reagan wolle seinen eigenen Mann an die Spitze des Federal Reserve Board stellen und Volcker nicht wieder nominieren.

DIHT / Mittlere Firmen sollten US-Export steigern

Chancen bei Konsumgütern

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Mehr Mut zum US-Markt sollten nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) die deutschen Produzenten von Konsumgütern fassen. Auch kleine und mittelständische Unternehmen hätten Chancen auf dem größten Markt der westlichen Welt, vor allem wenn sie qualitativ hochwertige Spezialprodukte anzubieten haben.

Gemeinsam mit Industrie- und Handelskammern und in den USA vertretenen deutschen Großbanken will die Deutsch-Amerikanische Handelskammer interessierten Firmen die Scheu vor dem Einstieg in den US-Markt nehmen. Mit Intensiv-Seminaren in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Köln, Wiesbaden, Mannheim, Frankfurt und Trier soll in den nächsten zwei Wochen über Wachstumschancen und Marktpotential informiert und geeignete Wege für das Exportgeschäft aufgezeigt werden. Fachreferenten der Kammer, die in den USA mit sieben Büros vertreten sind, werden neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Eigenheiten lokaler und regionaler Märkte beschreiben.

Schwerpunkte für deutsche Konsumgüter-Aktivitäten sieht Werner Walbröl, Geschäftsführer der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York, zunächst bei Textilien und Möbeln. Da die amerikanischen Unternehmen auf die Massenfertigung mit hohen Stückzahlen setzen, gibt es seiner *Meinung nach für die deut*schen Anbieter immer wieder Marktnischen.

Bis vor drei Jahren hätten die deutschen Produkte aufgrund der Wechselkursrelation kaum Chancen auf dem US-Markt gehabt. Dieses hat sich inzwischen geändert. Daher empfiehlt er den Firmen, es zunächst wieder mit Lieferungen zu versuchen und erst dann an Investitionen zu denken.

Der Anteil der USA am deutschen Export ist im vergangenen Jahr auf rund sieben Prozent gestiegen. Damit sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Absatzmarkt für deutsche Produkte außerhalb der EG.

STAHL / In den OECD-Ländern hat sich die Lage der Branche weiter verschlechtert

Japan konnte sich am besten behaupten

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

In den westlichen Industriestaaten hat sich die Lage der Eisen- und Stahlindustrie im letzten Jahr weiter beträchtlich verschlechtert, stellt der Stahlmarktausschuß der OECD in seinem jüngsten Quartalsbericht fest. Inzwischen gäbe es zwar Anzeichen für eine „sehr mäßige Verbesserung der Nachfrage nach bestimmten Stahlprodukten". Sie seien aber nur für eine kleine Zahl von Ländern gültig, heißt es in dem Bericht einschränkend.

Die Rohstahlproduktion der OECD-Zone war in den letzten drei Monaten von 1982 um 23 Prozent hinter derjenigen der gleichen Vorjahreszeit zurückgeblieben. Der Abbau der Erzeugung hat sich damit gegenüber den vorangegangenen Monaten noch beschleunigt. Denn im Gesamtjahr 1982 erreichte der Rückgang 63 Mill. Tonnen (t) oder 16 Prozent. Der Einbruch war damit noch stärker ausgefallen als im Krisenjahr 1980.

Obwohl weitere Stahlkapazitäten stillgelegt wurden, fiel der Ausnutzungsgrad auf einen neuen Tiefstand von 58 Prozent gegenüber 69 Prozent 1981. Gleichzeitig verminderte sich die Zahl der in der Stahlindustrie der OECD-Zone Beschäftigten um 150 000 oder zehn Prozent. Dies war ein neuer Jahresrekord in der seit 1974 schrumpfenden Stahlarbeiterbelegschaft. Auch verstärkte sich die Kurzarbeit.

Der OECD-Ausschuß führt den letztjährigen Produktionsabbau zu einem erheblichen Teil auf die Verminderung der Exporte in die Entwicklungsländer zurück. Vor allem aber ließ die Stahlnachfrage in den westlichen Industriestaaten selbst um 14 Prozent nach, womit sie ihr niedrigstes Niveau seit 1967 erreichte. Das war eine Folge des allgemeinen konjunkturbedingten Produktionsrückgangs sowie des Vorratsabbaus der Stahlverbraucher.

Nur einige wenige Stahlunternehmen der OECD-Zone verbuchten in letzter Zeit eine gewisse Zunahme ihrer Aufträge. In keinem einzigen Fall sei dies aber als eine „dauerhafte Wiederbelebung" zu deuten, heißt es in dem Bericht. Was die EG betrifft, so wird erst gegen Ende dieses Jahres mit einer gewissen Verbesserung der Stahlkonjunktur gerechnet, nachdem hier 1982 die Stahlnachfrage um sechs Prozent und die Stahlproduktion um zwölf Prozent zurückgegangen war, was der Ausschuß mit dem starken Exporteinbruch erklärt.

Die EG-Stahlindustrie hat sich damit aber immer noch besser behauptet als die der USA, welche 1982 ihre Produktion um 38 Prozent einschränken mußte, womit diese auf den Stand von 1946 fiel. Die kanadische schrumpfte um 20 Prozent. In beiden Ländern zusammengenommen war die Stahlnachfrage um 34 Prozent zurückgegangen. Die Produktionskapazitäten waren im vierten Quartal 1982 nur noch zu 30 Prozent ausgenutzt.

Noch am besten behaupten konnte sich die japanische Stahlindustrie, welche ihre Produktion 1982 nur leicht zu ermäßigen brauchte und seitdem auf dem Niveau von 1972 liegt. Etwas verbessert hat sich in jüngster Zeit die Lage der österreichischen, schwedischen und türkischen Stahlindustrie. Dagegen gehören die USA zu den Ländern, für welche der OECD-Ausschuß zunächst mit einer weiteren Verschlechterung der Stahlkonjunktur rechnet.

SPIRITUOSENINDUSTRIE / Langwierige Erholung

Absatz sank um 15 Prozent

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Arg gebeutelt präsentiert sich die deutsche Spirituosenindustrie in diesem Jahr: Die Branntweinsteuer-Erhöhung zum 1. April letzten Jahres um 300 DM auf 2550 DM je Hektoliter reinen Alkohols gepaart mit der Konjunkturschwäche hat der Branche für 1982 Absatzrückgänge um 15 Prozent beschert. Der Umsatz fiel gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Prozent zurück (trotz Branntweinsteuer-Erhöhung). Damit ging auch die Rechnung des Fiskus nicht auf; statt der erhofften 1,6 Prozent mehr brachte die Branntweinsteuer im vergangenen Jahr 4,5 Prozent oder 200 Mill. DM weniger Aufkommen als 1981.

Nach Schätzungen des Ifo-Instituts wurden im vergangenen Jahr pro Kopf 6,9 (i. V. 7,8) Liter Spirituosen konsumiert: Die von der Steuererhöhung stark verteuerten Spirituosen ließen die Verbraucher nach anderen alkoholischen Durstlöschern Ausschau halten. Das signalisieren die von Ifo für Bier (Verbrauch 147,8 nach 146,9 Liter pro Kopf) und Wein (20,5 nach 20,2 Liter) genannten Verbrauchszahlen. Das ungerechte Verbrauchssteuersystem im Bereich der alkoholhaltigen Getränke hat im Laufe der letzten Jahre Substitutionsbewegungen und Wettbewerbsverzerrungen verursacht, kommentiert der Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie (BSI) diese Entwicklung.

Neben der Drosselung der deutschen Spirituosenproduktion um 9,7 Prozent erzwang der engere Markt das Aufgeben weiterer 12 Mitgliedsbetriebe des Verbandes, der jetzt noch 138 Betriebe mit 8972 Beschäftigten zählt. Fünfmal habe die sozialliberale Koalition die Spirituosenhersteller verstärkt zur Kasse gebeten, beklagt der BSI. Diese „steuerpolitischen Manöver" hätten seit 1972 gut 100 Betriebe die Existenz gekostet und für rund 4400 Beschäftigte den Arbeitsplatz zerstört, beklagt der Verband. „Auch in unserer Branche müssen unternehmerische Initiativen und Investitionen gestützt statt abgewürgt werden. Auch in unserer Branche sind Arbeitsplätze erhaltenswert", unterstrich BSI-Präsident Kurt Grün. Von der neuen Regierung erhofft sich der Verband „endlich ein Jahr ohne erneute Branntweinsteuer-Erhöhung".

Die Ruhe an der Steuerfront hat im Verband gedämpften Optimismus aufkeimen lassen. Gut angelassen hat sich dieses Jahr jedoch nicht. Die Absatzrückgänge gegenüber dem ersten Quartal 1982 quantifiziert der BSI auf rund 50 Prozent. Trost beschert jedoch die von Monat zu Monat geringer werdende Minusrate. Mit wieder erwachender Konjunktur hofft der Verband auf echte Steigerungsraten, obwohl die Markterholung sehr langwierig sein werde. Das wird auch in diesem Jahr noch Unternehmen zum Aufgeben zwingen, schätzt der Verband.

LANDESZENTRALBANK / Jahresbericht

Risikokapital für Berlin

PETER WEERTZ, **Berlin**

Es sei notwendig, vor allem mittelständische Unternehmen mehr als bisher mit haftendem Kapital zu versorgen. Dies fordert die Landeszentralbank Berlin in ihrem jüngsten Jahresbericht. Außer gesellschafts- und wettbewerbspolitischen Aspekten sei die Bildung und Anlage von Risikokapital auch aus Gründen der Innovationsfähigkeit der mittleren Betriebe und des wirtschaftlichen Wachstums notwendig, erläuterte Präsident Dieter Hiss die Vorschläge der LZB.

In Berlin gibt es zwar die Möglichkeit, private Darlehen für Investitionen der Wirtschaft und im Wohnungsbau steuervergünstigt anzulegen. Darüber hinaus wird aber privates Risikokapital als Beteiligung an Berliner Unternehmen nicht gefördert. Hier sieht die LZB Berlin eine Lücke. Als Konzept favorisiert die LZB einen Beteiligungsfonds, der einmal das Risiko streut und zum anderen für die Kapital suchende Gesellschaft den Vorteil hat, keine neuen Gesellschafter aufnehmen zu müssen. Die Hergabe von haftenden Beteiligungen über den Fonds sollen steuerlich begünstigt werden.

In der Bundesrepublik wie in Berlin hätten sich zwar die Voraussetzungen für eine konjunkturelle Belebung verbessert, es fehlten aber nach wie vor Wachstumsimpulse. Nach Ansicht von Hiss sind besonders die Produktionskapazitäten infolge der zu geringen Inlandsnachfrage und der sinkenden Exportaufträge noch zu wenig ausgelastet. Eine Prognose sei hier schwierig, meinte Hiss. Belebt hat sich jedoch das Bankengeschäft in Berlin. Die 73 in Berlin tätigen Kreditinstitute haben 1982 ihr Geschäftsvolumen um 7,9 Prozent auf 92,81 Mrd. DM erhöht.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Jahresüberschuß geringer

Stuttgart (nl.) – Der Hauptversammlung der Salamander AG, *Kornwestheim, am 28. Juni 1983* wird vorgeschlagen, auf das Aktienkapital von 66 Mill. DM für das Geschäftsjahr 1982 eine Dividende von unverändert 15 Prozent auszuschütten. Aus dem Jahresüberschuß von 15,2 (Vorjahr: 16,8) Mill. DM werden 5 (7,4) Mill. DM vorweg den Rücklagen zugeführt.

Unveränderte Dividende

Essen (VWD) – Die Verwaltung der Th. Goldschmidt AG, Essen, schlägt der Hauptversammlung am 8. Juli für das Geschäftsjahr 1982 die *Ausschüttung* einer unveränderten Dividende von 4 DM je 50-DM-Stammaktie vor. Wie das im Bereich Spezialchemikalien tätige Unternehmen jetzt mitteilt, blieb 1982 der Jahresüberschuß mit 5,6 Mill. DM – davon wird 1 Mill. DM wieder den Rücklagen zugeführt – gegenüber 1981 unverändert. Der Gesamtumsatz der Gruppe sei nur geringfügig auf 729 (1981: 727) Mill. DM gestiegen, wovon 474 Mill. DM (minus 6 Prozent) auf die Goldschmidt AG entfielen. Der Exportanteil lag den Angaben zufolge unverändert bei 42 Prozent. Im 1. Quartal des laufenden Geschäftsjahres hätten sich Umsatz und Ergebnis gegenüber dem Vorjahr verbessert.

32 Mill. DM für AEG

Berlin (rtr) – Der Berliner Senat wird der AEG – vorbehaltlich der *Zustimmung durch das Abgeordnetenhaus* – zur Erhaltung von Arbeitsplätzen 32,1 Mill. DM zur Verfügung stellen. Der Hauptausschuß als das für Finanzen entscheidende Gremium des Abgeordnetenhauses billigte ein entsprechendes AEG-Konzept des Senats. Rund 30 Mill. DM erhalte die AEG als Zinszuschuß von 1985 bis 1993, die Firma ihrerseits habe sich verpflichtet, von 1984 bis 2009 Ausgleichzahlungen von 8,4 Mill. DM zu leisten, sagte der Ausschußvorsitzende Dankwart Buwitt. Darüber hinaus fördere der Senat von 1983 bis 1987 die AEG-Forschungsabteilung mit 2,5 Mill. DM direktem Zuschuß.

Wieder 6,50 DM

Heidelberg (VWD) – Die Heidelberger Zement AG, Heidelberg, will für das Geschäftsjahr 1982 wieder 6,50 DM Dividende je Aktie auf 120 Mill. DM Grundkapital zahlen. Diesen Vorschlag wird der Vorstand dem Aufsichtsrat unterbreiten, der am 16. Mai den Jahresabschluß 1982 feststellen wird.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Gandersheim: Kurt Brandenburg, Maurermeister, Inh. d. Heinrich Ude, Harriehausen; **Berlin-Charlottenburg:** Presentis Werbe- u. Raucherbedarfsartikel; **Duisburg:** Hans-Jürgen Kräbber, Dachdecker; **Eßlingen:** Brandt-Datentechnik GmbH; **Friedberg:** Me Mö – Unterhaltungselectronic, Verkauf u. Service GmbH, Nieder-Rosbach; **Hamm:** Franz Rümenapp, Unna; **Herford:** sbk – Möbelstudio GmbH, Enger; Nölting Grundstücks-Ges. mbH, Spenge; **Salzgitter:** P+B-Bau GmbH, Baddeckenstedt; **Schwarzenbek:** Hans-Günter Röhrs, Kaufmann, Kulpin; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Ludwig Trefz, Kaufmann, Inh. d. Ludwig Trefz, Bauträger u. Baubetreuung; **Wellheim:** Karl-Heinz Schmidt, Schongau; Tank-Technik Müller GmbH; **Wuppertal:** Nachl. d. Walter Erwin Jung.

Vergleich eröffnet: Gelsenkirchen: Sozialwerk St. Georg e. V.

Vergleich beantragt: Karlsruhe: Heinrich Gey GmbH.

OPEC / Preise und Quoten werden eingehalten

Ölmarkt deutlich stabilisiert

WILHELM FURLER, **London**

Die Gefahr eines Ölpreiskrieges ist vorüber. Derart optimistisch äußerten sich die führenden Vertreter der Organisation erdölexportierender Länder (Opec), der saudiarabische Ölminister Scheich Ahmed Zaki Yamani sowie sein Kollege aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Muna Said al Oteiba. Scheich Yamani erklärte sogar, die von der Opec im vergangenen Monat in London erzielte Einigung, den Rohöl-Referenzpreis von 34 auf 29 Dollar je Barrel zu senken, sei „ein hundertprozentiger Erfolg" gewesen.

In London, wo der Kontroll-Ausschuß der Opec zusammentraf, um das Einhalten der Preis- und Produktionsquoten-Beschlüsse durch die Mitgliedsländer zu überprüfen, erklärte der Ausschußvorsitzende Oteiba, keines der 13 Mitgliedsländer würde bei Preisen oder Produktionsmengen „schwindeln", wie dies früher immer wieder der Fall gewesen sei.

„Mit Befriedigung haben wir die deutliche Verbesserung am Ölmarkt registriert, ebenso die Tatsache, daß die Ölindustrie, der Markt und die Verbraucher davon überzeugt sind, daß die Opec entschlossen den Referenzpreis von 29 Dollar je Barrel verteidigen wird", meinte er weiter. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß sich offensichtlich auch Iran und Libyen an die Vereinbarungen gehalten haben und sich nicht von Abnehmern überreden ließen, wieder Preisabschläge einzuräumen.

Sowohl Oteiba als auch Scheich Yamani gehen davon aus, daß es erst im letzten Quartal dieses Jahres zu einer Verstärkung der Nachfrage nach Rohöl und damit wieder zu einem Anziehen der Preise kommen wird.

Gleichzeitig erklärte der britische Energieminister Nigel Lawson, der neue Opec-Referenzpreis werde „mindestens bis Ende dieses Jahres" halten.

BIZ / Internationale Banken sind in ihrer Geldvergabe zurückhaltender geworden

Lateinamerika-Kredite gingen zurück

AP, **Basel**

Die international tätigen Banken legen sich vor dem Hintergrund der Schuldenprobleme einer Reihe von Ländern offenbar eine vermehrte Zurückhaltung bei der Kreditvergabe auf. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel vermutet jedenfalls, daß die im vierten Quartal letzten Jahres beobachtete starke Verlangsamung des internationalen Bankgeschäfts zum Teil auf das vorsichtigere Geschäftsgebaren der Banken zurückzuführen ist.

Entgegen der in früheren Jahren beobachteten saisonalen Beschleunigung im internationalen Bankgeschäft nahmen die Bruttoauslandsforderungen der Banken der wichtigsten Industrieländer im vierten Quartal 1982 nur um 33,5 Milliarden Dollar zu, verglichen mit 67,7 Milliarden Dollar im dritten Quartal und 99,3 Milliarden Dollar im vierten Quartal 1981.

Bei der Entwicklung in den einzelnen Finanzzentren fällt neben dem verhalteneren Wachstum dem neuen New Yorker Offshore-Finanzplatzes IBF der Rückgang der Euromarktaktivitäten in Großbritannien und einigen anderen Marktzentren auf. So nahmen die Fremdwährungs-Auslandsforderungen der Banken in Großbritannien um 8,1 Milliarden Dollar ab nach einer Zunahme von 26 Milliarden Dollar im Vorquartal.

Aus den Transaktionen der Banken mit dem Außengebiet des BIZ geht unter anderem hervor, daß die Kredite an lateinamerikanische Länder, die sonst den Großteil der Neuausleihungen an die Entwicklungsländer ausmachen, erstmals seit 1977 abgenommen haben, und zwar um eine Milliarde Dollar. Insbesondere die Forderungen der Banken an Mexiko verzeichneten einen weiteren Rückgang von 1,1 Milliarden Dollar nach einer Abnahme von 1,8 Milliarden Dollar im dritten Quartal. Brasilien erhielt im Berichtsquartal noch neue Mittel in der Höhe von 0,9 Milliarden Dollar, was erheblich weniger war als die 2,8 Milliarden Dollar, die Brasilien im dritten Quartal hatte aufnehmen können.

Ferner weist die BIZ auf den Umstand hin, daß die osteuropäischen Staaten ihre Einlagen bei den berichtenden Banken um 3,7 Milliarden Dollar erhöhten. Zwar habe diese überwiegend der UdSSR zuzuschreibende Zunahme dem saisonüblichen Muster entsprochen. Gleichwohl sei es bemerkenswert, daß die osteuropäischen Länder im vergangenen Jahr als Ganzes ihre Einlagen bei den Banken um zwei Milliarden Dollar hätten aufstocken können, während sie gleichzeitig ihre Verschuldung gegenüber den Banken um 4,7 Milliarden Dollar zurückgeführt und ihre Nettoschuldnerposition damit innerhalb von Jahresfrist um 6,7 Milliarden Dollar abgebaut hätten.

WARBURG-BRINCKMANN / Risikovorsorge verstärkt

Wieder glänzend verdient

J. BRECH, **Hamburg**

„Wenn wir erfreulich sagen, meinen wir auch erfreulich." Mit diesen Worten kommentiert Hans-Dieter Sandweg, Mitinhaber des Hamburger Privatbankhauses *M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.*, den Abschluß für das Geschäftsjahr 1982. Der Zinsüberschuß, der die Personal- und Sachkosten von zusammen gut 40 Mill. DM knapp deckt, hat sich nach Angaben von Sandweg erneut verbessert, und im Zuge der Expansion des Dienstleistungsgeschäfts nahmen auch die übrigen Erträge deutlich zu. Aus diesem Geschäft stammen 52 Prozent, aus dem zinsbezogenen Geschäft 48 Prozent der Gesamterträge.

Das Betriebsergebnis, so Sandweg, sei zum dritten Mal hintereinander erfreulich gestiegen und der Jahresüberschuß wesentlich höher als 1981 ausgefallen. Dies gelte, obwohl die Bank die Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr nochmals beachtlich verstärkt habe. Das Eigenkapital der Bank ist um 10 Prozent auf 110 Mill. DM erhöht worden. Die stillen Reserven in der insgesamt „stocksoliden" Bilanz bezeichnet Sandweg als erheblich.

Die verbesserten Erträge stammen einmal aus dem höheren Geschäftsvolumen. Einschließlich der Luxemburger Tochter steigerte Warburg-Brinckmann die konsolidierte Bilanzsumme um 18,6 Prozent auf 3,2 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 15,5 Prozent auf 3,6 Mrd. DM. Im Kreditgeschäft mit dem Schwergewicht auf der Handels- und Außenhandelsfinanzierung blieb die Zuwachsrate des Hamburger Stammhauses mit 0,8 Prozent bescheiden, die der Luxemburger Tochter wuchs mit 17,3 Prozent überproportional. Zum guten Ergebnis trugen ferner eine verbesserte Zinsspanne und vor allem gute Erträge aus dem Wertpapiergeschäft bei.

Der bisherige Verlauf des Jahres, so Sandweg, spreche für ein weiteres „gutes Bankenjahr". Positiv beurteilt Sandweg die Entwicklung bei der bislang nur im Wertpapiergeschäft tätigen Niederlassung in Frankfurt, die im Februar eröffnet worden ist.

Berichte von der Uhren- und Schmuckmesse in Basel

Die deutsche Uhrenindustrie hat in Anbetracht des harten Konkurrenzdrucks aus Fernost und im Zeichen der allgemeinen Kaufzurückhaltung alles andere als rosige Zeiten hinter sich. Uhren sind freilich nicht über einen Kamm zu scheren: Einen äußerst schweren Stand haben die Hersteller von Armbanduhren. Hier rangiert die Bundesrepublik als Herstellerland inzwischen weit hinter Hongkong, Japan, der Schweiz und anderen. Eine Spitzenstellung in der Weltrangliste nehmen indessen die deutschen Hersteller von Großuhren ein. Von der 11. Europäischen Uhren- und Schmuckmesse in Basel, die vom 16. bis 25. April stattfindet, erhofft sich die Branche eine lebhaftere Ordertätigkeit. Nach der Schweiz stellt die Bundesrepublik mit 105 Ausstellern das zweitstärkste Kontingent. (nl.)

Planziele übertroffen

Die Kienzle Uhrenfabriken GmbH, Villingen-Schwenningen, einer der wenigen Vollsortimenter in der Zeitmessung, hat nach Angaben ihrer Geschäftsführung im vergangenen Jahr gegen harte internationale Konkurrenz ihre Planziele übertroffen. Mit knapp 6. Mill. verkauften Uhren und Uhrwerken stieg der Absatz gegenüber dem Vorjahr um mehr als 7 Prozent. Der Umsatz der Firmengruppe wird mit 100 Mill. DM angegeben, der des Stammhauses mit etwa 80 Mill. DM. Kienzle habe auch in 1982 mit Gewinn gearbeitet. Der Exportanteil am Kienzle-Umsatz beläuft sich auf über 60 Prozent. Kooperiert wird mit mehreren ausländischen Partnern.

Mit dem bisherigen Verlauf des Jahres 1983 ist man bei Kienzle einigermaßen zufrieden. Der Produktionsausstoß liege um mehr als 10 Prozent über dem Vorjahr. Auch der Umsatz zeige steigende Tendenz. Vor allem das Geschäft mit Quarz-Weckern laufe gut.

Die Großuhrenmontage soll im laufenden Jahr mit erheblichen Investitionen erweitert und außerdem rationalisiert werden. Es sei spürbar, daß nunmehr auch für die Großuhr aus Fernost ein schärferer Wettbewerbswind wehe. Gleichwohl rechnet Kienzle in 1983 mit einem ähnlich guten Ergebnis wie 1982. Das Unternehmen zählt in der Gruppe, zu der auch eine Vertriebstochter in den USA gehört, rund 1000 Mitarbeiter, im Stammhaus sind es etwa 750. Gesellschafter von Kienzle sind die Erben des verstorbenen Alfred Kreidler.

WERNER NEITZEL

Geschäft erst seit kurzem belebt

Die deutsche Schmuckindustrie konnte ihren Umsatz 1982 gegenüber dem Vorjahr um 19 Prozent auf 2,4 Mrd. DM steigern. Der Geschäftsverlauf zeigte allerdings „zwei Gesichter", wie der zweite Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Schmuck- und Silberwarenindustrie, Heinz Weber, auf der Europäischen Uhren- und Schmuckmesse in Basel sagte. Im 1. Halbjahr 1982 sei das Inlandsgeschäft äußerst schwach gewesen und erst kurz vor Weihnachten eine Belebung eingetreten. Saisonbedingt seien die Aufträge in den ersten Monaten 1983 wieder wesentlich zurückgegangen.

Die 263 Aussteller der deutschen Schmuck- und Silberwarenindustrie setzten insbesondere auf den Export. 1982 sei die Exportquote auf 24 (28) Prozent zurückgegangen. Vom Gesamtumsatz entfielen im Berichtsjahr auf Gold- und Platinschmuck 64 Prozent, auf Silberschmuck 16 Prozent, auf Phantasieschmuck 14 Prozent und auf Double-Schmuck 6 Prozent. Die Betriebe im Pforzheimer Raum, dem deutschen „Schmuck-Zentrum", konnten den Angaben zufolge ihren Anteil am Gesamtumsatz auf knapp über 80 (71) Prozent ausweiten.

(dpa/VWD)

Bei Großuhren mit gedämpftem Optimismus

Staiger bringt Oldies

Ein Abflachen der Preissenkungswelle bei elektronischen Großuhren registriert die Uhrenfabrik Gebr. Staiger GmbH, St. Georgen/Schwarzwald. Das Familienunternehmen hofft, im laufenden Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) Vollbeschäftigung und Umsatz (54 Mill. DM) zu halten. Dabei stellte sich 1982 bei Quarz-Großuhren, die 80 Prozent des Umsatzes ausmachen, ein weiterer Preisrückgang von 5 Prozent ein. Dennoch wird das Betriebsergebnis als befriedigend bezeichnet. Stark gefragt seien Uhren-Oldies mit mechanischem Pendelwerk. Die Exportquote hat auf 58 (53) Prozent zugenommen. Mit der Firma Kundo besteht eine gemeinsame Quarzwerke-Fertigung.

Peter will Wachstum wecken

Keine grundlegende Verbesserung des Geschäftsklimas vermag die Peter-Uhren GmbH, Rottweil, zu erkennen. Dennoch ist das Unternehmen, das sich im Großuhrenbereich (Wecker, Kurzzeitmesser, Wand- und Küchenuhren) betätigt, zuversichtlich, den Vorjahresumsatz (von 36 Mill. DM) in 1983 zumindest wieder zu erreichen. Der Export macht zwei Drittel des Umsatzes aus. Nach wie vor liege der Schwerpunkt bei mechanischen Weckern. Hier repräsentiert die Firma mehr als die Hälfte der deutschen Produktion. Entsprechend der Marktentwicklung werde das Quarz-Wecker-Programm weiter ausgebaut.

PUW bekam die Kurve

Während die Struktur- und Absatzkrise in der Uhrenindustrie insbesondere bei den Armbanduhrenwerke-Herstellern ihren Tribut forderte und den Kreis der Produzenten drastisch schrumpfen ließ, hat die Pforzheimer Uhren-Rohwerke Porta GmbH & Co. (PUW), Pforzheim, offenbar das richtige Rezept gefunden. Der Übergang vom mechanischen zum elektronischen Uhrwerk wurde konsequent durchgezogen, wobei PUW einen besonderen Akzent (80 Prozent der Produktion) auf das flache Uhrwerk mit Analoganzeige setzte. Insgesamt produzierte und verkaufte PUW 1982 rund 3,2 (Vorjahr: 2,7) Mill. Werke. Der Umsatz belief sich auf 38 Mill. DM. Man hat nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Klaus Wehner nicht mit Verlust gearbeitet. Der Exportanteil am Umsatz macht über 55 Prozent aus.

Hermle voll ausgelastet

Der Wand- und Standuhrenhersteller Franz Hermle & Sohn, Gosheim, bekommt zunehmend den Druck insbesondere koreanischer Hersteller zu spüren. Gleichwohl bezeichnet sich das Unternehmen als wieder voll ausgelastet. Der Umsatz war in 1982 von über 70 auf 65 Mill. DM zurückgegangen. In der Gruppe, zu der eine Tochterfirma in den USA gehört, werden rund 80 Mill. DM umgesetzt. Etwa 40 Prozent vom Umsatz des Stammhauses entfallen auf Fertiguhren. Täglich werden zwischen 4000 und 5000 Werke hergestellt, darunter 1500 elektronische Werke.

WERNER NEITZEL

BAVARIA-ST.-PAULI-BRAUEREI / Nettogewinn steigt – Reserven verstärkt

Über Schrumpfdividende nicht froh

JAN BRECH, **Hamburg**

Für die noch gut 7 Prozent freien Aktionäre der Bavaria- und St. Pauli-Brauerei AG, Hamburg, dürfte der Abschluß 1982 eine herbe Enttäuschung sein. Die Brauerei, an der die Reemtsma-Gruppe zu 52,9 Prozent und die Vereins- und Westbank zu 26,3 Prozent beteiligt sind, halbiert für das Geschäftsjahr 1982 die Dividende von 6 auf 3 DM je 50-DM-Aktie. Nachdem die Hauptversammlung erst im Sommer vergangenen Jahres eine Kapitalerhöhung um nominal 6,8 Prozent beschlossen hatte, bezeichnet auch Vorstandsvorsitzender Uwe Paulsen diesen Vorgang als „nicht sehr glücklich". Aber, so Paulsen, nach dem Grundsatz, nur im Geschäftsjahr tatsächlich erwirtschaftete Gewinne auszuschütten und mit Blickrichtung auf die künftige Entwicklung am Biermarkt, sei diese Entscheidung notwendig gewesen.

Mit der Ertragsentwicklung im Berichtsjahr kann die Dividendensenkung kaum begründet werden. Paulsen räumt ein, daß das Betriebsergebnis in allen Bereichen besser als 1981 ausgefallen sei und auch die wichtigsten Tochtergesellschaften höhere Gewinne abgeführt hätten. Den Gewinn pro Aktie gab Paulsen mit 11,38 DM an. Er ist zwar niedriger als der für 1981 (12,15 DM), bezogen auf das erhöhte Kapital beträgt die Nettogewinn-Verbesserung jedoch mehr als 20 Prozent. Vom Umsatz verdiente Bavaria danach stolze 2,4 Prozent.

Im Bilanzergebnis kommt dies nicht zum Ausdruck. Der ausgewiesene Gewinn ist um 42 Prozent auf 1,42 Mill. DM zurückgegangen und auf die Schrumpfdividende zugeschnitten. Bavaria, so erklärt Paulsen, habe die zukünftigen Risiken noch kritischer durchleuchtet und die Reservebildung ganz wesentlich verstärkt. Nach der Kapitalerhöhung, wobei Bavaria die zugeflossenen Mittel von 18,4 Mill. DM fast vollständig zur Reduzierung der Verbindlichkeiten eingesetzt hat, und der Substanzanreicherung sei die Brauerei nun in der Lage, auch in schlechten Zeiten einen „Knuff" zu vertragen.

Als besondere Gefahren für die Brauerei bezeichnete Paulsen den steigenden Anteil des ertragsschwachen Dosenbiergeschäfts, den allgemein noch wachsenden Wettbewerb, die strukturbedingten Schwierigkeiten in der Gastronomie und die unbefriedigende Absatzentwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres. Bavaria habe im ersten Quartal 1,1 Prozent weniger Bier abgesetzt. Bei alkoholfreien Getränken sei der Einbruch noch stärker gewesen.

Die Verkaufsentwicklung im Berichtsjahr nimmt sich demgegenüber günstig aus. In der Gruppe steigerte die zweitgrößte Hamburger Brauerei den Gesamtabsatz um 1,3 Prozent auf 2,1 Mill. hl. Davon entfielen 1,7 Mill. hl auf Bier (plus 1,6 Prozent) und 388 000 hl auf alkoholfreie Getränke. Aufgrund von Preiserhöhungen stieg der Umsatz in der Gruppe um 3,3 Prozent auf 316 Mill. DM, in der AG um 5,6 Prozent auf 259 Mill. DM. Die Mehrerlöse, so Paulsen, seien fast vollständig durch Kostensteigerungen aufgezehrt worden. Angesichts anhaltenden Kostendrucks müßten auch für 1983 Preiskorrekturen ins Auge gefaßt werden.

Positiv wertet Paulsen, daß Bavaria insgesamt seine Positionen am norddeutschen Biermarkt gefestigt hat. Die Premiummarke Jever habe 5 Prozent an Absatz zugewonnen, die Markenfamilie Astra 3 Prozent.

Fortgesetzt hat Bavaria die rege Investitionstätigkeit. Im Konzern wurden 28,3 Mill. DM eingesetzt, und in diesem Jahr sind 20 Mill. DM vorgesehen. Schwerpunkte lagen und liegen bei den Tochtergesellschaften. Vom Markt genötigt, hat Bavaria die bisherige Einweg-Abfüllanlage erneuert und zusätzlich eine Dosen-Abfüllanlage gebaut.

Rhône-Poulenc relativ besser

J. Sch. **Paris**

Der verstaatlichte französische Chemiekonzern Rhône-Poulenc, der in der Bundesrepublik bedeutende Textilinteressen (Rhodia AG) besitzt, weist für sein Geschäftsjahr 1982 bei einem um 15,3 Prozent auf 37,20 Mrd. Franc gestiegenen konsolidierten Umsatz Verluste von 844 (335) Mill. Franc aus. Diese Verschlechterung ist aber vor allem den mit 726 (71) Mill. Franc dotierten Rückstellungen für Restrukturierungsinvestitionen zuzuschreiben. Außerdem wurden bei der Ertragsrechnung realistischere Methoden angewendet. Andererseits verminderten sich die außergewöhnlichen Gewinne (aus Unternehmensverkäufen) auf 344 (445) Mill. Franc.

Unter Ausschluß des Düngemittelsektors hätte sich danach der Konzernverlust auf 318 (573) Mill. Franc vermindert, teilt die Verwaltung mit. Die „operationelle Marge" wird von ihr mit 2,21 (1,38) Mrd. Franc angegeben. Die Finanzkosten erhöhten sich auf 2,11 (1,90) Mrd. Franc.

CASSELLA / Schlechtes Farbengeschäft hält an

Steigender Auftragseingang

dpa/VWD, **Frankfurt**

Das Frankfurter Chemieunternehmen Cassella hat einen „langen Marsch" vor sich, bis die geplante Veränderung der Produktpalette abgeschlossen ist. Noch immer trägt bei der 76prozentigen Hoechst-Tochter die verlustbringende Sparte Farbstoffe ein Drittel des Umsatzes, der 1982 lediglich durch Preiserhöhungen um 4 Prozent auf insgesamt 435 Mill. DM zunahm. Die Cassella-Gruppe, zu der neben der Mutter und der Jade Kosmetik GmbH noch die Cassella med, die Cassella Riedel (Pharma) und die Riedel-de Haen in Seelze sowie eine italienische Tochter gehören, konnte 1982 mit einem dreiprozentigen Umsatzanstieg erstmals 800 Mill. DM erreichen.

Weltweite Überkapazitäten, geringe Nachfrage auf Grund allgemein schleppender Konjunktur sowie ein sparsamerer Verbrauch bei den Kunden haben auch im neuen Jahr nicht zu einer Auslastung der Cassella-Anlagen in der Farbstoffproduktion geführt, obwohl der Vorstand seit März/April einen ansteigenden Auftragseingang registriert. Cassella-Vorstandsmitglied Christian Ruppert geht daher davon aus, daß im Farbengeschäft „noch einige Jahre" Verluste anfallen. Insgesamt verringerte sich der Jahresüberschuß der Cassella AG 1982 auf 2,37 (3,05) Mill. DM, was mit einer Dividendenkürzung von 9 auf 7 DM je 100-DM-Aktie verbunden war. Entsprechend des schlechten Farbengeschäfts versucht Cassella verstärkt, die ertragreicheren Sparten Pharma (Anteil: 30 Prozent) und Landwirtschaft (4 Prozent) auszuweiten. Über die 100prozentige Tochter „Jade" wird zudem das Kosmetik-Geschäft (1982: 103 Mill. DM) intensiviert.

1983 wird das Unternehmen insgesamt 27 Mill. DM investieren, davon 12 Mill. in Umweltschutzanlagen. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich leicht von 4477 auf 4337.

Wolfgang Oehme wird 60 Jahre



FOTO: SVEN SIMON

Am 21. April vollendet Wolfgang Oehme, Vorstandsvorsitzender der Esso AG, sein 60. Lebensjahr. Seit gut 33 Jahren „Esso-Mann", gehört der gebürtige Dresdener zu den Top-Managern der Mineralölbranche. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre begann er 1950 in der Presseabteilung der Esso, durchmaß auf seinem steilen Weg nach oben die unerbittliche Kaderschmiede der weltweiten Esso-Organisation und wurde im August 1972 zum Vorstandsvorsitzenden berufen.

Ausgerüstet mit der Fähigkeit, sich auf das Wesentliche konzentrieren zu können und nie in Hektik auszubrechen, hat Oehme die deutsche Esso entscheidungsfreudig und sicher durch alle Stürme geführt. Es ist wohl kein Zufall, daß die Esso die Strukturprobleme der Ölindustrie am schnellsten angegangen und wohl auch am besten bewältigt hat.

Im harten Tagesgeschäft verliert Oehme dabei nie sein ausgleichendes Lächeln. Sein Umgangston bleibt auch bei schwierigen Verhandlungen höflich und entkrampft. Dank der Arbeitsdisziplin, die er im gleichen Maße von seiner Umgebung erwartet, gibt es für den Esso-Chef selten einen 16-Stunden-Tag im Büro. Er schafft in 8 Stunden, was zu erledigen ist. Viel Zeit für Familie und Hobbys – wie Fotografieren und Golf – bleiben gleichwohl nicht. Der versierte Fachmann Oehme ist als Ratgeber gefragt. Unter anderem gehört er seit 1978 zum Senat der Max-Planck-Gesellschaft. (JB.)



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Werbeartikel – Prognos – ADV/Orga – Siemens – Triumph-Adler – Total Walther Feuerschutz – Koffercomputer



Ein deutlich besseres Messeklima als im Vorjahr registrieren die ausländischen Besucher in Hannover. Die Mehrheit der westeuropäischen und nordamerikanischen Aussteller ist mit dem Messeverlauf zufrieden. Gelobt wird die Intensität der Fachgespräche, die weitaus konkreter als vor Jahresfrist geführt werden. Die Noten der Messeergebnisse – vor allem bei den Franzosen – lauten meistens „sehr gut" bis „sehr ordentlich". Nicht mehr ignorieren könne die US-Elektronikindustrie den Termin der Hannover-Messe, erklärten amerikanische Aussteller. Auf einem Gemeinschaftsstand präsentieren 75 US-Unternehmen Datenverarbeitung und Bürotechnologie. Dabei habe sich der Bereich „personal computer" zu einem „Renner" entwickelt. Sehr gute Ergebnisse gab es auch in den Sektoren Software und Neuentwicklungen. Der gute Besuch auf der Messe hat die Organisation gezwungen, erstmals in der Geschichte der Veranstaltung Eintrittskarten nachzudrucken.

Industriewachstum wird nachhinken

Die Industrieproduktion in der Bundesrepublik wird in den nächsten Jahren weniger stark wachsen als das Bruttosozialprodukt insgesamt. Diese Ansicht vertrat Heik Afheldt, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Prognos AG, Basel, auf der Hannover-Messe. Afheldt geht von einem realen Zuwachs der Industrieproduktion von knapp 1 Prozent aus, während die Wirtschaft insgesamt jährliche Zuwachsraten von durchschnittlich 2 bis 2,5 Prozent erzielen dürfte.

Voraussetzung für die Wahrnehmung der Chancen im Inland und auf den Auslandsmärkten, so Afheldt, sei eine nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Produktivitätsgewinne von jährlich 3 Prozent seien angesichts der technologischen Möglichkeiten und des Zwangs zur Modernisierung erforderlich. Damit verbunden werde ein weiterer Rückgang der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe sein. Afheldt rechnet für das Jahr 2000 in der Bundesrepublik nur noch mit 6,7 Millionen industriellen Arbeitsplätzen, 1 Million weniger als 1980.

Für die einzelnen Branchen ergäben sich recht unterschiedliche Wachstumsprofile. Für nahezu alle Industriezweige seien deutliche Rückgänge der Arbeitsplatzzahl zu erwarten; davon ausgenommen seien lediglich die Büromaschinenindustrie und die Kunststoffhersteller. Gleichzeitig dürfte das Produktionsvolumen in den meisten Industriezweigen erheblich zunehmen.

An der Spitze dürften dabei die Büro- und Informationstechnik, die Automobilindustrie, die Zellstoff- und Papiererzeugung, der Maschinenbau sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrie liegen, während die Textil- und Bekleidungsindustrie und die Mineralölverarbeitung „das Tabellenende bilden".

Nach Ansicht von Afheldt wird das Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik ab Mitte der 80er Jahre etwas stärker wachsen. Der Durchschnittswert von 2,5 Prozent dürfte auch für das reale Einkommen und den privaten Verbrauch gelten. Der Staatsverbrauch werde „nicht mehr so weiterwachsen wie bisher". Mit zunehmendem Druck auf den staatlichen Sektor aber würden die Produktivitätsreserven im öffentlichen Bereich eher genutzt werden.

Die Nachfrage der Unternehmen werde von einer „relativ langen Phase intensiver Investitionstätigkeit im Gefolge des anhaltenden und eher noch rascher werdenden Strukturwandels" beeinflußt. Es bleibe zu hoffen, daß die Eigenmittelausstattung der Unternehmen und eine langfristig ausgerichtete Investitionsfinanzierung die Anpassung an die veränderten ökonomischen Gegebenheiten ermöglicht.

DOMINIK SCHMIDT



Thema Energie: Ein 12-Kilo-Watt-Windgenerator
FOTO: DPA/WERNER SCHILLING

Neue Struktur hat sich bewährt

„Mit einer geschlossenen, konkurrenzfähigen Palette von marktreifen Erzeugnissen der Bürokommunikation liegen wir wieder gut im Rennen", erklärte Peter Nieder, Vorstandsvorsitzender der Triumph-Adler AG, Nürnberg. Unterstrichen wird diese Aussage durch eine Reihe überzeugender Daten. Nach sicher schmerzlichen, aber unbedingt erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen ging die Mitarbeiterzahl in dem Tochterunternehmen der Volkswagen AG, Wolfsburg, 1982 von 14 143 auf 11 200 zurück, gleichzeitig stieg jedoch der Pro-Kopf-Umsatz von knapp 140 000 DM auf die wettbewerbsfähige Größenordnung von rund 176 000 DM.

Für 1983 wird eine Umsatzsteigerung auf 2,2 Mrd. DM angepeilt, wodurch der Pro-Kopf-Umsatz auf 200 000 DM steigen soll und eine weitere Verbesserung des Ergebnisses zu erwarten ist.

Die Produktpalette, die von modularen Schreibmaschinen und vielseitigen Mikrocomputern bis zu Mehrplatz-Dialogcomputern reicht, könnte diese ehrgeizige Zielsetzung möglich machen. Darüber hinaus sieht sich Triumph-Adler auf dem deutschen Markt in einer führenden Position bei Bildschirm-Textsystemen. (hdt.)

Neues „Centrum der Werbung"

Die Aussteller von Markenwerbeartikeln erhoffen sich durch das neugeschaffene „Centrum der Werbung" eine Belebung der Branche. Wie der Vorsitzende des Arbeitskreises Werbemittel e. V. (AKW), Klaus Buck, erklärte, hoffen die Firmen auf ein gesteigertes Interesse in allen Bereichen der werbungstreibenden Wirtschaft – vor allem auch von seiten der mehr als 6100 Aussteller aus 47 Ländern.

Das Konzept „Centrum der Werbung" beinhaltet die Ausweitung auf die Ausstellergruppen Lichtwerbung, Druck- und Verlagserzeugnisse, Foto und Film, Werbeagenturen, Messebau und Systemstände. Außer vom AKW wird das Konzept der eigenständigen Fachmesse vom Fachverband Messe- und Ausstellungsbau (FAMAB), vom Industrieverband Schreib- und Zeichengeräte sowie vom Deutschen Institut Druck unterstützt. Vertreten sind 200 Aussteller.

Nach wie vor sind Schreibgeräte, Kalender, Lederwaren, Feuerzeuge und Meßgeräte die am häufigsten eingesetzten Werbemittel. Bei vielen Herstellern, so Buck, sei eine Spezialisierung auf Sonderwünsche zu verzeichnen.

H. KLAR

Software-Angebot erweitert

Die ADV/Orga F. A. Meyer GmbH, Wilhelmshaven, einer der führenden deutschen Software-Anbieter auf dem Gebiet der Datenverarbeitung, rechnet im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) mit einer kräftigen Steigerung des Umsatzes. Firmenchef Friedrich A. Meyer, zugleich Präsident des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater, stützt seine Prognose – bei der Seriensoftware wird ein Plus von 40 bis 50 Prozent erwartet – nicht zuletzt auf das über Erwarten starke Interesse am Neuheiten-Angebot.

Schwerpunkte der ADV/Orga-Software bilden die Lösung anwendungsbezogener Problemstellungen in den Bereichen Personal- und Rechnungswesen sowie Material- und Zeitwirtschaft. Die bislang fünf Systeme sind jetzt um ein Controlling-System ergänzt worden, das bei Bertelsmann entwickelt wurde. Typische Anwendungsgebiete des „Interaktiven Planungs-, Analyse- und Controlling-Systems" (IPAC) sind unter anderem Unternehmens- und Finanzplanung, Wirtschaftlichkeits- und Prognoserechnungen. Günter Massmann, Geschäftsführer der Bertelsmann-Datenverarbeitung, erwartet für IPAC einen Umsatz, „der mehrere Millionen DM erreichen wird". Bei Bertelsmann arbeiten bereits 15 Konzernfirmen mit diesem System.

Wie die anderen ADV/Orga-Produkte ist auch IPAC voll kompatibel und von Datenbank- und Datenkommunikationssoftware weitgehend unabhängig. Der Anwender, so Friedrich A. Meyer, kann also mit der technologischen Entwicklung auf dem Hardwaresektor Schritt halten. Große Erwartungen setzt Meyer in das neu entwickelte Grafik-Entscheidungssystem Trend-Spotter, das aus beliebigen Dateien farbige Linien-, Kreis- und Balkendiagramme erzeugt und speziell für Führungskräfte gedacht ist.

Im Geschäftsjahr 1981/82 hatte ADV/Orga den Umsatz um 17 Prozent auf 59,1 (50,7) Mill. DM gesteigert. Die Mitarbeiterzahl erhöhte sich auf 509 (445) Beschäftigte. Vom Gesamtumsatz entfielen auf die Sparten Beratung 24,1 (22,4) Mill. DM, Seriensoftware 16,9 (13) Mill. DM, Datenservice 15,8 (12,9) Mill. DM und Orgware 2,3 (2,4) Mill. DM. Die Zukunft aber gehört nach den Worten Meyers der Seriensoftware, in die allein in den beiden letzten Jahren 7 Mill. DM investiert wurden.

DOMINIK SCHMIDT

Volles Programm

Wb. – Eigentlich müßte man das Gerät für eine der zahlreichen Blüten halten, die beinahe jede junge und experimentierfreudige Industrie betreibt. Doch der kleine Koffercomputer, zu sehen in Hannovers Cebit-Halle 18, demonstriert so augenfällig, wohin die Reise der modernen Daten- und Kommunikationstechnik geht, daß man ihn schon fast wieder ernstnehmen muß. Was da auf einem knappen viertel Quadratmeter und ganzen 25 Zentimetern Höhe untergebracht ist, vermag schon zu beeindrucken. Da ist – natürlich – der vielzitierte „personal computer" mit Mini-Bildschirm, aber zusätzlich eingebautem Tongenerator für acht Oktaven, für den es eine Klaviertastatur als Zusatzgerät gibt. Weil der Computer offenbar nicht immer mit dem spannendsten Programm versorgt wird, ist zudem ein Farbfernseh-Empfangsteil mit Videotext- und demnächst auch Bildschirmtext-Decoder eingebaut. Wen auch das noch langweilt, der kann den ebenfalls integrierten Kompakt-Videorecorder in Gang setzen oder mit der mitgelieferten Kamera sein eigenes Programm machen. Bei einem Preis von runden 25 000 Mark fehlt da nur noch die eingebaute Mini-Bar für gemütliche Stunden.

Doch kein Auftragsloch

Weitgehend zufrieden zeigt sich die Siemens AG, München, mit den Ergebnissen auf der Hannover-Messe. Für alle beteiligten Bereiche gelte, daß die Einschätzung des Inlandsgeschäfts besser geworden sei. Sprecher des Unternehmens wiesen darauf hin, daß nach dem hohen Auftragseingang gegen Ende des Jahres 1982, der durch das Auslaufen der Investitionshilfe verursacht worden war, bislang nicht das „befürchtete Auftragsloch" eintrat. Der Auftragseingang habe sich vielmehr in den ersten Monaten 1983 auf dem Vorjahresniveau gehalten.

Insgesamt erwartet Siemens für das laufende Geschäftsjahr (30. 9.) einen Auftragseingang, der real nur leicht über dem des Vorjahres (43,1 Mrd. DM) liegen wird. Beim Umsatz, so ein Sprecher, werde es einiger Anstrengungen bedürfen, das letztjährige Ergebnis (40,1 Mrd. DM) wieder zu erreichen.

Von der Messe verspricht sich Siemens vor allem im Nachgeschäft deutliche Impulse. Insbesondere die Besucher aus dem Inland hätten einen deutlichen Investitionswillen erkennen lassen. Reges Interesse registrierte das Unternehmen im Bereich Bauelemente. Es habe sich gezeigt, daß viele kleine und mittlere Unternehmen den Einstieg in die Mikroelektronik beabsichtigten. Im Bereich der Datentechnik sei erstaunlicherweise das Interesse mehr auf neue Software-Lösungen als auf die Hardware gerichtet gewesen.

Noch keine durchgreifende Besserung des Geschäfts lasse sich im Unternehmensbereich Energie und Automatisierungstechnik erkennen. Wichtige Abnehmergruppen, darunter die Stahlindustrie und die Zementfabriken, fallen derzeit als Kunden aus. Günstiger dagegen verlaufe das Geschäft mit kleinen Steuergeräten. Obwohl die internationale Konkurrenz auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik immer stärker wird, hat Siemens in diesem Bereich seine führende Marktstellung eher noch stärken können.

Es gäbe Anzeichen dafür, daß größere Industriebetriebe in naher Zukunft ihre Systeme modernisieren und ausbauen wollen. Daran werde der nach eigenen Angaben „führende Anbieter für das moderne Büro" partizipieren. Der Unternehmensbereich Installationstechnik rechnet nach der Belebung der Baukonjunktur mit neuen Aufträgen, „allerdings erst mit der üblichen Verzögerung". (dos.)

Total Feuerschutz stellt erstmals aus

Die zum Krupp-Konzern gehörende Total Walther Feuerschutz GmbH, Köln/Ladenburg, die zum ersten Mal auf der Hannover-Messe präsent ist, äußert sich befriedigt über den bisherigen Verlauf der Ausstellung. Das Unternehmen, eine 100prozentige Tochter der Buckau-Walther AG, registriert ein lebhaftes Interesse für sein Produktionsprogramm, vor allem für stationäre und mobile Feuerlöschanlagen, Sprinkleranlagen und Handfeuerlöscher.

Nach Angaben der Geschäftsführung gehört das Unternehmen mit 1700 Mitarbeitern und einem Geschäftsvolumen von rund 285 Mill. DM zu den Branchenführern. Produktionsschwerpunkte sind bei Total in Ladenburg mobile Brandschutzgeräte, chemische Löschmittel und Brandmeldeelektronik, bei Walther in Köln stationäre Löschanlagen. (dos.)

Kuren in Deutschland

Gesundbrunnen für die Kur gesucht – Deutschlands Bäder stecken bekanntlich in der Krise. Wenn auch nur mancherorts Rückgänge bis zu 40 Prozent im vergangenen Jahr verzeichnet werden mußten, so haben Konjunkturkrise und Kostendämpfungsgesetz doch fatale Folgen gehabt. Leere Betten in den Vertragshäusern der Versicherungsanstalten, steigende Personalkosten – denn im Bäderbereich ist der Mensch durch Maschinen nicht zu ersetzen – sind nicht wegzudiskutieren. Dennoch wird die Situation häufig dramatisiert. Umfragen, die das steigende Interesse an einem Urlaub für die Gesundheit bezeugen (39 Prozent der Bundesbürger planen, in Zukunft eine Kur zu machen), und der Erfolg der Kurorte, die auf die offene Badekur gesetzt haben, zeigen den Weg. Schließlich bieten die 250 deutschen Bäder und Kurorte, ob Nobelbad im klassizistischen Gewand oder Bauernbad zwischen Pferdekoppeln, in den Bergen oder an der See, mit kulturellem oder sportlichem Flair, für jeden etwas.



Wasser-Anbeter

FOTO: MANFRED VOLLMER

Abgabe besonderer Art, nicht Steuer oder Gebühr

Das Thema Kurtaxe reizt immer wieder zur Diskussion. Von Zeit zu Zeit befassen sich auch Politiker mit dem Thema Kurtaxe. Dabei reichen die Argumente von Verständnis bis zur Forderung nach deren Abschaffung, als einer „unsozialen" Maßnahme, wie es zum Beispiel die SPD bei der Landtagswahl 1979 in Schleswig-Holstein getan hat. Der Kurdirektor von Bad Neuenahr, Herbert Rütten, vertritt folgende Meinung:

Die Kurtaxe (in einigen Bundesländern als Kurabgabe oder Kurbeitrag bezeichnet) wird je nach der Trägerschaft des Kurunternehmens (öffentliche Hand oder Privatunternehmen) als Zwangskurtaxe erhoben. Die Zwangskurtaxe beruht auf einer besonderen gesetzlichen Ermächtigung (meist ein Kommunalabgabengesetz) und erfordert das Vorliegen einer „Kurtaxsatzung", die vom zuständigen Regierungspräsidenten genehmigt sein muß. Die Entgeltskurtaxe bei Privatunternehmen richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts (BGB), das heißt also letztlich nach Angebot und Nachfrage und braucht nur bezahlt zu werden, wenn entsprechende Leistungen in Anspruch genommen werden.

Es muß betont werden, daß die Kurtaxe keine Steuer ist, sie ist auch keine Gebühr, sondern einen „öffentlich-rechtliche Abgabe besonderer Art". Sie dient als Entgelt für Leistungen des Heilbades und des Kurunternehmens und ist insoweit grundsätzlich zweckgebunden. Aus dem Kurtaxaufkommen werden im allgemeinen bezahlt: bestimmte Anlagen wie zum Beispiel Wandelhallen, Lesezimmer, Schreibzimmer, Haus des Kurgastes, der Kurpark und andere Anlagen (zum Beispiel bei Seebädern Sauberhalten der Strände) und ähnliches mehr sowie die Durchführung von Veranstaltungen wie beispielsweise Kurkonzerte. In einigen Kurorten wird auch die gesamte Trinkkur über die Kurtaxe abgewickelt. Mit den zunehmenden Aufgaben der Heilbäder und Kurorte im Bereich der Bewegungstherapie, der Ernährungsberatung, der Gesundheitserziehung und der Freizeitgestaltung sind weitere kostenintensive Bestandteile hinzugekommen, die zum überwiegenden Teil mangels anderer Deckungsmöglichkeiten ebenfalls in der Kostenstelle Kurtaxe „untergebracht" werden müssen.

Die Kurtaxe wird nicht nur für die Benutzung, sondern auch für die Bereitstellung bestimmter Leistungen und Veranstaltungen erhoben. Sie ist ein echtes Leistungsentgelt und insofern weder unsozial noch etwa unabhängig von allgemeinen tariflichen Entwicklungen. Sie besteht in den meisten Fällen aus etwa 80 Prozent Lohnanteilen, was am meisten über den Stellenwert der Einnahmen aus Kurtaxe im Kurunternehmen als Dienstleistungsunternehmen aussagt. Es ist erwiesen, daß der Bereich der Kostenstelle „Kurtaxe", insbesondere in der auch für die Heilbäder und Kurorte so rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung, erheblich defizitär ist, was mit zu den entscheidenden Problemen in den Heilbädern und Kurunternehmen gehört.

Wenn heute in einzelnen Fällen gestaffelte Kurtaxsätze festzustellen sind und von Zeit zu Zeit die Forderung nach dem „Nulltarif" oder eventuell „ein Finanzausgleich auf Länderebene" gefordert wird, dann ist dies keineswegs besser und schon gar nicht etwa sozialer. In diesen beiden Fällen nämlich würde letzten Endes die Gesamtheit der Bürger (das heißt alle Steuerzahler) dafür Leistungen erbringen müssen, daß einigen wenigen die Annehmlichkeiten des Kurortes zur Verfügung stehen. Auch das immer wieder zu hörende Argument, daß zumindest Teile der durch die Kurtaxe zu deckenden Kosten im Wege einer Mischkalkulation über die Preise der Kurmittel aufzufangen seien, ist kaum sinnvoll. Auch diese Verfahrensweise kann nicht als sozial angesehen werden, da dann der kranke Kurgast mit zum Teil erheblich mehr Kosten belastet wird, ohne jedoch unter Umständen in gleichem Umfang die Leistungen in Anspruch genommen zu haben, die durch die Kurtaxe abzugelten sind.

Die häufig zu hörende Kritik an der Erhebung der Kurtaxe ist immer nur eine Äußerung weniger oder ganz kleiner Gruppen; die weitaus größte Zahl der Kurgäste zahlt in Anbetracht der Tatsache, daß sie von den angebotenen Annehmlichkeiten gern Gebrauch machen, ihre Kurtaxe.

BAD GÖGGING / Was die Bayern aus einem römischen Staatsbad machten / Investitionen trotz Krisenstimmung

„Gedämpftere Kosten als bei uns sind kaum zu finden"

G. FRONEMANN, **Bad Gögging**

Die Kurhäuser heißen „Römerbad" und „Trajansbad", das neue Kurhotel ist das „Centurio". „Minerva/Diana" ist ein Apartment-Hotel, und im Bau sind zwei Häuser mit den Namen „Cicero" und „Augustus". Im Zentrum von allem sprudelt gewinnbringend Schwefel- und heißes Thermalwasser in der modernen „Limes-Therme".

Im niederbayerischen Bad Gögging, nur wenige Kilometer von Neustadt an der Donau entfernt, begann der Kurbetrieb im 2. Jahrhundert nach Christus. Auf dem Weg nach Norden entdeckten die Römer dort Schwefelquellen und bauten im Schutz des Limes mit kaiserlichem Geld ein römisches Staatsbad. Die alten Badeanlagen sind heute noch zu besichtigen.

Im Zug der Alemannenstürme fand der klassische Badebetrieb wahrscheinlich sein Ende, nahmen die Anlagen Schaden.

Im Mittelalter war „Göcking" ein beliebter Treffpunkt von Fürsten und reichen Bürgern, die gegen allerlei Blessuren und das Gliederreißen Hilfe suchten. Anfang des 20. Jahrhunderts begann das moderne Kurwesen, und 1921 wurde das Dorf mit den hochkonzentrierten schwefelhaltigen Quellen, dem heißen Thermalwasser und den eigenen Moorvorkommen staatlich anerkanntes Heilbad.

„Heute Ausgang bis 23 Uhr" steht auf einem Zettel am „Schwarzen Brett" in der Halle des alten Kurhauses „Römerbad". Gleich daneben liest der Gast „Für alle Angehörigen der Kassen und LVA ist das Fahren mit dem PKW während des Kuraufenthalts untersagt".

Strenge Vorschriften der Versicherungsträger, die ihre Mitglieder hierher zur geschlossenen Badekur schicken. Hier werden rheumatische Erkrankungen aller Art behandelt, Gelenkserkrankungen und Wirbelsäulenschäden, Nervenentzündungen und Hautkrankheiten. Besonders die Landesversicherungsanstalt Westfalen schickte ihre Patienten ins „Römerbad", eines der beiden alten, klassischen Kurhäuser im 1000-Seelen-Dorf Bad Gögging. Kein Wunder, daß man dann im Ort einen großen Neubau, der im Park des Römerbades in den 50er Jahren entstand, den „Preußenbau" nannte.

Im Sommer gab es über lange Jahre hinweg mehr Kurgäste als Einheimische, und das brachte Geld und Wohlstand in den Ort, der auch mehr und mehr Pensionen und Privatzimmer anbieten konnte. Aber dann blieben die Westfalen, die das überwiegende Kontingent der Kur-Patienten stellten, plötzlich aus. „Das war vor zwei Jahren", sagt Klaus Hachmann, der Leiter des Fremdenverkehrsvereins, „da kündigte die Westfalen-Versicherung die Verträge, weil sie ihre eigenen Häuser belegen mußten." Seitdem stehen viele der 160 Betten des großen Kurhauses leer.

Millionen in das Krisengeschäft gesteckt

Im anderen alten Kurhaus am Platz, dem „Trajansbad", sieht es ähnlich aus. In dem 1913 erbauten Haus mit mehreren Flügeln wird die ganze zweite Etage nicht benutzt. „Für uns hat sich besonders das Kostendämpfungsgesetz negativ ausgewirkt", stellt der Besitzer, Hans Huber, fest. Dabei betont er, daß es weniger die Maßnahmen der Krankenkassen, sondern „vielmehr die der Rentenversicherungsträger" sind. Früher schickte die LVA Oberbayern, und die LVA Schwaben ihre Patienten ins Tranjansbad: „Das waren jeden Monat schon 60 Leute, die jetzt fehlen", sagt Hans Huber. Den Rückgang bei den „geschlossenen Kuren" konnte Huber durch Patienten der Ortskrankenkassen auffangen.

Im Gegensatz zu den weitverbreiteten Klagen, daß die Kostenselbstbeteiligung von zehn Mark pro Tag sich auf die Zahl der Kuren negativ auswirkt, stellt Huber fest: „Man kann nicht sagen, daß durch die Selbstbeteiligung noch ein zusätzlicher Rückgang eingetreten ist." Und so hat der Mann vom „Trajansbad" dann auch in den vergangenen drei Jahren drei Millionen Mark in sein Kurhaus investiert, trotz der leeren Betten im zweiten Stock und der in der Welt der Bäder heraufbeschworenen wirtschaftlichen Untergangsstimmung.

Aber nicht nur der Huber hat Millionen ins Krisengeschäft mit der Kur gesteckt. Alle haben investiert, ihre Pensionen und Gasthäuser renoviert und umgebaut, Fremdenzimmer modernisiert und ihr Ja zu einem großangelegten modernen neuen Kurzentrum gegeben. Fremdenverkehrs-Chef Hachmann: „Wir mußten die Leute davon überzeugen, daß Bad Gögging aus seinem Dornröschen-Schlaf geholt werden muß. Dazu waren neue moderne und attraktive Einrichtungen nötig, die einen Anreiz für den Urlauber bilden, hier einen Urlaub mit Kuranwendung zu machen. Die offene Badekur zu wählen." Und die „offene Badekur" ist es, worauf Bad Gögging baut.

Der dörflich-ländliche Charakter des Ortes, die ruhige, sanft geschwungene Donaulandschaft, weitläufige Wander- und Fahrradwege und ein kurgerechtes Sportangebot stellen im Zusammenhang mit einer breiten therapeutischen Palette eine Einheit dar. Besonders aber attraktiv sind die Preise. Vollpension gibt es bereits ab 37 Mark, und auch im größten Haus des Ortes, dem neuerbauten, luxuriösen Kurhotel „Centurio" gibt es Vollpension schon ab 58 Mark.

Der Direktor der Raiffeisenkasse sieht das so: „Die Menschen hier haben alle noch ein zweites ‚Bein', sind nicht in totaler Abhängigkeit vom Kurbetrieb, und keiner muß hier schnelle Gewinne machen". So ist man auch bemüht gewesen, im Zuge der Millionen-Investitionen – elf Millionen Mark wurden allein in die neue Limes-Therme investiert – Spekulanten aus Gögging herauszuhalten. Zu diesem Behuf gründete man einen „Zweckverband Bad Gögging", der beispielsweise alle Grundstükke erwarb, um sie der Spekulation zu entziehen.

In mehreren Bauabschnitten wird das neue Kurgebiet um ein Kurmittelhaus an den alten Ortskern angebunden. Moderne Badetherapien gewährleisten eine umfassende medizinische Versorgung. Und der Ort verfügt über eine einmalige Kombination der verschiedenen Anwendungsbereiche: Schwefel, Moor, Thermalwasser und Mineralbrunnen.

20-Jahres-Plan für die Entwicklung

Die „Limes-Therme" schreibt bereits heute, drei Jahre nach ihrer Einweihung „schwarze" Zahlen. Sechs Becken mit einer Gesamtwasserfläche von 370 Quadratmetern, mit Temperaturen zwischen 32 und 36 Grad Celsius locken Badegäste aus einem Umkreis von hundert Kilometern an. Man hatte mit einem Durchschnitt von 600 Besuchern am Tag gerechnet – heute sind es 970 Badende, die täglich zum Schwimmen kommen.

Mit dem Slogan „Nach Bad Gögging gerade wegen der Kostendämpfung" wirbt der Ort für die „offene" Badekur. „Gedämpftere Kosten als bei uns sind kaum zu finden", stellt der Gastwirt und Bauunternehmer Karl Zettel fest. Er hat seinen alten Gasthof „Eisvogel" für 800 000 Mark renoviert. Vollpension für 46 Mark, alle Zimmer mit Dusche und WC. Und Vollpension heißt beim Zettel – der Gast bespricht mit Küchenchef Werner Hedler, was er gerne essen möchte.

In zwanzig Jahren soll die neue Entwicklung des Bades mit der alten Tradition abgeschlossen sein. „Wir werden nichts überstürzen", betont Klaus Hachmann, „wir haben Zeit, langsam in unsere Vorstellung vom Spezialbad für die ‚offene' Badekur hineinzuwachsen." Man weiß um seine Vorteile und hat die Entwicklung darauf angelegt, dem gesundheitsbewußten Urlauber mit dem kleinen und mittleren Geldbeutel Ferien mit Kuranwendungen zu ermöglichen.

Hat der Arzt Kurmittel verschrieben, ob Moorpackungen, Fango, Stangerbad oder Massagen, Unterwassergymnastik oder Bewegungsbäder, dann kann der Urlauber seine Ferien in einem anerkannten Bad mit den entsprechenden Einrichtungen verbringen, bezahlt sein Hotel selbst und rechnet die Anwendungen mit der Kasse ab, die im Regelfall die Kosten übernimmt.

Fremdenverkehrsamtsleiter Hachmann sieht hier die Chancen für sein „kostengedämpftes Bad" und ist überzeugt, daß Bad Gögging zum richtigen Zeitpunkt die richtige Entwicklungspolitik gemacht hat. „Fünfzehn Jahre haben wir gebraucht, bis die Leute im Dorf bereit waren, unsere Vorstellungen mitzutragen – jetzt sind alle dabei."

★

Tips für die offene Bäderkur: Vom Arzt verschriebene Kuranwendungen werden von den Kassen bezahlt, die Unterkunft im Hotel nicht. Bei einem Pauschalangebot von Hotel und Kuranwendung über einen Veranstalter gibt es Zuschüsse von den Kassen. Eine solche Pauschal-Kur muß mindestens 21 Tage dauern. Die Dringlichkeit der Kur muß vom Hausarzt bescheinigt werden. Kurort und Unterkunft können in Übereinstimmung mit dem Arzt selbst ausgesucht werden. Die Kostenübernahme muß vor Antritt der Kur bei der Krankenkasse beantragt werden. Die Kasse übernimmt das gesamte Arzthonorar und die Kurtaxe. Dazu kommen bei Kurlaub in der Bundesrepublik unterschiedliche Tagesspesen. Da die Zuschüsse erst nach dem Kur-Urlaub bezahlt werden, sollte man sich eine spezifizierte Rechnung, beziehungsweise Kostenaufstellung des Kurortes geben lassen.

Auskunft: Verkehrsamt Bad Gögging, 8425 Bad Gögging.

NOTIZEN

Bad Mergentheim
Das Stoffwechselheilbad Bad Mergentheim ist die Heimat der einzigen Leberklinik der Bundesrepublik. Die Spezialklinik hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Ursachen und den Verlauf von Lebererkrankungen genauer zu erforschen und Fortschritte bei der Früherkennung der Leberleiden und des Leberkrebses zu machen. Zur Ergänzung der in der Klinik vorgenommenen Vorsorge- und Nachuntersuchungen dienen die balneologischen Therapien des Heilbads. (Auskunft: Kurverwaltung, 6990 Bad Mergentheim)

Bad Rothenfelde
Rechtzeitig zur neuen Urlaubssaison meldet das Bad sein Hallen-Sole-Wellenbad nach einer Generalüberholung wieder ganztägig benutzungsbereit. Die Familienkarte für das Bad, das auch über ein beheiztes Außenbecken und ein Solarium verfügt, kostet für zwei Erwachsene und zwei Kinder 16,50 Mark. Kinder bis zu 16 Jahren zahlen für die Zwölferkarte 40 Mark. (Auskunft: Kurverwaltung, 4502 Bad Rothenfelde)

Bad Tölz
Wanderwochen zur gezielten Konditionssteigerung bietet das bayerische Bad an. Begonnen wird in ebenem Gelände und langsam bis zur strapaziösen Bergwanderung unter sachgerechter Führung am fünften Tag gesteigert. Termin für die Wanderungen, die an Flüssen und Seen vorbei, über Berg und Tal führen, ist jeweils einmal im Monat von Montag bis Freitag. Der notwendige Wanderpaß kostet 60 Mark. (Auskunft: Kurverwaltung, Ludwigstr. 11, 8170 Bad Tölz)

Bad Salzuflen
Einmalig in der Bundesrepublik, eröffnet jetzt das erste Museum für deutsche Bädergeschichte nach dreijähriger Bauzeit in dem Staatsbad seine Pforten. Auf 670 Quadratmetern bietet sich dem Besucher ein Überblick über die Heilbädergeschichte Deutschlands, von den antiken Anfängen bis zum neuzeitlichen Bad. Unter anderem werden mehr als 200 Brunnen- und Trinkgläser aus vergangenen Jahrhunderten ausgestellt. (Auskunft: Stadt- und Bädermuseum, 4902 Bad Salzuflen)

Oberstaufen
Auf die Gästetische des heilklimatischen Kurorts im Allgäu kommt seit kurzem ein neues Diätprogramm. Die hauptsächlich aus Salaten, Frischkornmüsli, gekeimten Getreiden und Getreideschoten bestehende Schnitzer-Kost hat sich vor allem bei Übergewicht, Rheuma, Herz- und Kreislaufbeschwerden, Streß und leichtem Diabetes bewährt. (Auskunft: Kurverwaltung, 8974 Oberstaufen)

Bad Heilbrunn
„Jetzt red' i!" Dieser bayerische Standpunkt gilt ab April auch für Gäste. Der Fremdenverkehrsverein des 800jährigen Kurorts zwischen München und Garmisch-Partenkirchen lädt zu diesem Zweck zum Dämmerschoppen ein, wo die durch geführte Wanderungen, Begrüßungs- und Kegelabende vorhandenen Kontakte zu den Kur- und Feriengästen gepflegt und vertieft werden sollen. (Auskunft: Kur- und Verkehrsamt, 8173 Bad Heilbrunn)

Bad Bramstedt
Die Geschichte des Heilbades Bad Bramstedt begann schon 1681, als ein fieberkranker Hirte dort von einer Quelle seinen Durst stillte und danach gesundete. Heute ist der Kurort besonders für seine Rheumaklinik bekannt, die fernab vom Lärm in den Wäldern liegt und über alle diagnostischen und therapeutischen Mittel verfügt. Die Heilung der Gelenk- und Wirbelsäulenkrankheiten erfolgt mit physikalischen Methoden wie auch mit Bädern und Massagen. (Auskunft: Kurverwaltung, 2357 Bad Bramstedt)

Bischofswiesen
Vom 29. April bis 1. Mai findet im Biologischen Kurheim in Bischofswiesen und im Kur- und Kongreßhaus Berchtesgaden eine Informationsveranstaltung „Ganzheitsmedizin – Ernährung und Gesundheit" mit Vorträgen von Dr. Max Otto Bruker, Leiter des überregionalen Zentrums für Ganzheitsmedizin in Lahnstein, und Barbara Rütting statt. (Auskunft: Frau Christe Kurz, Biologisches Kurheim, Schulstraße 1, 8242 Bischofswiesen)

Höchenschwand
„Wie komme ich zu einer Kur oder Heilbehandlung im Dorf am Himmel? Diese Frage beantwortet ausführlich ein neuer Prospekt des heilklimatischen Kurortes Höchenschwand. Heilanzeigen, Privat- und Fachkliniken, die verschiedenen Kurmittel, Heilmaßnahmen und Kureinrichtungen werden detailliert beschrieben. (Auskunft: Kurverwaltung, 7821 Höchenschwand)



Für die Behandlung der Kleinen ist Geduld besonders wichtig. FOTO: RUDOLF DIETRICH

Stichwort Physiotherapie

dö, Stuttgart

Immer häufiger taucht als Kurmittel in zahlreichen Heilbädern und Kurorten der Begriff „Physiotherapie" auf. Darunter versteht fast jeder etwas anderes. Wörtlich ist mit Physiotherapie die Behandlung mit physikalischen Kräften, mit Wasser, Wärme, Strom, Luft, Licht oder mechanischen Kräften gemeint – also eine Naturbehandlung im Gegensatz zur Pharmakologie.

Tatsächlich ist Physiotherapie aber mehr. Sie will im Menschen Regulations- und Ausgleichsmechanismen aktivieren, die Leib und Seele betreffen. Dies geschieht einmal durch Behandlung mit physikalischen, in der Natur vorkommenden Mitteln. Das sind etwa Bewegungsbäder, Massagen, Thermalbehandlungen, elektrische Reize und vieles andere. Zum anderen gehören aber auch Ernährungsumstellung und psychische Therapiefaktoren zur richtigen Physiotherapie.

Ziel dieser Behandlungsform ist es, auf die Reglersysteme des Zentralnervensystems, des vegetativen Nervensystems und des innersekretorischen Drüsensystems einzuwirken. Im Vordergrund dieser umfassenden Ganzheitsbehandlung stehen Training und Übung aller körperlichen und geistig-seelischen Funktionen.

Besonders hoch entwickelt ist die Physiotherapie nach Kneipp, durch die systematisch die Grundfunktionen des Menschen verbessert und die größtmögliche Belastbarkeit und die geringste Störanfälligkeit in allen Lebensbereichen erreicht werden können.

Angebote

Bad Lauterberg
Kostenlos verschickt das Harzer Bad sein neues Faltblatt „Die Kur – was man gerade jetzt darüber wissen sollte". Das anerkannte Kneipp-Heilbad und Schrothkurort informiert darin über Kur- und Kurmittelpreise und führt in einem Verzeichnis alle Kurheime auf. Unter anderem wird eine dreiwöchige Schrothkur mit garantierter Gewichtsreduzierung ab 1150 Mark angeboten. (Auskunft: Kurverwaltung, 3422 Bad Lauterberg)

Laasphe
Die „Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie" gegen die zahlreichen Sauerstoffmangelkrankheiten des älteren Menschen wird jetzt von der Kurklinik Emmaburg im Heilbad Laasphe auch als einwöchige Behandlung angeboten. 980 Mark im Doppelzimmer (1200 Mark im Einzelzimmer) kostet der „Sauerstoff-Mehrschnitt-Schnellprozeß", bei dem Sauerstoffaufnahmefähigkeit der Zellen, Sauerstoffkonzentration in der Atemluft und die Gewebedurchblutung verbessert werden. (Auskunft: Kur- und Verkehrsverein, Postfach 13 20, 5928 Laasphe)

Griesbach
Für Autofahrer, die aufgrund häufiger Benutzung des Wagens unter körperlichen Schäden leiden, bietet das Thermalbad Griesbach über dem Rottal eine speziell entwickelte Kur im neuen Steigenberger Hotel Griesbach an. Sie widmet sich in erster Linie dem menschlichen Bewegungsapparat und der Muskulatur, vermittelt aber gleichzeitig notwendige Informationen zu einer künftig richtigen Verhaltensweise im Auto. Drei Wochen kosten 2268 Mark und sind im Zeitraum vom 15. Juni bis zum 15. August zu buchen. (Auskunft: Kurverwaltung, Postfach 43, 8399 Griesbach i. Rottal)

Freiburg
Seit fünfzig Jahren gibt es das Kneippsanatorium St. Urban bei Freiburg, das auch zum nächsten Herbst wieder ein Überwinterungsangebot aufgestellt hat. Die Preise sind je nach Jahreszeit und Inanspruchnahme des Kneipp-Services gestaffelt und liegen zwischen 4248 Mark und 8446 Mark für zwei Monate pro Person mit Vollpension. (Auskunft: Fremdenverkehrsverband Schwarzwald e. V., Postfach 5440, 7800 Freiburg)

Bad Herrenalb
Idyllisch geht es auf den einwöchigen Wanderungen durch den Schwarzwald zu, die vom 30. April bis 21. Mai jeden Samstag in Bad Herrenalb beginnen. Von dort wandern Gruppen mit maximal 25 Teilnehmern in Tagesetappen zu verschiedenen Kur- oder Erholungsorten. Stationen der Tour auf Schusters Rappen sind Widbach-Calmbach, Enzklösterle, Bad Teinach-Zavelstein, Schömberg-Langenbrand, Hofen und Dobel. Das Pauschalangebot kostet ab 385 Mark. Enthalten sind Übernachtung mit Frühstück und das Wanderprogramm. (Auskunft: Herrenalber Reisebüro, 7506 Bad Herrenalb)

Ambach
Je schwächer die Abwehrkräfte sind, desto größer ist die Anfälligkeit für Krankheiten, Infektionen und auch für Krebs. Diesen Risiken tritt das Wiedemann Park Sanatorium in Meersburg am Bodensee mit der THX-Therapie entgegen. THX, ein Extrakt aus der Thymus-Drüse neugeborener Kälber, sorgt für die Stärkung der menschlichen Abwehrkräfte. So kann nicht nur Krankheiten vorgebeugt, sondern auch für die Verbesserung chronischer Leiden wie zum Beispiel Asthma, Rheuma und Migräne gesorgt werden. Die Kur kostet 360 Mark pro Woche und kann ebenfalls am Starnberger See, in Meran oder auf den Kanarischen Inseln angetreten werden. (Auskunft: Wiedemann Kurhotels International, 8193 Ambach am Starnberger See 1)

Waldbrunn
Das Deutsche Akupunktur-Zentrum im Kurhotel Sockenbacher Hof in Waldbrunn-Strümpfelbrunn hat nach einem Umbau sein diagnostisches und therapeutisches Angebot wesentlich erweitert. So kann jetzt – im Gegensatz zu den üblichen Heilmethoden – für den einzelnen Patienten ein individuelles Behandlungskonzept erarbeitet und verwirklicht werden. Eine 14tägige Akupunkturintensivbehandlung kostet für eine Person mit Vollpension 2190 Mark, Ehepaare müssen für den zweiten Teilnehmer nur noch 1500 Mark bezahlen. (Auskunft: Kurhotel Sockenbacher Hof, 6935 Waldbrunn-Strümpfelbrunn)

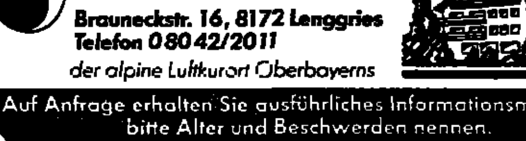
Salzuflen
„Schlanker werden – ohne zu hungern" möchte das Staatsbad Salzuflen allen Übergewichtigen ermöglichen. Das Sieben-Tage-Programm beschränkt sich nicht auf eine Ernährung von schmackhaften 1000 Kalorien am Tag, sondern führt die Teilnehmer auch theoretisch in die wissenschaftlich fundierte Diät ein. Die nächsten Termine liegen vom 17. bis zum 24. April sowie vom 24. April bis zum ersten Mai; die Teilnahme kostet 749 Mark pro Person. (Auskunft: Staatsbad Salzuflen, Parkstraße 20, 4902 Bad Salzuflen)

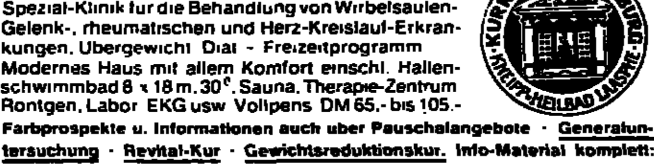
Bad Karlshafen
Ideal zum Wandern und Radeln präsentiert sich das Soleheilbad im Weserbergland. Eine 14tägige Urlaubspauschale kostet mit Halbpension ab 448 Mark. Zur Angebotspalette gehören Wanderungen unter fachkundiger Führung, Radtouren, Bade- und Saunamöglichkeiten, Kurkonzerte, Hafenfest, Liederabende und Besichtigungen. (Auskunft: Kurverwaltung, 3522 Bad Karlshafen)

Birnbach
Nicht nur auf Gesundheitsbewußte, sondern auch auf Sportbegeisterte und andere Erholungssuchende hat sich der bayerische Kurort mit seinem neuen Programm eingestellt. Da finden sich Golf- und Bogenschießkurse, Angelwochen, naturkundliche Ferien und Einführungen in das Imker-Einmaleins auf dem Bienenhof. Für den Kuraufenthalt bieten sich Drei-Tage-Angebote und verschiedene andere Gesundheitspauschalen an, die ab 255 Mark pro Woche angeboten werden. (Auskunft: Verkehrsamt, 8345 Birnbach)

Bad Steben
Für eine regenerierende Urlaubswoche offeriert das Staatsbad eine Sieben-Tage-Gesundheits-Pauschale. Angeboten wird ein abwechslungsreiches Sport- und Freizeitprogramm. Es reicht von der täglichen Morgengymnastik und dem Leistungswandern über Kegeln, Minigolf, Tennis und Fahrradtouren bis zu Unterwassermassagen und der Diätberatung. Kostenpunkt: ab 166 Mark. (Auskunft: Kurverein, 8675 Bad Steben)

Bad Brückenau
Nicht auf den momentanen Gewichtsverlust, sondern auf die beständige schlanke Linie ist die „Europa-Kur" des Regina-Sanatoriums in Bad Brückenau ausgerichtet. Die Kur beruht auf der Erkenntnis, daß Übergewicht eine Folge bewußter oder unbewußter Unausgeglichenheit ist. Die daraus entstandenen falschen Eß- und Trinkgewohnheiten sollen durch eine Reihe moderner Methoden korrigiert werden. Audiovisuelles Training (eine Weiterentwicklung des bewährten autogenen Trainings) und ärztlich geleitete Selbsthilfegruppen bilden den Rahmen für den Lernprozeß, der von entschlackenden Injektionen und gezielter Bewegungstherapie noch ergänzt wird. Die zweiwöchige Teilnahme an der Kur wird ab 2155 Mark pro Person im Doppelzimmer angeboten. (Auskunft: Staatliche Kurverwaltung, Elisabethenhof, 8788 Bad Brückenau)





















Bleibe im Lande und kure redlich

Warum in Deutschland kuren und nicht anderswo vielleicht, in wärmeren Ländern – und vielleicht zu niedrigeren Preisen? Der Chefarzt des Schwarzwald-Sanatoriums in Baiersbronn-Obertal, Hermann Geesing, sieht eine Reihe von Gründen für „Kuren in Deutschland":

Bleibe im Lande und kure redlich – dies rät wohl jeder Arzt zunächst ganz allgemein. Denn einmal wird der Erfolg jeder Kur im eigenen Lande durch äußere Umstände begünstigt: dieselbe Sprache und die gleichen Lebensgewohnheiten am Heimat- wie am Kurort verleihen ein Geborgenheitsgefühl und geben Sicherheit vor Überraschungen – Streßfaktoren zum Nachteil der Erholung werden so vermieden. Zum anderen und vor allem gibt es für eine Kur in Deutschland auch triftige medizinische Argumente: Ungewohntes Klima und fremdartiges Essen werden hier nicht zu Störenfrieden der Erholung oder Genesung. Das Kurmittel-Angebot zwischen der Nordsee und den Alpen bietet jedem und für jedes Leiden das Bestmögliche. Und qualifizierte ärztliche Kontrolle und Betreuung ist allerorten garantiert. Kuren in Deutschland haben nicht zuletzt den Vorteil, daß man überall, je nach Geschmack und Vermögen, zwischen Luxusklasse und Einfacherem wählen kann. Immer sind dabei Qualität und Effektivität der Kur gleichermaßen garantiert.

Ob Rheuma oder Herz und Kreislauf, ob Stoffwechselerkrankungen wie Gicht und Diabetes, ob Erholung in der Rekonvaleszenz nach schwerer Krankheit oder einfach Vorbeugen und Kräftesammeln zur Erhaltung der Gesundheit – dafür stehen jedem in den deutschen Kur- und Badeorten die modernsten Einrichtungen und medizinischen Möglichkeiten zur Verfügung. Welcher dieser Orte allerdings im Einzelfall der bestgeeignete ist, sollte man den Arzt entscheiden lassen. Denn je nach Befinden und Konstitution kann eine Kur im Reizklima an der See beziehungsweise im Gebirge oder eine im Schonklima der Mittelgebirgslandschaften angemessener und erfolgversprechender sein.

Weil jede Kur außerdem ja nicht nur aus medizinischen Maßnahmen besteht, sondern auch Umgebung, Freizeitangebot und gesellschaftliches Leben wesentliche „Kurmittel" für jeden sind, sollten auch diese bei der Wahl des Kurortes berücksichtigt werden: Wer naturverbunden ist, wird sich in mondänen Kreisen unbehaglich fühlen und deshalb hier schwerer genesen können. Wer kulturbeflissen oder unterhaltungsbedürftig ist, kommt sich in stillen Winkeln einsam und verlassen vor und wird deshalb dort vielleicht sogar noch kränker.

Dies sind scheinbar triviale Erkenntnisse – die deutschen Kurverwaltungen hatten in den letzten Jahren daraus jedoch zum Wohle ihrer Gäste und Patienten die Konsequenz gezogen: durch geschickte Organisation bieten sie heute nahezu überall an einem Ort sowohl Stille als Geselligkeit, kulturelle Veranstaltungen für verwöhnte Ansprüche und auch bodenständige Folklore, Möglichkeiten zu sportlichen und anderen Aktivitäten ebenso wie zur Beschaulichkeit.

Neben den traditionellen Kur- und Badeorten sowie neben den Einrichtungen für altbekannte und bewährte Heilmaßnahmen und -methoden haben sich in den letzten Jahren auch neue Stätten für neue Heilverfahren einen guten Ruf erworben. Weil sich an ihnen engagierte Ärzte mit besonderen Methoden der Naturheilkunde und Erfahrungsmedizin der Behandlung chronisch Kranker und der Rehabilitation durch Zivilisationsleiden Geschwächter erfolgreich widmen. Beispiele dafür sind das Heilfasten zur Gewichtsreduktion sowie zur allgemeinen Revitalisierung und die Thymustherapie zur Stärkung der körpereigenen Abwehrkräfte wie zur Behandlung bislang therapieresistenter Leiden, etwa der chronischen Polyarthritis.

Bei der Wahl des Ortes für eine Kur in Deutschland sollten auch diese neuen Möglichkeiten einbezogen werden. Durch sie ist nämlich das große Angebot zur Kur in Deutschland noch vielseitiger und attraktiver, zudem auch erfolgverheißender geworden.

HERMANN GEESING



Blick auf das Herz des Kurortes Bad Grund FOTO: DIE WELT

Schlackebad für Herzogin Elisabeth

RW, Bad Grund

Bad Grund, älteste der Oberharzer Bergstädte, erhielt schon 1524 die Bergfreiheit und war bis Ende des 16. Jahrhunderts Zentrum des Eisensteinbergbaus im Harz. Noch heute ist der Bergbau eine der Erwerbsquellen der Bevölkerung. Die andere Erwerbsquelle ist der Kur- und Fremdenverkehr. Schon Mitte des 16. Jahrhunderts, so wird überliefert, bekam die Herzogin Elisabeth von Braunschweig-Lüneburg in der Bergstadt Grund ihre Schlackebäder verabreicht.

Der Weg von der Bergstadt über das Fichtennadelbad zum jetzigen Moorheilbad Bad Grund begann im Jahre 1855, als der Apotheker Helmkampff auf eigene Kosten ein Badehaus „An der Post" errichtete. In den ersten drei Jahren waren es alljährlich 150 Kurgäste, die nach Bad Grund kamen. Im Laufe der Jahre stieg die Zahl der erholung- und auch heilungsuchenden Gäste, da die Fichtennadel-Dampfbäder zu dieser Zeit als Universal-Heilmittel galten.

Bis zum Jahre 1870 stieg die Zahl der Kurgäste auf 1100. Die Einwohnerschaft von Bad Grund begann, Zimmer an Kurgäste zu vermieten. Im Jahre 1901 war die Zahl der Kurgäste auf 3700 gestiegen, so daß man ein neues Kurbad errichtete. Im Jahre 1928 wurden die ersten Moorbäder verabfolgt, und von dieser Zeit an stand Bad Grund am Beginn einer neuen Entwicklung. Die Moorbäder erwiesen sich schon damals als Erfolg, und in Anbetracht dessen wurde im Jahre 1929 das bisherige Kurbadehaus als eine der vorbildlichsten Badeanstalten des gesamten Harzgebietes errichtet. Man zählte damals fast 6000 Badegäste. Als 1955 Bad Grund sein 100jähriges Bestehen als Badeort feierte, weilten 12 744 Kurgäste in Bad Grund.

Im Laufe der Zeit reichten die Räumlichkeiten des Badehauses nicht mehr aus, und man mußte sich mit der Planung eines neuen Kurzentrums befassen, dessen Bau 1978 abgeschlossen wurde. Jetzt bekommen jährlich etwa 25 000 Kurgäste in modernsten Anlagen ihre Behandlungen, Moorbreibäder, Moorpackungen als Hauptkurmittel, Massagen, medizinische Bäder, Inhalationen und sonstige Anwendungen werden heute zur Heilbehandlung bei folgenden Indikationen verabreicht: rheumatische Erkrankungen, Nachbehandlung nach Unfallverletzungen, Gelenkveränderungen durch Gicht, Frauenleiden, Magen-, Darm-, Gallenwegserkrankungen, Stoffwechselkrankheiten, Bandscheibenschäden. Ein Sole-Hallenbad (30 Grad) und ein Sole-Bewegungsbad (32 Grad) runden das Angebot ab. Wer Geselligkeit und Abwechslung sucht, findet sie bei Vorträgen, Tanzveranstaltungen oder Harzer Abenden.

Auskunft: Kurverwaltung, Postfach 67, 3362 Bad Grund.

STATISTIK / Nur wenige lehnen Kostenbeteiligung ab

Die neue Zielgruppe: Gesundheitsurlauber

tdt, Starnberg

Die Kur ist gegenwärtig in der Krise – aber die Zukunftsaussichten für die spezielle Form des Gesundheitsurlaubs sind nicht schlecht. Denn den erheblichen Rückgängen bei den Gäste-, Übernachtungs- und Umsatzzahlen in den deutschen Kur- und Heilbäderorten steht ein großes, unausgeschöpftes Potential von Gesundheitsurlaubern gegenüber, die bisher als Nachfragefaktor noch kaum ins Kalkül miteinbezogen worden sind.

Diese positiven Perspektiven brachte eine im Auftrag des Starnberger Studienkreis für Tourismus (StfT) vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS) kürzlich durchgeführte Untersuchung. Danach planen 39 Prozent aller Bundesbürger über 18 Jahre, in Zukunft eine Kur zu machen, 54 Prozent der erwachsenen Deutschen dagegen sind der Kur gegenüber negativ eingestellt, und sieben Prozent haben zu dem angesprochenen Problemkreis keine Meinung. Dabei ist interessant, daß 76 Prozent der Bundesbürger über 18 Jahre noch nie eine Kur gemacht haben, zwölf Prozent kurten einmal und ebenfalls zwölf Prozent der erwachsenen Deutschen haben bereits mehrere Kuren absolviert. Von den Kurerfahrenen wollen nur sechs Prozent keine Kur mehr machen. Dagegen ist die Ablehnung einer Wiederholungskur bei den „Einmal-Kurern" mit 30 Prozent überdurchschnittlich hoch. „Diese Erstkurer", folgert Diplom-Soziologe Robert Datzer vom Starnberger Studienkreis, „müssen stärker als bisher beachtet werden."

Überraschende Einstellung

Überraschend war auch die Einstellung der Bundesbürger zu der Frage der Kostenbeteiligung an einer Kur. Von den positiv zur Kur eingestellten Personen (39 Prozent der Bevölkerung) wären 62 Prozent bereit, ihr Scherflein zur Kur beizutragen. 32 Prozent lehnen eine Kostenbeteiligung ab, und sechs Prozent gaben keine Antwort. Von den 62 Prozent jener Personen, die zu einer Kostenteilung bereit wären, würden 34 Prozent bis zu 200 Mark beisteuern, 32 Prozent sogar einen Betrag zwischen 200 und 400 Mark – und 33 Prozent würden sogar über 400 Mark aus der eigenen Tasche zahlen. „Die Bereitschaft zur Kostenbeteiligung", so Datzer, „ist höher, als allgemein angenommen wird."

Stärker als bis jetzt werden sich die Werbe- und Marketingmaßnahmen der Kur- und Heilbäder sowie des Deutschen Bäderverbandes auf eine Zielgruppe richten müssen, die bislang als Gäste potential noch nicht intensiv angesprochen worden ist: die Gesundheitsurlauber. Zwölf Prozent aller Bundesbürger über 18 Jahre wollen auf „alle Fälle" einen Gesundheitsurlaub in einem Kurort verbringen, 25 Prozent „vielleicht", das große Potential von 37 Prozent möglicher Gesundheitsurlauber", meinte Datzer, „zeigt die Chancen auf, die für die Kurorte in diesem Bereich bestehen".

Was Kurgäste kritisieren

Eine parallel zur INFAS-Repräsentativumfrage laufende „psychologisch orientierte Grundlagenuntersuchung" bei insgesamt 400 Kurgästen und Normal-Urlaubern in Kurorten lieferte ebenfalls überraschende Ergebnisse. Nicht die unmittelbar mit der Kur in Zusammenhang stehenden Bereiche wie „medizinische Atmosphäre" oder „Einengung durch Kurplan" wurden kritisiert, sondern vor allem die „Höhe der Nebenkosten" im Kurort, „fehlende Freizeitmöglichkeiten" bei schlechtem Wetter, die „fehlende Stimmung" und der „Verkehrslärm". Der ideale Kurort müßte nach Ansicht der Kurgäste zuallererst „Spazier- und Wanderwege" aufweisen können, „gemütliche Ecken zum Sitzen und Laufen" haben, ein „idyllisches und romantisches Stadtbild" bieten, über „Ärzte mit gutem Ruf" verfügen und „abends nette Stimmung" verbreiten.

Im Gegensatz zur landläufigen Meinung, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes verhindere die Kuranträge, wurde dieser Grund von den befragten Urlaubern nur zu 15 Prozent bestätigt.

„Die Chancen zur Überwindung der augenblicklichen Situation", resümierte Datzer, „ist günstig." Denn das Interesse an der Kur und am Gesundheitsurlaub sei größer, als es die Zahl der Kurerfahrenen vermuten lasse. Jetzt komme es nur darauf an, die potentiellen Interessenten gezielt anzusprechen und gezielt zu motivieren.

Der Deutsche Bäderverband tat bereits einen deutlichen Schritt in diese Richtung mit dem neuen Slogan: „Gesundheit und Lebensfreude, die Kur schafft's."

Aktien teilweise fester

Neue Höchstkurse bei Daimler, Mercedes und BMW

DW. – Auch an der Dienstagbörse wurde die Aktientendenz wieder durch Kaufaufträge aus dem Ausland bestimmt. Sie konzentrierten sich wie schon an den Vortagen auf die Auto-Aktien, auf Schering und Deutsche Bank. Inländische Anleger beziehen nunmehr auch die erstklassigen deutschen Maschinenbauwerte in ihre Anlage-Überlegungen ein, obwohl in dieser Branche die konjunkturelle Wiederbelebung bislang am wenigsten Fortschritte gemacht hat. In der zweiten Börsenstunde nahm die Glattstellungsneigung der stark engagierten Börsenkulisse zu, so daß die Spitzennotierungen des Tages nicht überall gehalten werden konnten.

Von den sogenannten Rohstoffwerten kamen nur noch Preussag um 8 DM voran. Degussa (minus 2 DM) litten dagegen unter Gewinnmitnahmen. Bemerkenswert belebt hat sich das Interesse für Stahlaktien, von denen sich Thyssen und besonders auch Hoesch deutlich verbesserten. Klöckner bröckelten wegen der besonderen Lage dieses Unternehmens dagegen leicht ab. Am Bankenmarkt fiel die Bayerische Vereinsbank mit einem Kurssprung von 350 auf 363 DM aus dem Rahmen. Vernachlässigt lagen weiterhin die Titel der Großchemie, die ihre Vortagskurse nicht ganz behaupten konnten. Von den Versorgungswerten konnten sich RWE-Stamm- und Vorzugsaktien zum ersten Mal seit Tagen wieder nennenswert verbessern. Die spekulativen Käufe in Conti-Gummi und Phoenix-Gummi hielten zwar an, doch gab es auch hier keine weiteren Kursfortschritte mehr. Im Maschinenbereich wurden KHD um 6 DM und Linde um 18 DM heraufgesetzt.

Düsseldorf: Stahl Bochum erhöhten sich um 10 DM auf 248 DM, Isenbeck befestigten sich um 5 DM auf 320 DM, und Gerresheimer Glas stiegen um 1 DM auf 92 DM. Bilfinger verminderten sich um 5,50 DM auf 270,50 DM, Mauser sanken um 3 DM auf 152 DM, und Allianz Leben gaben um 30 DM auf 2370 DM nach.

Frankfurt: Die Favoriten haben allerdings teilweise gewechselt. Linde konnten sich um 22 DM auf 385 DM verbessern. Preussag stiegen um 8,50 DM auf 265 DM und Daimler um 8 DM auf 542 DM.

Hamburg: Holsten Brauerei wurden um 10 DM auf 270 DM zurückgenommen. Flensburger Schiffbau gingen zu 128 DM plus 2 DM und Reichelt zu 84,50 DM plus 1,40 DM um. Wenig verändert tendierten HEW bei 134,50 DM

München: Audi NSU erhöhten um 7,50 DM auf 279,50 DM und Leonische Draht um 5 DM auf 293 DM. NAK Stoffe stockten um 3 DM auf 85 DM und Wanderer um 6 DM auf 256 DM auf. Nachgeben mußten Dywidag um 6,50 DM auf 290 DM.

Berlin: Berliner Kindl, Bekula und Adca lagen um je 1 DM, Siemens, DeTeWe und DUB-Schultheiss um je 1,50 DM freundlicher. Berthold und Dt. Hypobank Berlin konnten sich um je 2 DM, Herlitz Stämme um 5 DM festigen.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Junge Aktien

19. 4. 83: BMW 333; Bavaria 211; Jute-Spinnerei 151 G; Philips Komm. 300; VEW 128; Allianz Vesicherung 585 G; RWE St. 184; RWE Vz. 179; Reag 405 B; Herlitz St. 275; Herlitz Vz. 262.

WELT-Aktienindex vom 19. 4.: 137,7 (136,5); WELT-Umsatzindex vom 19. 4.: 5133 (5015).

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

DM-Anleihen

Ausland

Wien

	19. 4.	18. 4.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	207	206
Gösser-Brauerei	250	247
Länderbank Vz.	212	213
Österr. Brau AG	230	226
Perlmooser	347	336
Reininghaus	308	295
Schwechater Br.	147	147
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	171	171
Universale Hoch-Tief	220	–
Veitscher Magnesit	208	209
Index	54,67	54,37

Kopenhagen

	19. 4.	18. 4.
Den Danske Bank	280,5	285
Jyske Bank	495	505
Kopenh. Handelsbk.	266,55	270,75
Novo Industri	2210	2185
Privatbanken	264	266,5
Ostasiat. Komp.	130	129,25
Dan. Sukkerfabr.	509,25	509,75
For. Bryggerier St.	835	840
Kgl. Porc. Fabr.	329	326

Brüssel

	19. 4.	18. 4.
Arbed	1218	1202
Brux. Lambert	1810	1815
Cockerill Ougrée	115	105
Ebes	2465	–
Gevaert	2160	2165
Kreditbank	5500	5490
Pétrofina	53,70	5470
Soc. Gén. d. Belg.	1635	1625
Sofina	4740	4745
Solvay	2685	2640
UCB	5275	5295
Index	121,92	122,80

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞–9⅛	4½–4¾	4⅛–4⅜
3 Monate	9 –9¼	4⅞–5⅛	4 –4¼
6 Monate	9⅛–9⅜	5 –5¼	4 –4¼
12 Monate	9¼–9½	5¼–5½	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 4.: Tagesgeld 4,8–4,9 Prozent; Monatsgeld 5,0–5,1 Prozent; Dreimonatsgeld 5,15–5,25 Prozent

Privatdiskontsätze am 19. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 19. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 19. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 19. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1365,00	1655,45
10 US-Dollar (Indian)**)	1028,00	1322,62
5 US-Dollar (Liberty)	418,00	568,39
1 £ Sovereign alt	250,00	305,10
1 £ Sovereign Elizabeth II	247,00	301,71
20 belgische Franken	189,00	247,47
10 Rubel Tscherwonez	261,00	323,18
2 südafrikanische Rand	245,00	299,45
Krüger Rand, neu	1093,00	1280,29
Maple Leaf	1092,00	1279,16
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	257,00	323,31
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	272,33
20 franz. Franken „Napoléon"	213,00	268,94
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1007,00	1211,36
20 österr. Kronen (Neuprägung)	204,00	253,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	137,86
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	469,00	569,52
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	145,03

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Am 19. 4. konnte der US-Dollar seinen Tageshöchstkurs von 2,46 zu Beginn des Handels nicht behaupten, Abgaben der Bundesbank sowie die erstmals in öffentlichem Rahmen stehende offene Frage, wer im August die Nachfolge des FED-Chefs Volcker antritt und die Tatsache, daß sich Volcker im Gegensatz zu seiner Regierung für Interventionen an den Devisenmärkten aussprach, führten zu einem Rückgang des Dollar-Kurses auf 2,4490. Der amtliche Kurs wurde mit 2,4503 festgestellt, wobei die Bundesbank 29,65 Mill. Dollar verkaufte. Der Französische Franc notierte mit 33,345½ Pfennig niedriger. Der Schweizer Franken fiel um 60 Pfennige auf 118,98 zurück. Das Britische Pfund stieg auf 3,827, womit fast das Niveau der ersten beiden Januartage erreicht wurde. US-Dollar in: Amsterdam 2,7595; Brüssel 48,85375; Paris 7,3520; Mailand 1458,45; Rom 17,2300; Zürich 2,0594; Pfund/Dollar 1,5618.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports am 19. April etwas erweitert, der Zinsabschwung fand vorerst ein Ende.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,03/0,93	2,57/2,47	4,98/4,78
Pfund/Dollar	0,17/0,14	0,40/0,36	0,60/0,55
Pfund/DM	2,60/1,20	5,50/4,10	9,80/8,40
FF/DM	32/16	78/62	161/145

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

Devisen und Sorten

19. 4. 83	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Wechs. Frankfurt Ankfs.-Kurse[4]	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,4463	2,4543	2,4250	2,41	2,50
London[1])	3,820	3,834	3,779	3,77	3,92
Dublin[1])	3,153	3,167	3,086	3,10	3,25
Montreal[3])	1,9772	1,9852	1,9597	1,94	2,03
Amsterd.	88,690	88,910	88,73	87,75	89,75
Zürich	118,880	119,080	118,98	117,75	120,50
Brüssel	5,067	5,027	4,946	4,89	5,11
Paris	33,265	33,425	32,635	32,50	34,50
Kopenh.	28,105	28,225	27,705	27,25	29,25
Oslo	34,240	34,360	33,64	33,50	35,25
Stockh.**)	32,640	32,800	32,25	31,75	33,50
Mailand[2]) **)	1,674	1,684	1,634	1,65	1,75
Wien	14,203	14,243	14,208	14,11	14,35
Madrid**)	1,798	1,808	1,737	1,70	1,82
Lissabon**)	2,495	2,515	2,27	2,10	3,00
Tokio	1,0285	1,0315	—	0,99	1,05
Helsinki	45,050	45,250	44,32	44,25	46,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,893	2,947	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,1180	2,1370	—	2,07	2,19
Johannesbg.*)	2,2370	2,2560	—	1,93	2,18

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet

Optionshandel

Renten meist nachgebend

Das Geschäft am Rentenmarkt verlief weiterhin schleppend. Irritierend wirkte der feste Dollar, wie überhaupt die Zinssituation in den USA als Haupthindernis für eine weitere Zurücknahme des deutschen Zinsniveaus gehalten wird. Öffentliche Anleihen bröckelten teilweise weiter ab. Dennoch werden der neuen Bayern-Anleihe mit ihrer Rendite von 7,5 Prozent Plazierungschancen zugemessen, obwohl die Marktrendite unter Banken im zehnjährigen Bereich wieder auf 7,8 Prozent gestiegen ist. DM-Auslandsanleihen gaben bis zu einem Viertelpunkt nach.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		19. 4.	18. 4.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,25	100,35
10 dgl. 73 II	11/83	102,6	102,6
7½ dgl. 72	2/84	101,55	101,55G
8 dgl. 72	9/84	102,6	102,2
8¼ dgl. 76	9/84	102,9	102,9G
6 dgl. 78 III	11/84	99,95	99,9
6½ dgl. 79	2/85	100,7	100,8G
8½ dgl. 73	2/85	104,1	104,1
7 dgl. 77	2/87	100,6	100,45

Bankschuldverschreib.

	19. 4.	18. 4.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	85G	85G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25
F 7½ Bakola Pf 104	101,95G	101,95G
9 dgl. Pf 106	106,5G	106,5G
10 dgl. Pf 108	111,8G	111,8G
7 dgl. KS 132	97,35G	97,35G
8 dgl. KS 155	101,5G	101,5G
9 dgl. KS 169	105,25G	105,25G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Anmerkungen: * Zinsen steuerfrei; Pf = Pfandbriefe; KO = Kommunalobligationen; KS = Kommunalschuldverschreibungen; IS = Inhaberschuldverschreibungen; RS = Rentenschuldverschreibungen; S = Schuldverschreibungen (Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Fester lagen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Durchweg Gewinne verzeichneten bis zur Berichtsstunde auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	18. 4.	15. 4.
Mai	345,50	349,25
Juli	357,00	359,75
Sept.	368,00	370,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	18. 4.	15. 4.
St. Lawrence 1 CW	237,91	237,66

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	19,75	18,77
Sept.	19,75	19,25

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	18. 4.	15. 4.
Terminkontr. Mai	124,15	124,20
Juli	123,85	123,70
Sept.	121,85	121,70

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Mai	117,75–117,85	116,55–116,65
Aug.	127,30–127,40	126,25–126,30
Okt.	135,65–135,70	134,25–134,40
Dez.	141,25–141,50	140,10–140,50
März	149,35–149,50	148,50–149,00
Mai	153,00–153,50	152,00–152,35
Umsatz	2291	2242

Öle, Fette, Tierprodukte

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	249,00	254,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	615,00	612,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Kautschuk London (p/kg)	18. 4.	15. 4.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,50	79,50–81,00
Mai	79,10–80,50	80,40–81,50
Juni	79,70–80,50	80,50–81,50
Juli/Sept.	80,30–80,50	81,10–81,50
Tendenz: leichter		

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

	19. 4.	18. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	349–354	345–348
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	386–389	381–384
MS 63	392–395	386–389

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

	18. 4.	15. 4.
6 Monate	822,05	826,95
12 Monate	859,00	865,00
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	271,45	273,20
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	81,00	79,25

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Zink (£/t) Kasse	452,50–453,00	450,50–451,00
3 Monate	467,50–468,50	464,50–465,50
Zinn (£/t) Kasse	8740–8750	8630–8640
3 Monate	8675–8680	8580–8585
Quecksilber $/fl.)	–	315–330
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	88–91

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,80 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Frechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Fußball-Europacup, Eishockey-WM: Heute ist der Tag der großen Spiele

Die einmalige Chance für ein Traumfinale

Ernst Happel, der Trainer des Hamburger SV, hat um 1000 Mark gewettet. Darauf, daß Juventus Turin das Europapokalfinale der Landesmeister erreicht. Wetten auf seine eigene Mannschaft schlug er aus: „Das Rückspiel wird noch ein schweres Stück Arbeit. Die Spanier werden sich mit allen Mann hinten rein stellen. Es werden 90 harte Minuten." Dennoch: Das Finale zwischen den Hamburgern und den Turinern, schon jetzt nicht nur in Deutschland als „Traumfinale" bezeichnet, ist wahrscheinlich. Es findet am 25. Mai in Athen statt. Und Happel beschwört seit Tagen seine Spieler: „Diese einmalige Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen."

Zwölf Mannschaften aus zehn Nationen

In den letzten Jahren war es sehr einfach, das Land zu nennen, aus dem die stärksten Fußballklubs Europas kommen. Mal war es Deutschland, mal England – aber jetzt? Im Halbfinale der drei Wettbewerbe stehen zwölf Klubs aus zehn Nationen. Spanien und Belgien sind zweimal vertreten, doch San Sebastian und Waterschei werden wohl ausscheiden. Die Spiele (in Klammern die Ergebnisse der Hinspiele), Landesmeister: Hamburg – San Sebastian (1:1), Lodz – Juventus Turin (0:2). – Pokalsieger: Waterschei – Aberdeen (1:5), Real Madrid – Austria Wien (2:2). – UEFA-Cup: Anderlecht – Bohemians Prag (1:0), Universitatea Craiova – Benfica Lissabon (0:0).

850 000 Spieler und gleich 65 000 Trainer

Die Sowjetunion war bisher 18mal Eishockey-Weltmeister, auch das Team der Bundesrepublik Deutschland wird es heute nicht schaffen, den Weg der Russen zum 19. Titel (das wäre Gleichstand mit Kanada) zu stoppen. Dennoch: Die deutsche Mannschaft hat oft gerade gegen die Russen ihre besten Spiele geboten und nur knapp verloren. Die Überlegenheit der UdSSR im Eishockey wird schon in diesen Zahlen deutlich: Zwischen Wladiwostok und Moskau gibt es 850 000 aktive Spieler, die in 27 000 Vereinen von 65 000 Trainern betreut werden. Bei dieser Talentförderung kein Wunder, daß Titel in Serie gewonnen werden.

Fußball oder Eishockey original im Fernsehen?

Fußball oder Eishockey, Europapokal mit dem Hamburger SV oder Eishockey-WM mit dem Spiel Bundesrepublik Deutschland – Sowjetunion? Das heute für den Sport zuständige Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) konnte gestern abend noch keine genauen Angaben darüber machen, welches Ereignis original übertragen wird. Da das „ZDF Magazin" auf 19.30 Uhr vorgezogen und wahrscheinlich eingekürzt wird, wird wohl dem Fußball der Vorrang gegeben werden. Der HSV beginnt um 20.00 Uhr, das Eishockey-Spiel um 20.15 Uhr. Auf alle Fälle: Aufzeichnungen des Ereignisses, das nicht original übertragen wird, gibt es nach dem „heute-journal".

Inter Mailand gibt Hansi Müller nicht frei

sid/dpa, **Hamburg/Mailand**

Eine wichtige Woche für den deutschen Fußball: In Hamburg spielt heute der HSV gegen Real Sociedad San Sebastian um den Einzug ins Europacup-Finale, in Izmir bestreitet die Nationalmannschaft am Samstag ihr Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen die Türkei. Während man beim Hamburger SV lediglich auf den verletzten Jürgen Milewski verzichten muß und guten Mutes ist, gibt es um die Nationalmannschaft erneut Ärger: Bundestrainer Jupp Derwall wird auf den bei Inter Mailand spielenden Hansi Müller verzichten müssen. Der italienische Fußballklub unterrichtete gestern den DFB, daß man den früheren Stuttgarter wegen des Meisterschaftsspieles am 24. April gegen AS Rom nicht freigeben könne.

Nationalspieler Jürgen Milewski wird auf der Tribüne des Volksparkstadions sitzen, wenn der deutsche Meister zum Halbfinal-Rückspiel gegen San Sebastian antritt. „Ich werde frühestens zum nächsten Bundesligaspiel gegen den VfB Stuttgart am 30. April wieder einsatzbereit sein", erklärte der 25jährige Stürmer, der wegen einer Zerrung und eines Blutergusses im rechten Oberschenkel ausfällt.

Einsatzbereit meldete sich Jimmy Hartwig bei Trainer Ernst Happel zurück, obwohl ihn ein fiebriger grippaler Infekt schwächt. Hartwig wird ebenso wie Torhüter Uli Stein und Horst Hrubesch vorsichtig sein müssen, da sie mit einer gelben Karte belastet sind.

HSV-Werbe-Chef Wolfgang Beyer rechnet mit rund 45 000 Zuschauern. Bis Montagabend waren 36 000 Karten abgesetzt worden. Das würde ein Gewinn von 900 000 Mark bringen, zu denen noch das Fernseh-Honorar in Höhe von 200 000 Mark kommt. Damit würden sich für den HSV Einnahmen von 2,6 Millionen Mark aus diesem Europapokal-Wettbewerb ergeben.

San Sebastian muß auf den verletzten Torschützen des 1:1 im Hinspiel, Gajate, verzichten. Auch Libero Corta Barria und Zamora sind nicht einsatzbereit. Trainer Ormaechea: „Es wird für uns sehr schwer, aber aufgegeben haben wir uns noch lange nicht."

Für Bundestrainer Jupp Derwall kommt es nun knüppeldick: Nach dem Ausfall Uli Stielikes muß er gegen die Türkei nun auch ohne Hansi Müller spielen. Inter Mailand unterrichtete den DFB gestern per Fernschreiben, daß Müller nicht freigegeben wird. Nach Erhalt des Telex erklärte DFB-Pressechef Dr. Gerhardt: „Wir werden nun die Europäische Fußball-Union und den italienischen Fußball-Verband einschalten." Nach den Richtlinien der UEFA wird dann eine Disziplinar-Instanz über eine mögliche Strafe für Inter Mailand entscheiden. Diese ist jedoch nur zuständig für Geldstrafen. Der zwischen dem DFB und Inter Mailand geschlossene Vertrag, gegengezeichnet vom italienischen Verband, sieht eine Freigabe Müllers für Pflichtspiele einer DFB-Auswahl zwingend vor. Bei Nichteinhaltung dieses Vertrages muß Inter Mailand 100 000 Mark an den DFB zahlen.

„Noch heute morgen rief mich Bundestrainer Jupp Derwall an und erklärte, wir sähen uns am Mittwoch", sagte Hansi Müller, als er von der Entscheidung seines Klubs erfuhr. Mailands technischer Direktor Giancarlo Beltrami: „Gegen Österreich am 27. April steht Müller der deutschen Elf selbstverständlich zur Verfügung."



Kühne Flieger, stoische Schweiger und Tretjak

DW. **Dortmund**

In der Dortmunder Westfalenhalle sind schon sieben Schutzscheiben aus Plexiglas gesplittert. Der Puck, eine Hartgummischeibe von 2,54 cm Höhe, 7,62 cm Durchmesser und 170 Gramm Gewicht, hat sie zerstört. Er wird von den Stars der Eishockey-Weltmeisterschaft mit Geschwindigkeiten bis zu 180 km/st abgeschossen. Ein gefährliches Ding also. Und wenn ihn Plexiglas-Scheiben schon nicht aufhalten können, von den Torhütern wird es schlichtweg verlangt. Und auffällig ist bei den bisherigen WM-Spielen in Dortmund und Düsseldorf, daß es wohl selten zuvor so viele gleichmäßig gute Torwarte gegeben hat.

„Super, einfach super", begeisterte sich Bundestrainer Xaver Unsinn an den Leistungen seiner beiden Torwarte Karl Friesen und Erich Weishaupt. Das sind zwei grundverschiedene Typen, die auch in den anderen Mannschaften vorkommen. Entweder sie sind wie Friesen – stoisch ruhig, mit sparsamen Bewegungen, dafür mit dem genauen Blick dafür ausgestattet, die Aktionen der Gegner genau zu analysieren, um im letzten Moment doch noch reagieren zu können. Oder sie sind wie Erich Weishaupt – fast ständig in Bewegung, schreiend, fluchend, temperamentvoll fliegend in ihren Schutz-Ausrüstungen, die ein Gewicht von rund 25 Kilogramm erreichen.

Der Schwede Pelle Lindberg ist ein ruhiger Mensch. Er ist Vollprofi in Kanada. Und mit seinem Klub, den Philadelphia Flyers, hätte er wohl lieber in der Endrunde der nordamerikanischen Meisterschaft gespielt als hier bei der WM. Doch weil sein Klub ausschied, kam er nach Deutschland. Jetzt spielt er emotionslos, schweigend sein Pensum herunter, als ginge ihn alles nichts an – mit weltmeisterlichen Paraden allerdings.

Einer wie Weishaupt ist der Italiener Jim Corsi. Er ist Schauspieler und Komiker, er liebt die große Geste. 10 000 Zuschauer lachten in Düsseldorf, als er im Spiel gegen die Bundesrepublik Deutschland dem sowjetischen Schiedsrichter Karandin auf einer Schlittschuhkufe entgegenhüpfte, den riesigen Fanghandschuh anklagend in die Luft gestreckt. Eine Geste des Protestes, wie seine Eiskunstlauf-Figuren Geste der Freude nach einem Tor der eigenen Mannschaft oder nach einer guten Parade sind.

Und dennoch: Die Mischung aus so extremen Typen scheint erst die absolute Spitze zu ergeben. Und sie verkörpert – immer noch – der 31 Jahre alte Russe Wladislaw Tretjak. Wenn der Puck auf seine linke Hand abgefeuert wird, ist er ein temperamentvoller Flieger, schraubt sich mit der schweren Montur federleicht in die Luft, um den Puck zu fangen. Er ist der beste Fänger, den es je gab. Und doch ist er die personifizierte Konzentration. „Der Charakter macht es bei ihm, ihn kann niemand richtig erklären. Tretjak ist eben Tretjak", sagt Trainer Tichonow. Der Torwart mit dem überragenden Talent ist auch der fanatischste Arbeiter im Team. Oft kommt er früher zum Training und bleibt auch noch eine halbe Stunde länger. „Der Ruhm wärmt", sagt Tretjak, „aber man muß aufpassen, daß er einen nicht verbrennt."

Wohl deshalb verkaufte er einen knallgelben Toyota, den er in Kanada geschenkt bekam. Der Wagen weckte Neid in Moskau und führte die Zuschauer dazu, ihren Helden auszupfeifen …

SKI / Nationalteam

Nun ohne Kinshofer

dpa, **München**

Die deutsche alpine Ski-Nationalmannschaft ist um einen Star ärmer: Christa Kinshofer, Slalom-Silbermedaillengewinnerin bei den Olympischen Winterspielen 1980 in Lake Placid und 1979 Weltcup-Riesenslalomsiegerin, ist mangels sportlicher Leistungen von der alpinen Rennsportkommission des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) aus dem Nationalkader ausgeschlossen und in die Fördermannschaft des Bayerischen Ski-Verbandes zurückversetzt worden.

Zum „Fall Kinshofer" sagte Sportdirektor Helmut Weinbuch, die alpine Rennsportkommission habe sich einstimmig diesem Trainervorschlag angeschlossen. „Es wurde verantwortungsbewußt und sachlich diskutiert." Neben Christa Kinshofer, die sich ausführlich vor der Rennsportkommission wegen ihrer Nichtnominierung äußern konnte, seien auch Peter Renoth (Berchtesgaden) und Stefan Pistor (Weissenbrunn) in den Landesverband zurückgestuft worden. Die Athleten hätten die Chance, sich im Herbst erneut zu qualifizieren.

Fünf Damen und vier Herren umfaßt der A-Kader der Nationalmannschaft, der praktisch die Olympia-Kernmannschaft darstellt. Diesen Status haben bereits Irene Epple, Maria Epple (beide Seeg), die beiden Junioren-Weltmeisterinnen Michaela Gerg (Lenggries) und Marina Kiehl (München). Bei den Herren sind nur Frank Wörndl (Sonthofen) und Sepp Wildgruber (Oberaudorf) sichere Olympia-Kandidaten.

STAND ● PUNKT

Den Männern auf der Spur

Es war der Engländer Jim Peters, der im Jahre 1954 auf der klassischen Strecke von Windsor nach Chiswick als erster Mann die Marathonstrecke unter 2:20 Stunden zurücklegte. 2:17:39,4 Stunden wurden damals für die 42,195 km gestoppt.

Nun sind die Frauen drauf und dran, so schnell wie einst Jim Peters zu laufen. Beim klassischen Boston-Marathon gewann die 25jährige amerikanische Meisterin Joan Benoit in 2:22:42 Stunden. Das ist neue Weltbestzeit, denn offizielle Weltrekorde werden auf dieser Distanz nicht geführt. Erst am Sonntag hatte die Norwegerin Grete Waitz in London mit 2:25:29 Stunden die alte Höchstleistung der Neuseeländerin Alison Roe egalisiert.

Die Entwicklung im Marathonlauf der Frauen eskaliert zur Attacke. Die Frauen, für die Langstrecken ohnedies eher disponiert als die Männer, stürmen deren Rekord-Barrikaden im Geschwindeschritt.

Die Siegerin von Boston ist dafür ein Paradebeispiel. Vor vier Jahren, als sie zum ersten Mal in Boston rannte, war sie zwar Zweite, aber rund eine Viertelstunde langsamer als diesmal. Auch einige Operationen an den Achillessehnen haben die 1,60 m große und nur 48 Kilogramm leichte Dame nicht von ihrer Rekordjagd abhalten können, die sie sich mittlerweile mit Gagen bis zu 20 000 Dollar entlohnen läßt.

Warum auch nicht. Der Marathonlauf ist den Damen schließlich lieb und teuer geworden. K. Bl.

NACHRICHTEN

Sigurvinsson bleibt

Stuttgart (sid) – Der 27 Jahre alte isländische Nationalspieler Asgeir Sigurvinsson verlängerte seinen Vertrag mit dem Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart bis zum 30. Juni 1987. Günther Schäfer unterschrieb für zwei weitere Jahre.

Wieder Todesopfer

Heidelberg (sid) – In der Heidelberger Uni-Klinik erlag Bernhard Bürkle (Kiel) seinen schweren Kopfverletzungen, die er sich beim Sturz am Sonntag in Speyer zugezogen hatte. Die Zahl der Todesstürze in dieser Motorrad-Saison erhöhte sich damit auf fünf.

Bis Dezember gesperrt

Dortmund (sid) – Hans Rampf, der Trainer der deutschen Eishockey-Junioren, ist vom Council des Internationalen Eishockey-Verbandes bis zum 31. Dezember 1983 gesperrt worden. Rampf hatte beim Vier-Nationen-Turnier in Varese seine Mannschaft zum Spielabbruch gegen die Schweiz veranlaßt.

Neuer Trainer in Berlin

Berlin (dpa) – Neuer Trainer beim Handball-Bundesligaklub Reinikkendorfer Füchse soll ab 1. Juli der Jugoslawe Pero Janjic werden. Der frühere Cheftrainer Peter Frank wird die Mannschaft bis zum Saisonende betreuen.

Polen-Besuch bei Weyer

Frankfurt (sid) – Eine engere Zusammenarbeit auf sportwissenschaftlichem und sportmedizinischem Sektor sowie die Vorbereitung der Europäischen Sportkonferenz in Belgrad (5. bis 10. Oktober) standen im Mittelpunkt zweitägiger Gespräche, zu denen Polens Sportminister Marian Renke mit DSB-Präsident Willi Weyer in Frankfurt zusammentraf.

Popp verschlief Turnier

Bournemouth (sid) – Seinen Auftakt zum Grand-Prix-Turnier in Bornemouth (England) verschlief der Frankfurter Tennisspieler Wolfgang Popp. Er kam zu seinem Spiel 70 Minuten zu spät und wurde gestrichen.

Knosp verletzt

Budapest (sid) – Ringer-Europameister Martin Knosp (Urloffen) mußte die Freistil-Europameisterschaften abbrechen. Er zog sich bei den Titelkämpfen in Budapest beim Training einen Adduktoren-Anriß zu.

Hockey im Fernsehen

Kuala Lumpur (DW.) – Das Halbfinalspiel der Damen-Hockey-Weltmeisterschaft zwischen Deutschland und Holland in Kuala Lumpur wird heute ab 15.10 Uhr im Rahmen einer „ARD-Sport-Extra"-Sendung im Fernsehen übertragen.

ZAHLEN

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1: 1 189 857,00 Mark, 2: 148 732,10, 3: 7127,70, 4: 116,30, 5: 8,90. – **Toto, Elferwette:** 1: 75 315,30, 2: 1525,30, 3: 108,20. – **6 aus 45:** 1: unbesetzt, 2: unbesetzt, 3: 4952,30, 4: 81,20, 5: 7,70. – **Rennquintett, Pferdetoto:** 1: 207,00, 2: 134,80. – **Pferdelotto:** 1: 194,80, 2: 8,00. – **Kombinationsgewinn:** unbesetzt. (Ohne Gewähr)

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Los Angeles, Finale: Gene Mayer (USA) – Kriek (Südafrika) 7:6, 6:1. – Doppel, Finale: McEnroe/Fleming (USA) – Sandy Mayer/Taygan (USA) 6:1, 6:1.

Frage an Smyslow: „Warum die saudumme Eröffnung?"

LUDEK PACHMAN/DW. **Velden**

Elf Unentschieden, ein Sieg für den deutschen Großmeister Robert Hübner, ein Erfolg für Ex-Weltmeister Wassili Smyslow aus der Sowjetunion – diese Bilanz des Viertelfinales im Schach-Kandidatenturnier zeigt vor der letzten Partie (bei Redaktionsschluß noch nicht beendet) den zähen, manchmal sogar langweiligen Kampf.

Dem 62 Jahre alten Smyslow konnte man auch in der 13. Partie, der dritten in der Verlängerung, keinen mangelnden Kampfgeist vorwerfen. Er wagte ein zweischneidiges Figurenopfer, das zu einem interessanten Endspiel führte. Nach dem Spiel, so meldet die „Deutsche Presse-Agentur", mußte sich Smyslow die Vorwürfe seines Delegationsleiters Juri Awerbach anhören: „Weshalb haben Sie eine so saudumme Eröffnung gespielt?" Smyslows Antwort: „Ich habe mir schon selbst die größten Vorwürfe gemacht."

Die Notation, angenommenes Damengambit, Smyslow Weiß:

1.d4 d5,

Dieses System wählt Hübner sehr selten, offenbar wollte er seinen Gegner in der Schlußphase des Wettkampfes überraschen.

2.c4 dxc4, 3.Sf3 Sf6, 4.Da4+ …

Eine von Aljechin stammende Fortsetzung. Danach ist die Erwiderung Sc6 meines Erachtens am inhaltsreichsten. Zum Beispiel: 5.Dxc4 Lg4, 6.e3 e6, 7.Le2 Ld6.

4. … c6, 5.Dxc4 Lf5, 6.Sc3 e6, 7.Db3 Db6, 8.Dxb6 axb6, 9.Sh4 …

Damit sichert sich Smyslow das Läuferpaar, aber die schwarze Stellung bleibt elastisch.

9. … b5!, 10.Sxf5 exf5, 11.e3 Sbd7, 12.Ld3 g6, 13.0-0 Sb6, 14.Ld2 Le7, 15.Tfc1 0-0,

Schlecht wäre sofort Sc4?, 16.Lxc4 bxc4, 17.a4! und der Bauer c4 ist nicht zu retten.

16.b3 Ta3!?

Damit provozierte Hübner direkt das scharfe Figurenopfer. Offenbar wünschte auch er mehr als nur ruhigen Ausgleich.

17.Lxb5? cxb5, 18.Sxb5 Taa8, 19.Tc7 Sbd5, 20.Txb7 Tfc8, 21.a4 Tc2, 22.Le1 Tac8, 23.Sa7 Tc1, 24.Sxc8 Txa1, 25.Sxe7+ Sxe7, 26.Kf1 Sed5, 27.Ke2 f4!

Dieser Gegenangriff sichert Hübner ein ausreichendes Gegenspiel.

28.a5 Kg7, 29.exf4 …

Was sonst? Nach 29. b4 wäre fxe3, 30.fxe3 Ta2+, 31.Kd3 Ta3+, 32.Kc4 Sxe3+, 33.Kc5 Se4+, 34.Kc6 Sc2 mit großen Komplikationen gefolgt.

29. … Sxf4+, 30.Kf3 Sxg2, 31.Kxg2 Txe1, 32.b4 Ta1, 33.Ta7 Sd5, 34.b5 Ta3, 35.h4 Sf4+, 36.Kh2 Th3+, 37.Kg1 Tb3, 38.b6 Se2+, 39.Kg2 Sxd4, 40.Tc7, Se6, 41.Tc8 Sf4+, 42. Kh2 Sd5, 43.Td8 Sxb6, 44.axb6 Txb6, 45.Td7 Tb3, 46.Kg2 h6, 47.f3 g5, 48.hxg5 hxg5, 49.Kg3 Kg6, 50.Td6+ f6, 51.Tc6 Td3, 52.Ta6 Kf5, 53.Ta5+ Ke6, 54.Ta6+ Kf7, 55.Ta5 Kg6, 56.Ta6 Td7, 57.Kg4 Td4+, 58.Kg3 Kf7, 59.Ta7+ Kg6, 60.Ta6 Tb4. – Remis.

Tragische Komödie: „Die Roppenheimer Sau"

Schlachtfest am Rhein

Herbst 1939: In der Nähe des elsässischen Dorfes Roppenheim haben auf beiden Seiten des Rheins deutsche und französische Soldaten Stellung bezogen. Einst Nachbarn über die Grenze hinweg, werden diese Männer jetzt gezwungen, sich als Feinde zu betrachten. Das Wetter ist miserabel, Frauen und Familien sind fern. Außer sporadischem Maschinengewehrfeuer tut sich nichts an der Front.

Um ihre eintönige Kost aufzubessern, jagen die Deutschen ein Wildschwein. Die Sau flüchtet über den Rhein und wird von den Franzosen gefangen. Auf gallischer Seite gibt es aber keinen Metzger, der die Sau zerlegen könnte, und so rudern nachts zwei Franzosen über den Rhein und schlagen den verblüfften Deutschen ein Tauschgeschäft vor: Metzger gegen Friseur. Die Deutschen willigen ein. Im Morgengrauen wechseln drei Franzosen im Austausch mit drei Deutschen das Rheinufer. Anfängliches Mißtrauen wird bald überwunden, das Fest genossen. Man kommt einander näher, verwünscht den Krieg, möchte in Frieden miteinander leben. Abends kehren die Soldaten aus dem jeweils feindlichen Lager zurück. Das Schießverbot auf der deutschen Seite wird aufgehoben, die Nachbarn müssen wieder Feinde werden, der Krieg im Westen nimmt seinen Lauf.

Die Roppenheimer Sau – ARD, 20.15 Uhr

Regisseur Eberhard Itzenplitz, durch zahlreiche Fernsehinszenierungen bekannt geworden, von denen etliche preisgekrönt wurden, – erinnert sei beispielsweise an die „Dubrow-Krise" (1968), „Tod im Studio" (1971), „Der Abituriententag" (1973), „Die Fastnachtsbeichte" (1976) oder „Die neuen Leiden des jungen W." (1975) – will seinen Film, der im übrigen auf einem authentischen Ereignis beruht, nicht als vordergründige Landser-Komödie verstanden wissen, „eher als Tragödie von Menschen, die Soldaten sein müssen. Hilflos und scheu, fast zärtlich begegnen sie einander, flüchten in das merkwürdig solidarische Gefühl, das der Deutsche Bühler aus Hemingway zitiert: ‚Wir hatten niemals Angst, wenn wir zusammen waren.' Sie spüren das Bedürfnis nach Zuneigung und Geborgenheit, das man gemeinhin Kameradschaft nennt. Doch der Meißel der Tragödie ist der Tod (Ernst Bloch). Er hat hier nichts mit Langemarck, nichts mit Fahnen, Jubel und Trommelschlag zu tun, er kommt still und lautlos."

„Die Schinken in Burgunder, die Côtelettes de Marcassin à l'Alsacienne, in Riesling gebadet, mit einem Kräuterbouquet und etwas Knoblauch parfümiert, mit Pfifferlingen und Perlzwiebeln aufgetragen", schwärmen die Franzosen. Und so karikiert das Schlachtfest durch seine vitale Trivialität für kurze Zeit alle Feindparolen. hel.

Der Deutsche Metzger Laible (Horst Bergmann, l.) zerlegt die Sau fachmännisch FOTO: URSULA RÖHNERT

STUDIO

Der neue Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Wolf Feller, will mit dem Dritten Fernsehprogramm in Bayern der ARD **„ziemlich rigoros Konkurrenz machen"**. Zwar seien mehr Auslandsberichte von eigenen Korrespondenten im Bayerischen Fernsehen schon aus Kostengründen schwer realisierbar, doch solle das Gesamtprogramm in den politischen Sparten spürbar aktueller werden, sagte Feller vorgestern abend im Münchner Presse-Club. Andere öffentlich-rechtliche Medien oder privates Fernsehen könnten für den Bayerischen Rundfunk (BR) nur das Geschäft beleben.

Ein neues Programm- und Strukturschema, mit dem das Dritte Programm in Bayern noch eigenständiger werden soll, sei für den 1. Januar 1984 in Vorbereitung. Danach soll künftig stärker die große Unterhaltung gepflegt werden, kündigte Feller an. Der frühere ARD-Korrespondent in Italien sprach sich dagegen aus, in jeder einzelnen Sendung nach Ausgewogenheit zu suchen. Diese Probleme müsse vielmehr in Kontinuität und beim Gesamtprogramm beurteilt werden. Feller ist Nachfolger von Rudolf Mühlfenzl, der Direktor des neuen Münchner Kabelfernsehens wurde. (dpa)

*

Auf vollen Touren laufen in München die letzten Vorbereitungen für das größte Musik-Spektakel der Welt, den am Samstagabend anstehenden **„Grand Prix Eurovision de la Chanson"**. Einige Länder proben in der Rudi-Sedlmayer-Halle schon seit Wochenbeginn den Ernstfall: Technik und Akustik müssen stimmen, wenn Fernsehstationen den Sänger-Wettstreit live in mehr als 30 Staaten rund um den Globus übertragen und so 500 bis 600 Millionen Zuschauer erreichen.

Am Samstag wird sich dann zeigen, ob die Bundesrepublik als Organisator des diesjährigen Grand Prix bestehen kann. Sie richtet diesmal den Sängerwettbewerb aus, weil die 17jährige Saarländerin Nicole vor zwölf Monaten mit dem Schlager „Ein bißchen Frieden" den Sieg beim Grand Prix errang. (dpa)

KRITIK

Ganz schön üblich

Michael Schanze haben wir gehabt. Blacky Fuchsberger haben wir gehabt. Wie wäre es mit einer Kreuzung: Ein paar Takte Schanze, eine Frittentüte voll Blacky; das Ganze unternäht mit der glatten Studioroutine der Mainzer Suppenküche, und schon steht die neue Unterhaltungssendung mit Dieter Kürten: **„Ganz schön mutig"** (ZDF).

Mutig ist immer gut, und da der eine mutiger ist als der andere, kommt bei einer Sendung, in der Kandidaten und Studiogäste ihren Mut offenbaren, eine Art sportlicher Wettstreit zustande. Nur ist es schwierig, das Courageproblem eines jeden unter einen Hut zu bringen. Sind Jeanette und ihr Gast aus dem Parkett mit ihren Riesenschlangen mutiger als die muntere Hausfrau, die ohne Vorübung in der Fensterputzerkanzel am Funkturm Scheiben wienert? Ist der Kürten mutig, weil er ins Sprungtuch hopst oder ist es eigentlich mehr diese Frau Brück, die früher mit Schnulzen handelte und nun für Jesus Christus eintritt?

Gewiß stellt Kürten diese Frage nicht. Er will nur Spaß machen, das was man im täglichen Elektronendeutsch Unterhaltungssendung nennt. Doch auch da reicht es nur knapp. Denn – halten zu Gnaden, lieber und verehrter Herr Kürten – es ist alles schon bis zum Überdruß über unsere abgewetzten Bildschirme gelaufen, und daß Sie es nun etwas charmanter wiederholen, das allein reicht nicht.

VALENTIN POLCUCH

Quälendes aus Alaska

Eigentlich wollte Winnie (Hans Heinz Moser) nur rasch nach New York, eine Vernissage zu eröffnen und in acht Tagen zurück sein. Das hat er seinem Hund versprochen. Im Flugzeug lernt Winnie Rosa (Gisela Weilemann) kennen, schläft mit ihr und folgt ihr nach Alaska, wo sie ihren Bruder sucht. **Point Hope** an der Beringstraße wird für Winnie zum Point of no return. In dieser archaischen Winterlandschaft, in der der Künstler mit seiner barocken Fülle fast grotesk deplaziert wirkt, kommt er um, erfriert im Schneesturm.

Unfall oder Selbstmord? Das bleibt offen wie so vieles in diesem Film (ZDF), wiewohl einiges für ein schleichendes Hindrängen zum Selbstmord spricht. Winnie hat sich in der harten Landschaft verändert, hat sich offenbar mit der depressiven Endstimmung des toten Bruders identifiziert, nachdem Winnie und Rosa dessen letzte Tonbandaufnahmen gefunden haben.

Das alles wird in einer quälenden Starre geschildert. Gäbe es nicht Filmschnitte – die Handlung wäre um keinen Millimeter vorangekommen. Nichts von seinen Absichten hat Regisseur Wolfgang Panzer verwirklichen können. Er hat weder die Grundwerte aufgezeigt, die dort oben fürs Überleben nötig sind, noch hat er Winnies Abkehr von seiner bisherigen Welt nachvollziehbar machen können. Handlungsfetzen voller Belanglosigkeiten ergeben noch keinen Film.

KNUT TESKE



ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Eishockey-WM
11.25 Die Montagsmaler
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.10 ARD-Sport extra
Halbfinale Hockey-Weltmeisterschaft der Damen in Kuala Lumpur Bundesrepublik Deutschland – Niederlande
16.10 Tagesschau
16.15 Schaufenster der Welt
Bericht über die Hannover-Messe 1983
17.00 Klamottenkiste
17.15 Da schau her!
17.45 König Rollo
Die Suche
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Roppenheimer Sau
Fernsehfilm von Dorothee Dhan
Mit Werner Moser und Horst Bergmann u. a.
Regie Eberhard Itzenplitz

21.45 Globus – Die Welt von der wir leben
Sp(r)itzenleistung in Feld und Garten
Eine Sendung von Hanjo Düring und Alfred Thorwarth
Zu dem Motto „Save our soils – Rettet unsere Böden", das über allen sechs „Globus"-Sendungen des Jahres 1983 steht, bietet „Globus" im April konkrete Hinweise und praktische Beispiele für einen aktiven Bodenschutz. Denn Böden reagieren empfindlich auf äußere Einflüsse: Je nach Struktur und Beschaffenheit können sie früher oder später durch die intensive Nutzung von Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau oder Weinbau ausgelaugt sein.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Gewandhaus zu Leipzig und sein Orchester
Bericht von Klaus Lang und Rudolf Lange
23.50 Tagesschau

ZDF

15.10 Mosaik
Vom ersten bis zum letzten Zahn
16.00 heute
16.04 Anderland
Die Wann- und Warum-Karola
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Das Amulett des Maori (2)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Nino de Angelo
Anschl. Das geht Sie an
Kühl gerechnet: Was kostet Autofahren wirklich?
17.50 Rauchende Colts
Ben Slocum (Teil 1 und 2)
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute

19.30 ZDF-Magazin
Themen: Schulden überrollen die Bundesbahn/Tod eines Transitreisenden muß geklärt werden/ Aufbereitung von Kernbrennstoff ist technisch gelöst

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

20.15 Sport aktuell
Sportübertragung entweder Halbfinale im Fußball-Europapokal Hamburger SV – Real San Sebastian oder Eishockey-Weltmeisterschaft mit dem Spiel Bundesrepublik Deutschland – Sowjetunion
dazwischen heute-journal mit Mittwochlotto
22.40 Fußball-Europapokal
Halbfinale, Rückspiele
23.50 heute

III.

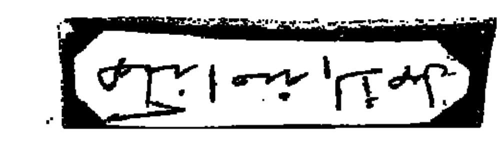
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
22.15 Spätvorstellung
Alles in Butter
Franz. Spielfilm, 1972
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Vogelmord
19.15 Lebensraum Ostsee (1)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Subventionen oder Sterbehilfe?
22.05 Der Film-Club
Dauernd Ferien
Amerik. Spielfilm, 1980
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.30 Fauna iberica
18.55 Peter
19.00 Kopfball
19.30 Antiquitäten in Serie
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Zukunft 2000 (1)
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Club 2

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Feuerzeit
20.15 Sammelsurium
21.00 Hitchcock: Psycho

BAYERN
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 Sezgin
19.45 Poldark (1)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
23.20 Rundschau



Lady Dicks Schulterzuck

rr. – Die Tagesthemen genügen nicht – jedenfalls einer Journalistin, die das Prädikat „ernsthaft“ in Anspruch nehmen möchte. Also wechselt sie zu einer Illustrierten. Aber zwischen beiden Varianten des journalistischen Tagewerks tat sich für Barbara Dieckmann unvermutet eine Lücke auf.

„Lady Dick“ ließ sich davon nicht irritieren. Das hat sie von den anderen Damen des Show-Gewerbes gelernt. Den Blick fest auf Jane Fondas Aerobic-Erfolge gerichtet – oder war sie auf Sydne Rome fixiert? –, schlüpfte sie in ein bonbonbuntes Trikot und turnte vor. So verrät es uns jedenfalls das Cover des Plattenalbums „Aerobic mit Barbara Dieckmann“. Von ihr lernen wir nun zu Max Gregers Bigband-Sound die Feinheiten des „Schulterzuck“ oder der „Kerzenschere“, um zur guten Figur zu gelangen. Die Herren und die Damen des Deutschen Fernsehens wissen eben, wie man gute Figur macht. Und sie wissen auch, wie man alles besser macht – als die da in Amerika.

Aber damit ist es noch nicht getan. Frau Dieckmann bewegt sich nicht nur nach Musik, sie macht inzwischen auch noch welche. „Der Zauberlehrling“, nennt sich sinnig das Trallala der Barbara. Das gibt es sogar auf Platte. Und da Plattenproduzenten von der Publicity leben, sollte dieses Werk – branchentreu – auch via Bildschirm lanciert werden. Von Sangesauftritten Barbara Dieckmanns bei Fuchsberger, Hildebrandt oder Biolek war schon die Rede.

Barbara Dieckmann, künftige Bürochefin des „Stern“ in Bonn, wollte von alledem auf einmal nichts wissen. „Aus Spaß habe ich gesungen“, ließ sie verlauten, so als ob sie von der ganzen Plattengeschichte keine Ahnung hätte. Dem drängenden Bitten eines Kollegen – anders kann es ja nicht gewesen sein – wollte sie sich dann allerdings doch nicht versagen. Und so war sie mit zartem (böse Zungen behaupten sogar: piepsigem) Stimmchen in „Bitte umblättern“ auf dem Bildschirm zu sehen und zu hören.

So bleibt also doch die Frage: „Stern“ oder Sternchen?

Trier: Tagung „Kirchenmusik und Architektur“

Orgel aus der Steckdose

Hinter dem akademischen Titel „Kirchenmusik im Kirchenraum – der architektonische Ort der Kirchenmusik“ hätte man soviel Aktualität und brisante Thematik kaum vermutet, wie sie die gleichnamige Tagung der Kölner Künstler-Union in Trier zur Diskussion stellte.

Sie wurde eröffnet mit einem Referat von Franz Ronig über den „architektonischen Ort der Kirchenmusik vom vierten Jahrhundert bis zur Gegenwart“. Darin verbanden und durchdrangen sich kirchen-, kunst-, architektur- und musikgeschichtliche, theologische und liturgische Aspekte zu einem ersten umfassenden Versuch über dieses Thema. Von der christlichen Antike in Ost und West bis zu den modernen Kirchen- und Orgelbauten unserer Tage, das heißt: von Aquileja und Abu Mena über den Kirchenbau der Karolinger, der Gotik und Renaissance, von der Sixtinischen Kapelle bis zu Ottobeuren, der Dresdner Hofkapelle unter Schütz und St. Thomas in Leipzig, endlich bis zur jüngsten Renovierung des Trierer Domes, über die er als verantwortlicher Domkonservator genau Bescheid weiß, verfolgte Ronig sein Thema.

Grundsätzlich bestimmt natürlich die Liturgie den Kirchenraum und gibt der Kirchenmusik die entscheidenden Impulse. Aus vielen Beispielen aber ging hervor, daß nicht selten der künstlerisch-musikalische Wille sich die Räume und ihre Einrichtungen schuf, aus anderen, daß auch umgekehrt mitunter die Vielfalt vorgegebener Raumformen die Musiker inspirierte. So wäre es, um nur dieses Beispiel herauszugreifen, durchaus denkbar, daß die Doppel- und Dreichörigkeit der Bachschen Matthäus-Passion von der räumlichen Disposition der Thomaskirche angeregt sein könnte.

Der historischen Pluralität stellt die Gegenwart eine neue, kaum vorherzusehende Problematik gegenüber. Sie ist als Erfahrung im Prinzip nicht unbekannt, und die Kirche hatte sich zu allen Zeiten damit auseinanderzusetzen, von der romanischen Einstimmigkeit über die Mehrstimmigkeit des Mittelalters, die A-cappella-Polyphonie der Renaissance und den Generalbaß-Stil des Barocks oder, anders betrachtet, von der ursprünglich allein zugelassenen Orgel aus Byzanz bis zu den großen konzertanten Chorwerken und Messen – etwa von Haydn, Mozart, Beethoven, Bruckner, Berlioz und anderen –, die den liturgischen Rahmen sprengten und deswegen im Konzertsaal ihren ungemäßen Platz fanden.

So erinnerte der Salzburger Professor Josef Friedrich Doppelbauer an ein Wort Richard Wagners, der einmal beklagte, daß man Mendelssohns „Paulus“ nicht in der Kirche aufführen könne, denn im Konzertsaal werde das Werk nur als ernste Musik aufgenommen, seine religiöse Dimension aber käme erst in der Kirche zur Geltung. Für ihn, Doppelbauer, gehört die außerliturgische religiöse Musik durchaus in die Kirche und nicht in den Konzertsaal.

Einmütig waren die Fachleute in der Feststellung, daß pseudoreligiöse Musik keineswegs in die Kirche gehöre. Gemeint sind neuere Werke und Tendenzen, die das geistige Element vernachlässigen zugunsten einer anthropozentrischen, nicht selten orgiastischen Musik, mit der sich vor allem auch der römische Gastreferent Gabriel Steinschulte in seinem Beitrag über die „Problematik neuer Musikformen“ auseinandersetzte.

Hier spätestens bekam die Tagung jene Brisanz, die auch in vielen Pfarrgemeinden bereits heftige Diskussionen auslöst über mögliche Fehlentwicklungen oder Bereicherungen der Liturgie und des kirchlichen Lebens etwa durch die sogenannten Sacro-Pop-Festivals in Kirchen.

Diese Sacro-Pop-Bands, so Steinschulte, werfen mit ihrem Zwang zur elektronischen Klanggestaltung, ihrer Frontaleinstellung zum Zuhörer und ihrem Drang zur optischen Wirkung nicht allein liturgische, sondern auch architektonische Probleme auf, etwa mit der fatalen Konsequenz, daß die Kirchen zu Video- und Hi-Fi-Studios umfunktioniert, Orgel und Chor durch die Steckdose ersetzt werden, der Priester sich in einen „liturgischen Disk-Jockey“ verwandelt. „Wenn man sich für alle neuen Entwicklungen offen hält“, warnte Steinschulte unter Hinweis auf amerikanische Zustände, „kann man als Kirchen nur noch Mehrzweckhallen bauen.“

EO PLUNIEN

„Othello“ unter Lietzau am Wiener Burgtheater

Blaues Blut, weiße Haut

Eine nicht unumstrittene Erklärung für „blaublütig“ greift auf das frühe Spanien zurück. Die dort herrschenden Mauren hätten sich der weißen Urbevölkerung gegenüber unbewußt unterlegen gefühlt. Und der Umstand, daß bei diesen unter der weißen Haut das blaue Blut durchschimmerte, habe zu einer Klassifizierung geführt. Der arabische Schriftsteller Albert Memmi schreibt in seiner Autobiographie „Die Salzsäule“ auch, niemals werde er die Abkunft aus einer anderen Rasse überwinden können. Und genau dieser Komplex ist es, den Norbert Kappen in der von Hans Lietzau überaus klar gegliederten Aufführung von Shakespeares „Othello“ im Wiener Burgtheater ergreifend anschaulich macht. In Worten und in der Gestik, endlich in gelegentlichen Anfällen von Raserei.

Er, Othello, hatte gemeint, durch die Ehe mit Desdemona, in ihrer Liebe, den Eingang in die andere Welt gefunden zu haben, aber im Innersten flackert das Mißtrauen, das von Jago mit infamer Raffinesse geschürt wird. Daß Joachim Bißmeier dem Jago nichts von einem dämonischen Zuschnitt gibt, sondern fast unauffällig agiert, liegt sicher in der Linie des Regisseurs, der zeigen will, wie schon beiläufige Einflüsterung die furchtbarste Explosion im Herzen Othellos entzünden kann. Bißmeier spielt diese Rolle geradezu mit Selbstverleugnung.

Ähnlich der Desdemona von Sunnyi Melles; sie bleibt, folgerichtig für die Handlung, lange blaß und eher deklaratorisch, erst in den letzten Szenen mit ihrer Eigendynamik und der bewußt undramatischen „Hinrichtung“ der unschuldigen Frau kommt ihr Können zur Geltung. Es geht aber eben nicht um ein Eifersuchtsdrama, sondern um die heute wie je gültige Fremdheit der Rassen untereinander, die Shakespeare – damit über seine literarische Vorlage, die des Giraldi Cintio, hinausweisend – so eindrucksvoll vor Augen führt.

Daß es ein Problem auch unserer Zeit ist, hat der Bühnenbildner Hans Kleber mit einer leeren Shakespearebühne, angereichert lediglich mit Requisiten wie Weinflaschen und Holzkistchen, anschaulich gemacht. Wohl in Übereinstimmung mit der Kostümbildnerin Frieda Parmeggiani, die für die Darsteller eine unserem Alltag entsprechende Haartracht vorschrieb. Man nimmt das hin, es müßte nicht sein, aber der unerhörte Eindruck des Shakespearschen Werkes trägt darüber hinweg. Überzeugend war, auch von der Figur her, die Gestaltung, die Robert Meyer dem Rodrigo angedeihen ließ, während der Cassio Wolfgang Pampels leider nicht die Ausstrahlung hatte, der man eine sozusagen rassisch bedingte Neigung Desdemonas hätte zuschreiben können, die einmal in einer ihrer Gesten, aber sichtlich unbewußt, aufleuchtet.

Lietzau gab nicht nur in der Idee, sondern auch in der getreuen Wiedergabe des Textes dem Dramatiker Shakespeare sein volles Recht. Allerdings ergab dies auch retardierende Momente. Im Programmheft wird eine Schilderung Fontanes von einem Londoner Theaterbesuch wiedergegeben, wo er sich über die Turbulenz im Zuschauerraum beschwert, aber trotz aller Unterbrechungen einen starken Gesamteindruck behält. Was Shakespeare einkalkuliert haben mag.

ERIK G. WICKENBURG

„Beim Malen muß man fest auf der Erde stehen“ – Zum neunzigsten Geburtstag von Joan Miró

Er lauscht der Natur ihre Träume ab

Von den größten Künstlern, die die Bildsprache unseres Jahrhunderts prägten, leben nur noch wenige. Einer, der große Poet und Träumer unter ihnen, wird heute 90 Jahre. Er ist ein stiller Mensch. Sein Leben ist verblüffend einfach und ruhig, es hat kaum originelle und anekdotische Züge, sein Werk aber hat bewegt, gewirkt, beeinflußt. Joan Miró, am 20. April 1893 in Barcelona geboren, hat zunächst alle „Ismen“ des frühen 20. Jahrhunderts durchlaufen: Fauvismus, Realismus, Dadaismus, Surrealismus; seine unverwechselbare Handschrift, bei der die Dinge als zeichenhafte Vokabeln vor der Leinwand zu schweben scheinen, ist jedoch von Anfang an festgelegt.



„Das Plastische überwinden, um zur Poesie zu gelangen“: Joan Miró FOTO: KARSH/CAMERA PRESS

Den Entschluß, Maler zu werden, hat Miró – zum Leidwesen seiner Eltern – schon als Kind gefaßt. Nach einem kurzen Studium an der Kunstakademie Barcelonas, die wenige Jahre früher auch Picasso besucht hatte, läßt er sich, kaum zwanzigjährig, in seiner Heimatstadt als freier Maler nieder. Es entstehen einfache Stilleben und Landschaften unter dem Einfluß Cézannes und der Fauves, etwas später minuziös gezeichnete Szenen des katalanischen Landlebens, die eher den Zöllner Rousseau in Erinnerung rufen.

Zurückgezogen im kleinen Dorf Montroig, wo seine Eltern eine Farm besitzen, spürt er der Wirklichkeit der ihm so vertrauten Landschaft nach und bringt mit unendlicher Liebe und Geduld ihre mediterrane Poesie und ihr strahlendes Licht zum Ausdruck. Obwohl der Maler hier nicht geboren ist, wie so oft geschrieben wird, haben Montroig und sein Hinterland die Bildung seiner Persönlichkeit und die Entwicklung seiner Kunst entscheidend geprägt. Viele seiner Charakterzüge lassen sich nur im Zusammenhang mit der katalanischen Abstammung erklären.

Immer wieder hat sich Miró selbst darauf berufen. „Der katalanische Charakter“, erklärt er einmal, „hat keine Ähnlichkeit mit dem von Málaga oder einer anderen Gegend Spaniens. Er ist sehr erdnah. Wir Katalanen meinen, man muß die Füße fest auf den Boden stemmen, wenn man in die Luft springen will.“

Als Miró 1919 endgültig nach Paris übersiedelt, kehrt er jeden Sommer in den elterlichen Bauernhof zurück, um in der Abgeschiedenheit die mitgebrachten Eindrücke mit dem Erlebnis dieses Bodens in seinen Bildern zu verschmelzen. Wie für so viele Künstler seiner Generation wird die Seine-Stadt zum Scheitelpunkt seines Lebens. Paris ist der Ort notwendiger Entwurzelung, an dem der Maler seinen Platz innerhalb der Zeit findet. Es ist der Ort intellektueller Befruchtung, von dem er den Blick über den Horizont der Berge und der Avantgarde Barcelonas erheben kann.

Nacheinander und gleichzeitig lehnt er sich an die Kubisten, an Picasso, an Picabia, entdeckt bald Aquarelle von Paul Klee in einer Pariser Galerie und besucht eine Kandinsky-Ausstellung. Dann nimmt er Fühlung mit den Surrealisten auf, mit Max Ernst und André Masson, der sein Ateliernachbar ist. Zugleich sucht er Kontakt zu literarischen und muskalischen Kreisen. „Ich war viel mit Dichtern zusammen“, schreibt er rückblikkend, „denn ich hielt es für notwendig, das Plastische zu überwinden, um zur Poesie zu gelangen.“ Aragon, Breten, Eluard, Henry Miller, Ezra Pound und Hemingway, der seinen „Bauernhof“ von 1922 erwarb, gehören zu seinen Freunden, während ihn die Musik Stravinskys tief berührt.

Und dann – man schreibt das Jahr 1924 – erfolgt der Durchbruch zum eigenen, individuellen Stil. Miró gehört zu jenen Malern, die ihre Bilder aus dem „psychologischen Automatismus“ steigen lassen, steht also den Surrealisten nahe. An diesen fesseln ihn das Automatische und Spontane, die Provokation des Zufälligen, er nimmt jedoch Abstand von deren Widersprüchlichkeiten und deren illustrativer Malweise.

Mirós Formen sind größer, lapidarer und werden – anders als bei Dali oder Tanguy – immer abstrakter. Es ist zudem nicht die irreale Welt der Träume, die ihn interessiert, sondern das Naturmythische. Gestirne, phantastische Fisch- und Vogelwesen, die gekrümmte Linie des Firmaments, um die die Sonne kreist, Insekten, Grashalme – das werden die unverwechselbaren Vokabeln seiner Bilder. Zu lyrisch gestimmt, um die fertigen Formen der Natur unverfremdet zu übernehmen, entwickelt er – als scheinbar Abstrakter – einen geheimnisvollen, doch zugleich lichten Mikrokosmos, der in den berühmten „Constellations“ der vierziger Jahre seinen Höhepunkt findet.

Als ihn die Gruppe „Abstraction – Creation“ in ihre Reihen aufnehmen möchte, lehnt Miró ab. „Malen muß man fest auf der Erde stehend, denn die Kraft steigt durch die Füße auf“, sagt er und beharrt auf dem schmalen Pfad zwischen Bestimmbarem und Unbestimmbarem. Miró ist ein hellwacher Träumer, der die Natur mit der gleichen Intensität beobachtet wie die Wirklichkeit um ihn herum. Während seine Bildwelt heiter und voller Leichtigkeit ist, nimmt er mitleidend an dem politischen Geschehen teil. So malt er in der Zeit des spanischen Bürgerkrieges sein bekanntes Plakat „Helft Spanien“. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs will er wegen des Franco-Regimes zunächst in die USA ausweichen, kann sich aber dann doch nicht von seiner Heimat trennen. Völlig zurückgezogen, läßt er sich auf Mallorca, der dritten wichtigen Station seines Lebens, nieder.

In dem leuchtenden Meer Mallorcas und seinem einzigartigen Licht findet man den Schlüssel zu Mirós beschwingten Linien und heiterer Poesie. Was das Meer anschleppt, sammelt der Künstler auf langen Spaziergängen, um es im Atelier in Gemälde, Skulpturen oder Keramiken zu verwandeln. Mit nur wenigen Tuschestrichen, Tupfern und Flecken, mit ein paar Linien und strahlenden Grundfarben verbindet Miró elementare Ausdruckskraft mit hoher Artistik. Wie kaum ein anderer Künstler unseres Jahrhunderts ist Miró kindlich-spontan und intellektuell zugleich.

MARIANA HANSTEIN

Béjarts neues Ballett „Mare Nostrum“ in Brüssel

Ein Sirtaki zum Retsina

Mit unbedeutenden Themen hat der Choreograph Maurice Béjart sich niemals abgegeben. Zu seinen mehr als 60 Werken, die er für das Brüsseler Ballett des 20. Jahrhunderts seit dessen Gründung vor 23 Jahren geschaffen hat, standen meist die großen Namen der Philosophie, Literatur und Musik Pate. Diesmal versucht er sich in einer neuen Einfachheit, aber keineswegs anspruchsloser. Mit „Thalassa-Mare Nostrum“ will er die „tiefe kulturelle Einheit des Mittelmeer-Raums“ beschwören.

Das Publikum im weiten Rund des Königlichen Circus zu Brüssel erlebt allerdings eher eine folkloristische Reise ums Mittelmeer in zwei Stunden. Béjart benötigt keine Ausstattung und kaum Requisiten. Ihm genügen weiße oder schwarze Kostüme oder auch ein paar farbige Umgänge, um auf der leeren Arenabühne acht Stationen des Mittelmeer-Tourismus zu markieren. In rasch wechselnder Besetzung schickt er seine 55 Tänzer aus dem sonnigen Italien des Antonio Vivaldi in die perfekt inszenierte Ekstase eines Tanzes türkischer Derwische.

Kaum hat man in der schlanken rotgewandeten Gestalt der Tänzerin Kyra Kharkevitch die Erscheinung der Rose als Symbol des Vorderen Orients erkannt, erklingt bereits zu spanischer Gitarrenmusik ein Liebesgedicht von Pablo Neruda. Orginell oder neu sind die tänzerischen Erfindungen nicht, wohl aber von handwerklicher Präzision. Die Handschrift Béjarts entbehrt bei der tänzerischen Kreuzfahrt jedoch nicht einer unfreiwilligen Komik. Wenn der immer noch unbestrittene Star der Compagnie, Jorge Donn, zum Gesang des ägyptischen Superstars Oum Kalsoum sich Elemente des Bauchtanzes anverwandelt oder im blaugestreiften Seemannshemd zu Worten Béjarts und süßlichen Walzerklängen von Nino Rota die Liebe der Matrosen tanzend verklärt, dann vermutet man die Reeperbahn mit Hans Albers oder Freddy Quinn gleich um die Ecke.

Nach einem Pas de deux in Syrien endet die Reise – wie könnte es anders sein – in Griechenland. Zu „Zehn griechischen Tänzen“, die Mikis Theodorakis in bewährter Fließbandarbeit eigens für Béjart arrangiert hat, dürfen die Brüsseler Tänzer ihre unvergleichliche Virtuosität ausstellen. Sie fühlen sich wohl im Folkloretanz, den der große Meister mit Pirouetten, Sprüngen und Hebungen kräftig aufgemotzt hat. Und auch das Publikum fühlt sich wohl, wenn es die heile Mittelmeer-Welt Maurice Béjarts im Sirtaki-Rhythmus beklatschen kann. Zur allgemeinen Glückseligkeit fehlt nur noch ein Gläschen Retsina-Wein. Für „Mare Nostrum“ wird Béjart gewiß keinen der vorderen Plätze in seinem Œvre beanspruchen. Selbstkritisch, wie er sein kann, hat er bereits darauf verzichtet, den choreographischen Ausrutscher in voller Länge außerhalb Belgiens zu zeigen. Allein die „Zehn griechischen Tänze“ werden auf Tourneen belegen, wie nahe Béjart am touristischen Puls der Zeit ist.

ALBIN HÄNSEROTH

Doch wieder Schwabing: M. Gies' Film „Danni“

Beim Fummeln versauert

Man nehme einen jungen Mann, ein Mädchen, ein abbruchreifes Haus und zwei Betten. Heraus kommt der Film „Danni“, der Erstling von „Tatort“-Autor Martin Gies. Man begegnet sich und geht zuerst in das eine, dann in das andere Bett. Die Dialekt-Einfärbung und die Nummernschilder der Autos lassen keinen Zweifel aufkommen: So lebt man in München-Schwabing. Wer man ist, wie man heißt, was man so treibt, erzählt man sich später.

Dann kommt freilich auch schon der Katzenjammer – um so heftiger, als die junge Dame, sogleich zum Einziehen bei ihrem Stefan bereit, nicht arbeitet und „sauer“ ist, wenn ihre Eltern kein Geld mehr schicken wollen. Sie gammelt, sie ist nicht einmal fähig, das Haus zu verlassen oder sich zu beschäftigen – Frau Saubermann hätte in Dannis Küche stundenlang zu tun. Ihr einziger Lebensinhalt ist Stefan, jedenfalls unterhalb des Gürtels. Zu sagen hat man sich nicht das Geringste.

Und selbst wenn: Der farblose Held, dem wir glauben sollen, er sei Redakteur beim Rundfunk, ist dermaßen maulfaul, daß es dazu nicht käme. Alles ist ihm „egal“, zu Entschlüssen ist er sichtlich völlig außerstande. Wenn die Dinge „nicht so laufen“, wie er sich das vorstellt, reagiert auch er „sauer“.

Der Regisseur, der – Ehrensache! – auch das Drehbuch schrieb, ist natürlich dahintergekommen, daß selbst verdoppelte Säuernis wenig abendfüllend ist, so apart das trostlose Gehäuse dieser verkorksten Liebe auch unter immer neuen Beleuchtungen ins Bild gerückt wird. Aber er hat sich wohl nicht recht klargemacht, daß man „sauer“ kaum steigern kann. Dennoch versucht Gies, wenn auch vergeblich, die Entwicklung einer regelrechten Psychose in Bildsequenzen umzusetzen: Etwas anderes freilich als immer lauteres Gebrüll, das Gies offenbar für Dramatik hält, kommt nicht heraus.

Dabei hätte ein wenig gedanklicher Aufwand und die daraus folgende Distanz den Streifen möglicherweise doch noch retten können. Schließlich schildert der Film – mit zwei ausdrucksstarken Darstellern – die wahrhaft erbärmliche Situation zweier Menschen (und mit ihnen einer ganzen Generation), die sich selbst nicht in den Griff bekommen, weil ihnen die Sprache fehlt. Eine entsetzliche, mit Disco-Sound und Automobil fadenscheinig getarnte seelische Nacktheit, die die körperliche als Mittel zur Abhilfe ansieht und dennoch auch diese zu sagen außerstande ist und deshalb nur haltlos schreien kann und in den eigenen Emotionen versinken muß.

Doch darauf hat wohl der (keineswegs unbegabte) Regisseur den kritischen Finger doch nicht legen wollen. Zu ambitiös, um einen soziologischen Befund lediglich zu illustrieren, hat er seine nur auf den Dingen – und damit auf der Oberfläche – verweilende neonaturalistische Optik für das adäquate Verfahren gehalten.

Das stellt sich, leider, als Irrtum heraus.

KATHRIN BERGMANN



Eine Frau, die weiß, was sie wert ist: Dionne Warwick FOTO: WATSON/CAMERA PRESS

Die Pop-Diva Dionne Warwick startet in Hamburg ihre Europa-Tournee

Hier weiden sich Augen und Ohren

Sie habe sich sagen lassen, Deutsche seien besonders erpicht auf Zugaben. Die seien bei ihr aber prinzipiell nicht drin. Was sie zu geben habe, gäbe sie im Konzert, und dann sei Schluß. Nach 90 Minuten war's das auch im Hamburger CCH: Lady Dionne hatte Wort gehalten, ein Frau, die weiß, was sie will und was sie wert ist, die Ex-Präsidenten wie Gerald Ford oder Lyndon Johnson zu ihren Freunden zählen kann, bei Prinzessin Margret in London ihren Diener machte und mit Diana Ross, Liza Minnelli und Joan Collins „Denver Clan“ in Blitzlichter lächelt.

Aber die Sängerin Dionne Warwick (41) ist deshalb noch lange nicht einfach nur so etwas wie eine Regenbogenpresse-Heldin à la Club 54, Beverly Hills oder ähnliches aus der hübschen, hohlen Glitzerwelt. Diese farbige Interpretin, geboren in East Orange, New Jersey, und seit 21 Jahren in ihrem Beruf, trägt das Wort „Künstlerin“ vollkommen zu Recht. Jeder Zoll eine Dame, kultiviert bis in die Fingernägel, Intellektuelle und Show-Göttin in Personalunion, singt sie mit so viel Kraft, Nuancenreichtum, gutem Geschmack und fast schon literarischer Sensibilität, daß man im Parkett ein Gefühl von Achtung und gar Ehrfurcht entwickelt, das ja normalerweise angesichts amerikanischer Bühnengrößen aus dem populären Bereich nicht gerade üblich ist.

In Hamburg begann Dionne Warwick nun eine Mammuttournee, die sie kreuz und quer durch Europa führen und sie gerade nicht so zeigen wird, wie viele es erwarten werden: Ihren Rhythm & Blues hat sie zu Hause gelassen, hat statt dessen mitgebracht, was jene zu schätzen wissen, die beispielsweise gern den Liedern des Schreiber-Gespanns Burt Bacharach / Hal David oder ihres neuen Partners Barry Gibb (BeeGees) lauschen. So durfte sich diese Diseuse, die Ohren- und Augenweide zugleich ist, bewundert fühlen von Kennern sanfterer Klänge, deren Reiz darin besteht, die Grenzen zwischen Blues, Pop und Jazz gekonnt verwischt zu haben. In diesem Crossover ohne harte Kanten, gestutzt von fünf Instrumentalisten und zwei Background-Vokalisten, ist Mrs. Warwick Meisterin.

Und sie weiß das. Vor dem Publikum zu katzbuckeln hat die von Preisen und Auszeichnungen verwöhnte Frau nicht nötig, wirkt manchmal sogar streng oder herb, wenn sie Erläuterndes zu ihren Songs bietet, und verfügt über einen Humor, der zwar ebenfalls den leisen Nuancen huldigt, trotz aller Verhaltenheit aber dennoch immer wieder zu verstehen gibt, daß sie eine Frau ist, deren Ehrgeiz gerade noch zusammengehalten wird durch ein ausgeprägtes Bewußtsein für Form.

Dennoch: Die Zuhörerschaft fügte sich dieser starken Persönlichkeit frag- und klaglos und ließ sich regelrecht in Bann schlagen. Und nicht tosender Beifall, sondern verhaltener Applaus, der von Bewegtheit zeugte, entließ diese großartige Künstlerin in die Fortsetzung ihrer großen Tournee (22. 4. München, 28. 4. Mannheim, 29. 4. Essen).

ALEXANDER SCHMITZ

JOURNAL

Pulitzer-Preise in New York vergeben

AP, New York

Die „Washington Post“ und die „New York Times“ erhielten bei der 67. Verleihung der Pulitzer-Preise durch die Columbia-Universität je zwei Auszeichnungen für ihre Berichterstattung. Den Preis für internationale Berichterstattung teilten sich Thomas Friedman von der „Times“ und Loren Jenkins von der „Post“ für ihre Meldungen über die israelische Invasion Libanons und deren Folgen. Alice Walker erhielt als erste Farbige den Pulitzer-Preis für Belletristik – für ihren Roman „The Color Purple“. Der Kolumnist Russell Baker von der „New York Times“ wurde für seine Autobiographie „Growing Up“ mit der Auszeichnung geehrt. Der Preis für ein herausragendes Theaterstück ging an „Night Mother“ von Marsha Norman.

Auf Johannes Brahms' Spuren in Wien

dpa, Wien

„Johannes Brahms in Wien“ ist der Titel einer Ausstellung, die im Archiv der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien eröffnet worden ist. Anhand von Dokumenten, Handschriften und Bildern wird das Leben und Wirken des Komponisten in Wien und Österreich dargestellt. Dabei konnten viele bisher unbekannte Dokumente und etliche Neuerwerbungen vorgestellt werden. Die Wohnungen und die Lebensführung in Wien, wo sich der Komponist sehr wohl fühlte, werden genau dokumentiert, der große Kreis der Freunde und Kollegen vorgestellt.

Festlicher Sommer der Münchner Philharmoniker

DW. München

Zum erstenmal veranstalten die Müncher Philharmoniker in diesem Jahr einen „Festlichen Sommer“, der sechs Konzerte zwischen dem 16. Juni und dem 21. Juli umfaßt. Drei Programme stehen unter der Leitung von Sergiu Celibidache, darunter eine Aufführung von Mahlers Kindertotenliedern mit Brigitte Fassbaender. Eugen Jochum leitet Brahms' Alt-Rhapsodie mit Janet Baker und Bruckners Neunte, Werner Egk zwei Aufführungen von Orffs „Carmina Burana“.

Moderne Kunst im Palazzo Grassi

MvZ. Venedig

Im Palazzo Grassi (Venedig) zeigen und verkaufen einige der wichtigsten internationalen Galerien moderner Kunst in diesen Tagen 800 Werke des 20. Jahrhunderts. Das teuerste Objekt dieser Sima (Salone Internationale dei Mercanti d'Arti Contemporanea) genannten Verkaufssalons ist Mondrians Bild „New York City“ (3 Milliarden Lire), das billigste der Katalog (Verlag Marsilia, 20 000 Lire).

Ernest Bour 70

Er ist der Gegentypus des Pultvirtuosen. Dirigentische Selbstdarstellung verabscheut er, sein Dirigieren – übrigens stets ohne Taktstock – kommt ohne ausladende Gestik aus. Ernest Bour gehört zu den Orchester-Leitern, für die Sachbezogenheit und Unauffälligkeit oberstes Gebot sind. „Selbstverleugnung um des Werkes willen“ hat ihm der französische Komponist Pierre Boulez attestiert. Boulez ist beileibe nicht der einzige zeitgenössische Komponist, dessen Werke von Bours Sachbezogenheit profitieren. Von 1964 bis 1979 war Bour Chefdirigent des Südwestfunk-Sinfonieorchesters, allein in dieser Funktion leitete er knapp 60 Uraufführungen.

Obwohl Ernest Bour zu Recht als Spezialist in Sachen Neue Musik gilt, hat er immer wieder auch auf die klassische und romantische Tradition zurückgegriffen. Besonders gern dirigierte er französische Komponisten, Haydn und Mozart, Schubert und Schumann.

Unter zeitgenössischen Komponisten ist sein kritischer Blick gefürchtet. Unter Verlagsleuten nicht minder: Auch in klassischen Werken kommt er mit unfehlbarer Sicherheit editorischen Schlampereien auf die Spur. „Am Rande jeder neuen Partitur, die er studiert“, schrieb der Komponist Wolfgang Rihm über Ernest Bour, „entstehen Punkte, Kreise und Kreuzlein: die vorgefundenen Fehler im Text. Da ist es für jeden Komponisten trostreich zu erfahren: In Haydn-Partituren findet E. B. fast genauso viele Fehler.“ Ernest Bour hat heute seinen 70. Geburtstag.

St. H.

Gras wächst über Dubuffet-Plastik

dpa, Versailles

Über Jean Dubuffets Großraumplastik „Sommersalon“ im Innenhof der Automobilfirma Renault wird weiterhin Gras wachsen. Obwohl ein Gericht nach einem achtjährigen Rechtsstreit im März endgültig die Vollendung des an eine Mondlandschaft erinnernden Werks verfügt hatte, genügt jetzt dem Künstler der moralische Sieg. „Ich will mein Werk, das so schnöde behandelt wurde, niemand gegen seinen Willen aufzwingen. Das Schönste bleibt jetzt die Erinnerung“, erklärte der 82jährige Vater der „art brut“. Das noch unvollendete Kunstwerk aus Beton und Kunstharz war 1974 nach einem Direktionswechsel bei Renault wegen angeblicher technischer Mängel unter einer Betonhaube verschwunden und später mit Rasen überdeckt worden.

Auch Fälscher schätzen die Deutsche Mark

Polizei vermutet die Mafia auch hinter dieser Kriminalität / Internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Blüten

KNUT TESKE, Wiesbaden

Die Zeit, da kleine Hobbyfälscher, Bastler und Tüftler in ihren Waschküchen Geld oder Münzen nachmachten, ist vorbei. In den vergangenen Jahren hat sich der Typus des Geldfälschers radikal gewandelt. Herstellung und Verbreitung sind kommerzialisiert worden und liegen in den Händen internationaler Gangstersyndikate. Grund genug für die Polizei, auch beim Kampf gegen „Blüten" zur Zusammenarbeit über die Grenzen zu kommen.

Im Bundeskriminalamt (BKA) Wiesbaden, wo sich kürzlich wieder europäische Experten trafen, schätzt man, daß weltweit mehrere hundert Millionen Mark Falschgeld im Umlauf sind. Die beliebtesten Währungen der Fälscher sind der US-Dollar, weil er so leicht nachzumachen ist, und die Deutsche Mark, deren Stabilität die Falschgeldhersteller reizt.

Die inzwischen erreichten Größenordnungen dieses Zweiges des internationalen Verbrechens zeigen zwei Fälle aus Italien: In Bologna wurde 1977 eine Werkstatt ausgehoben, in der, wie Fachleute nach dem Abnutzungsgrad der Rotationsmaschinen schätzten, 100-Mark-Scheine im Nominalwert von 200 Millionen Mark gedruckt worden sind. Davon hat man bislang, wie das BKA jetzt bekanntgab, erst knapp 30 Millionen Mark aus dem Verkehr gefischt.

Doch trotz der Zunahme weltweiter Fälscheraktivitäten bleibt die Zahl der aus dem Verkehr gezogenen Blüten, die von der Bundesbank jährlich veröffentlicht werden, bescheiden. 1981 fielen im Zahlungsverkehr der Banken ganze 2896 nachgemachte deutsche Banknoten im Wert von 219 000 Mark auf; dazu kamen 17 172 falsche Münzen im Wert von 34 000 Mark – nichts, wenn man das mit dem Jahresumlauf aller deutschen Banknoten – 83,8 Milliarden Mark – beziehungsweise aller Münzen – 7,8 Milliarden Mark – vergleicht.

Immerhin aber betrug die Zunahme der Falschmünzen gegenüber 1980 nahezu 100 Prozent. Bei den Scheinen waren es nur wenige hundert mehr.

Falschgeld-Spezialisten der Polizei aus den zehn größten Industrienationen treffen sich jedes halbe Jahr zu Arbeitstagungen. Aus dem Ostblock stießen inzwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn dazu.

Im Hintergrund des Fälschergewerbes wird auch die Mafia vermutet. Kurioserweise schließt die Polizei dies gerade aus der Tatsache, daß ihr bislang die Beweise dafür fehlen. Herstellung und Absatz seien „mafia-like", wie es ein BKA-Fahnder formulierte: Die Fälscherringe sind streng hierarchisch gegliedert. Keiner der kleinen Ganoven kennt seine Vorgesetzten, geschweige denn die Auftraggeber. Der „Vertrieb" ist in Absatzbezirke unterteilt. Typische Mafia-Methoden sind darüber hinaus: Erpressung und Bedrohung von Mittätern. Im Falle von Verhaftungen wird Kaution gestellt beziehungsweise für Rechtsbeistand und auch für Familienmitglieder gesorgt.

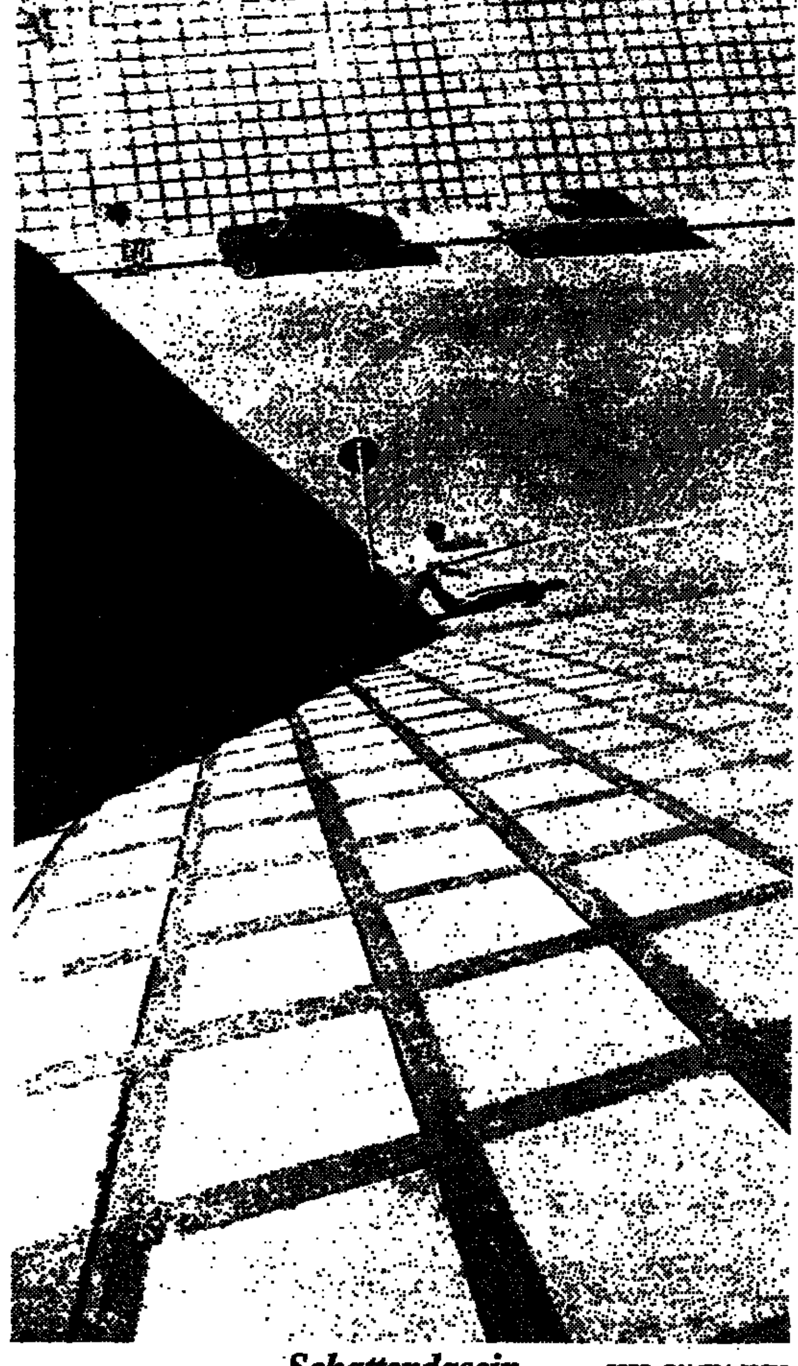
Das nach Deutschland eingeschleuste Geld kommt hauptsächlich über Südfrankreich und Spanien aus Italien, Schwarzafrika und Südamerika. Die größte „Abschußrampe" für Falschgeld bleibt Kolumbien, wo offenbar mit Billigung der Behörden alle lohnenswerten Währungen, allerdings mit Ausnahme der D-Mark, nachgemacht werden. Acht von zehn falschen US-Dollar entstehen hier.

Wenn es in Deutschland nicht syndikatseigene Hehler sind, die etwa an Autobahnraststätten versuchen, falsche Scheine in Umlauf zu bringen, so werden oft Gastarbeiter, Geschäftsleute und Touristen arglos oder wissentlich zu Falschgeldimporteuren.

Zu erkennen sind Blüten an ihrem lappigen „Griff", sie sind meist zu glatt, zu dick oder zu dünn – von falschen Prägemerkmalen, fehlendem Wasserzeichen und schlecht getroffenen Farben abgesehen. Geldstücke klingen dumpf (BKA-Jargon: „Platsch" statt „Bing") oder heller („Klingeling" statt „Bing").

Die Methoden, über Handlanger Blüten abzusetzen, muten geradezu mühsam an im Vergleich zu den Tricks, mit denen in Entwicklungsländern ganze Vermögen gemacht werden. Auf dem schwarzen Kontinent liegt denn nach Erkenntnissen der Fahnder auch das ganz große Geschäft der Dunkelmänner.

Variante 1: Waren werden in großem Stil mit Falschgeld bezahlt. Variante 2: Falschgeld wird „als Sicherheit" hinterlegt; dafür kassieren Ganoven, getarnt durch ehrbare Firmenadressen, einen Aufbaukredit, mit dem sie dann auf Nimmerwiedersehen verschwinden.



Schattendasein FOTO: CAMERA PRESS

Wiens tanzende Hengste trotzen dem Todesvirus

Chef der Hofreitschule: Keine Rede von Existenzbedrohung

KURT POLLAK, Wien

Für Aufregung sorgte in Wien die Erklärung zweier Professoren der veterinärmedizinischen Universität in Wien, wonach die tödliche Pferdevirus-Seuche „Rhinopneumonitis", der bisher im Lipizzaner-Gestüt von Piber/Steiermark 37 Stuten und Fohlen zum Opfer fielen, nun auch auf die Hengste der Spanischen Hofreitschule in Wien übergegriffen hätte. Dazu sagte der Chef der weltberühmten Lipizzaner-Truppe, Brigadier Kurt Albrecht, der WELT: „Ich weiß nichts von einer Erkrankung unserer Hengste. Der von den beiden Tierärzten auf Grund von Blutproben festgestellte angebliche Virenbefall ist in Wahrheit eine Antikörperbildung im Blut der Hengste nach einer leichten Erkrankung vor einiger Zeit. Die Hengste sind dadurch sogar immun."

Die Befürchtungen, daß durch eine Ausbreitung der Pferdeseuche die Spanische Hofreitschule in ihrer Existenz gefährdet sein könnte, zerstreut der Lipizzaner-Chef: „Wir verfügen über 35 ausgebildete Hengste, von denen 16 bis 20 jeweils an den Vorführungen teilnehmen. Der Bestand an bereits teilweise ausgebildeten Hengsten beläuft sich außerdem auf 80 bis 85 Pferde, von denen bereits ein Drittel fast voll ausgebildet ist. Außerdem befinden sich im Gestüt Piber so viele Jahrgänge von jungen Hengsten, daß wir überhaupt keine Nachwuchssorgen haben."

Das gelte selbst dann, wenn wegen der Seuche unter den Stuten die diesjährige Decksaison ausfallen sollte und damit ein ganzer Jahrgang fehlte.

Junghengste werden vom dritten Lebensjahr an in die „erste Klasse" der „Hohen Schule" in Wien aufgenommen. Ihre Ausbildung zu „Ballett-Tänzern" dauert etwa fünf Jahre. Albrecht: „Ich kann den vorhandenen Hengstnachwuchs ausbildungsmäßig gar nicht verkraften. Von einer Existenzbedrohung des ‚weißen Pferde-Balletts' kann daher überhaupt keine Rede sein."

Gerüchte, daß es in den Stallungen in der Wiener Hofburg mit der Hygiene nicht zum besten bestellt sei, dementiert Brigadier Albrecht: „Jeder kann sich täglich davon überzeugen, mit welcher Sauberkeit unsere Hengste gehalten werden." Von einer vorbeugenden Impfung, die in letzter Zeit häufig gefordert wird, hält der Hofreitschul-Chef nicht viel: „Erkrankungen durch den ‚Rhinopneumonitis'-Virus hat es immer wieder gegeben. Durch prophylaktische Impfungen besteht immer die Gefahr, daß einzelne Tiere die Impfung nicht vertragen und erst dadurch erkranken und dann den gesamten Bestand anstecken könnten."

Daß in Piber derart viele Stuten der Seuche zum Opfer fielen, sei auf eine Schwächung der allgemeinen Konstitution kurz vor der Geburt zurückzuführen. „Unsere Hengste sind natürlich widerstandsfähiger." Der Lipizzaner-Experte hat jedoch sicherheitshalber angeordnet, daß die regelmäßigen Führungen in den Lipizzaner-Stallungen der Wiener Hofburg vorerst eingestellt werden.

Neuer Anlauf für mehr Sicherheit auf zwei Rädern

Viele gute Ideen sollen Zahl der Kinderunfälle senken

PETER SCHMALZ, München

Ein feuerrotes Tretmobil soll helfen, die hohen Unfallzahlen bei radfahrenden Kindern und Jugendlichen zu senken: Nach zweijähriger Bastelarbeit mit zwei deutschen Fahrradherstellern präsentierte der ADAC gestern in München das erste Sicherheitsfahrrad, das nach bisherigen Erkenntnissen optimalen Schutz vor Verletzungen bietet, ohne den Spaß am Radeln zu verderben. Das neue Sicherheitsrad wird bereits Anfang Mai im Handel sein.

Nach der Statistik scheint es dafür höchste Zeit, denn in keinem anderen europäischen Land verunglücken so viele Kinder unter 15 Jahren wie in der Bundesrepublik. Und seit 1960 hat sich die Zahl der verunglückten Radfahrer je 100 000 Einwohner von 81 auf 194 mehr als verdoppelt. 20 615 Fahrradunfälle mit Kindern unter 15 Jahren wurden im vergangenen Jahr registriert, 225 Kinder starben dabei.

Oft war Leichtsinn oder mangelnde Verkehrstüchtigkeit der Kinder die Unfallursache, häufig waren aber auch die Fahrräder selbst schuld an schweren Verletzungen. „Das Wort Sicherheit setzt sich in der Fahrrad-Industrie nur sehr langsam durch", rügt Dieter Franke von der ADAC-Abteilung „Fahrzeug-Technik". Kein Wunder: Die Firmen hatten während des Zweirad-Booms der letzten Jahre genug zu tun, um auch nur die Nachfrage zu befriedigen.

Inzwischen stellte der Autofahrer-Club einen 30-Punkte-Katalog für Sicherheitsräder auf, der in dem neuen Tretmobil verwirklicht ist. Der Drahtesel ist weithin erkennbar, knallrot lackiert, die Räder sind vorn und hinten teilweise verkleidet. Katzenaugen lassen das Rad auch nachts auffällig strahlen. Neuartige Halogenlampen sind mit einer unter dem Sattel verborgenen Standlichtanlage gekoppelt und können auch beim Warten an der Ampel noch vier Minuten lang leuchten. Ein zusätzlicher weißer Front-Reflektor an der Lenkstange läßt das Rad sogar bei kaputtem Dynamo im Schein des Gegenverkehrs deutlich aufleuchten.

Das große Rücklicht fällt auf gelber Kontrastfarbe auch tagsüber auf und wird verstärkt durch einen zusätzlichen Rückstrahler am Gepäckträger. Drei Bremsen sorgen für schnellen Stopp: Eine Rücktrittbremse und je eine Felgenbremse mit regensicheren Bremsklötzen an Vorder- und Hinterrad.

Weicher Prallschutz am Lenker und an der Querstange (bei Herrenrädern) sollen bei einem Sturz schwere Verletzungen verhindern. Gegen die gefährlichen Bauchfellverletzungen, die sich Kinder häufig beim Sturz an die Lenkstange zuziehen, sollen verformbare Handgriffe mit kugelförmigen Enden helfen. Die Schutzbleche wurden abgerundet und von allen scharfen Kanten befreit.

Doch die Sicherheit hat auch ihren Preis: Das neue Rad mit 24-Zoll-Felgen (ab 13 Jahre) kostet fast 500 Mark und damit ungefähr 100 Mark mehr als herkömmliche Drahtesel.

LEUTE HEUTE

Heimliches Fest

Hollywoodstar **Faye Dunaway** (42) („Bonnie and Clyde") hat sich heimlich trauen lassen. Der Auserwählte ist der Londoner Prominentenfotograf **Terry O'Neill**. Die beiden haben bereits einen zwei Jahre alten Sohn. Faye und O'Neill lernten sich vor zwölf Jahren in Spanien kennen, als der Fotograf die Darstellerin bei Dreharbeiten für den Western „Doc" fotografieren wollte.

Zehnmal Silber

Josef Neckermann, agiler Motor der Stiftung Deutsche Sporthilfe, hat Grund zur Freude: Der Erlös des gestern in Frankfurt vorgestellten offiziellen Münzen-Programms der Olympischen Spiele 1984 wird schätzungsweise 350 000 Mark in die Kasse der Sporthilfe fließen lassen. Damit ist für ein Jahr die Förderung der jetzt schon benannten 42 Mitglieder der deutschen Olympiamannschaft sichergestellt. Die Entwürfe für die zehn Silbermünzen stammen von **Salvador Dali**.

Chef-Pokal

Generalbundesanwalt Professor **Kurt Rebmann** gewann einen von ihm selbst gestifteten Siegerpokal beim Skatturnier der Bundesanwaltschaft. Rebmann erzielte 845 Punkte. Der zweite Sieger erreichte nur 799.

Paul muß zahlen

Ex-Beatle **Paul McCartney** muß nach einer Entscheidung des Amtsgerichts Schöneberg in Berlin der 20jährigen **Bettina Hübers** monatlich 705 Mark Unterhalt zahlen. Die einstweilige Verfügung im Rahmen der Vaterschaftsklage des Mädchens verpflichtet den Sänger, die Alimente rückwirkend vom 29. September 1982 an bis zur endgültigen Klärung zu entrichten.

Der Frühling gewinnt an Boden

dpa, München

In ganz Deutschland hat sich der Frühling durchgesetzt. In Bayern herrschte gestern mit Temperaturen von 22 Grad sogar Sommerwetter. Die Wetterstationen in den Alpen meldeten bei leichtem Föhn ausgezeichnete Fernsicht. Auch im Südwesten – in Schwaben und Baden – war es meist sonnig bei 16 bis 20 Grad. Nach Norden zu wurde es dagegen kühler – Folge einer Tiefdruckrinne, die sich vom Nordmeer bis nach Spanien erstreckt. Vor allem in den deutschen Küstengebieten, aber auch im Westen muß deshalb in den nächsten Tagen mit etwas Regen gerechnet werden. Die Temperaturen liegen bei 14 Grad. In der zweiten Wochenhälfte könnte es dann aber auch hier „bayerische Wetter-Verhältnisse" geben. Im Norden Englands haben schwere Schneefälle gestern zahlreiche Dörfer vom Verkehr abgeschnitten.

Teuerster Kunstfehler

SAD, Houston

Auf eine Rekord-Schadenersatz-Summe von 285 Millionen Mark haben sich ein Hospital in Houston und die Eltern eines zweijährigen Mädchens geeinigt. Das Kind hatte bei seiner Geburt durch einen ärztlichen Kunstfehler einen irreparablen Hirnschaden erlitten. Das Geld wird in 77 Jahren als Rente ausgezahlt.

Reagan fordert Todesstrafe

AP, Washington

Der amerikanische Präsident Reagan ist der Ansicht, daß die hohe Zahl der in den USA verübten Verbrechen eine Folge des allzu großen rechtlichen Schutzes für Angeklagte sei. In einer Rede in Washington hob Reagan hervor, dieser Schutz habe in den vergangenen Jahren seinen Zweck oft verfehlt. Der Präsident sprach sich unter anderem für die bundesweite Wiedereinführung der Todesstrafe aus.

Juwelier erschossen

SAD, Paris

Die Serie der blutigen Raubüberfälle auf Schmuckgeschäfte in Paris reißt nicht ab. Gestern erschoß ein Gangster einen 71jährigen Juwelier, als dieser, von drei Unbekannten bedroht, den Safe geöffnet hatte. Die Männer entkamen. Die Höhe der Beute ist noch nicht bekannt.

Feuer im Behindertenheim

AP, Worchester

Bei einem Feuer in einem Heim für geistig Behinderte in Worchester (US-Bundesstaat Massachusetts) sind gestern sieben Menschen ums Leben gekommen. Die Ursache des Feuers war zunächst nicht bekannt.

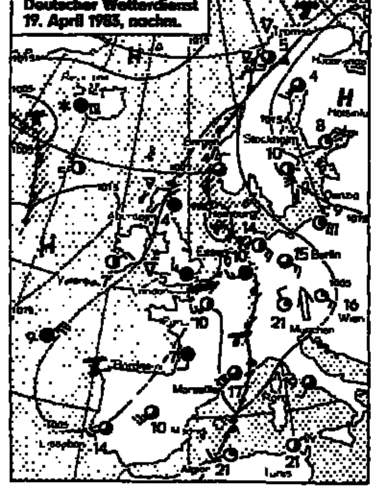
Hochstaplers Folgen

dpa, Flensburg

Alle psychiatrischen Gutachten, an denen der falsche Flensburger Amtsarzt „Dr. Dr. Clemens Bartholdy" mitgewirkt hat, müssen überprüft werden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft war der 24jährige Postschaffner, der unentdeckt sieben Monate beim Flensburger Gesundheitsamt als Arzt auf Probe arbeitete, an „sehr vielen" Einweisungen angeblich psychisch Kranker in das Landeskrankenhaus Schleswig beteiligt. Der Angeklagte bleibt in Untersuchungshaft.

WETTER: Vereinzelt Regen

Wetterlage: Die Tiefdruckrinne über Westeuropa verlagert sich nur langsam ostwärts. Der Ausläufer eines Randtiefs über der Nordsee überquert ganz Deutschland. Auf seiner Rückseite fließt kühlere Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Wechselnd, überwiegend stark bewölkt und vereinzelt Regen, zum Teil schauerartig verstärkt. Tageshöchsttemperaturen 12 bis 17 Grad, Tiefsttemperaturen 8 bis 3 Grad. Schwacher bis mäßiger, gelegentlich böig auffrischender Wind aus Südost bis Südwest.

Weitere Aussichten:
Nicht ganz störungsfrei.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	21°
Bonn	12°	Kopenh.	10°
Dresden	17°	Las Palmas	18°
Essen	10°	London	5°
Frankfurt	16°	Madrid	10°
Hamburg	14°	Mailand	11°
List/Sylt	12°	Mallorca	19°
München	21°	Moskau	11°
Stuttgart	17°	Nizza	16°
Algier	21°	Oslo	9°
Amsterdam	7°	Paris	10°
Athen	17°	Prag	13°
Barcelona	17°	Rom	19°
Brüssel	9°	Stockholm	10°
Budapest	18°	Tel Aviv	18°
Bukarest	10°	Tunis	21°
Helsinki	8°	Wien	16°
Istanbul	6°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 6.16 Uhr, Untergang: 20.27 Uhr, **Mondaufgang:** 12.54 Uhr, Untergang: 4.15 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die „Ameriasians" erobern ihre neue Heimat

GABRIELE JAHN, New York

Als die Namen der Gewinner der diesjährigen Westinghouse-Talent-Suche, des renommiertesten Talentwettbewerbs für den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Vereinigten Staaten, verkündet wurden, erstaunte es niemanden, daß neun der 40 Preise an Amerikaner asiatischen Ursprungs gingen.

Die „Ameriasians", wie sie kurz genannt werden, sind schon seit langem in den Erfolgsstatistiken vertreten. Obwohl sie nur etwa 1,5 Prozent der US-Bevölkerung ausmachen, stellen sie zehn Prozent der Studenten an der Harvard-Universität, 20 Prozent der Studenten an der Universität von Kalifornien in Berkeley und ebenso viele Schüler an der Stuyvesant High School, einer der besten Oberschulen des Landes. Im Eignungstest für die Zulassung zum College erreichten die asiatischen Amerikaner im Schnitt 513 von 800 möglichen Punkten im Vergleich zu 467 Punkten im nationalen Durchschnitt. So nimmt es nicht wunder, daß die „Ameriasians" sich auch einen besseren Lebensstandard erkämpft haben. Mit 22 075 Dollar im Jahr ist ihr Durchschnittseinkommen wesentlich höher als das allgemeine Pro-Kopf-Einkommen von 19 908 Dollar.

Asiaten selbst erklären ihren Erfolg mit dem Wertesystem, das sie aus ihrer Heimat mitbrachten: Sparsamkeit, enge Familienbande und Opferbereitschaft für die eigenen Kinder stehen ganz obenan. Vor allem aber wird eine fundierte Ausbildung als ungeheuer wichtig eingestuft.

Ein Lehrer an der Bronx High School of Science, einer Elite-Schule mit einem hohen Anteil an asiatischen Schülern, erzählt eine ganz typische Geschichte: Ein Vater erzählte ihm, daß er sich nicht entscheiden konnte, ob er in einem Restaurant oder in einer Wäscherei arbeiten sollte. Endlich entschied er sich für die Wäscherei, da die Arbeit in einem Restaurant mehr Zeit erforderte: „Wenn ich in einer Wäscherei arbeite, dachte ich mir, dann kann ich meine Kinder häufiger sehen und sie fragen: Was habt ihr heute in der Schule gelernt? Zeigt mir, was ihr gelernt habt. Und meine Überlegung war richtig. Heute habe ich einen Rechtsanwalt und einen Arzt in meiner Familie."

Arthur H. Rosen, Präsident des Ausschusses für amerikanisch-chinesische Beziehungen, vergleicht den Erfolg der asiatischen Einwanderer von heute mit dem der jüdischen Einwanderer in den vergangenen hundert Jahren: „Beide Einwanderungsgruppen legen einen extrem hohen Wert auf enge familiäre Beziehungen, und jüdische wie auch asiatische Eltern, die selbst nicht die Möglichkeit einer guten Ausbildung hatten, sind bereit, sich für die Erziehung ihrer Kinder aufzuopfern."

Hinzu kommt die Bereitschaft der Neueinwanderer, in höherem Maße als gebürtige Amerikaner für ihren Erfolg zu kämpfen. „Wir müssen dreimal so hart arbeiten, um es zu schaffen", sagte Genghis Kim, ein Immobilienmakler, der vor 13 Jahren aus Seoul kam.

Sammy Lee, zweifacher Goldmedaillengewinner 1948 und '52 im Turmspringen, heute Arzt in Kalifornien, hält neben harter Arbeit das Zusammengehörigkeitsgefühl für ein wichtiges Element des Erfolgs. „Wir können uns nicht benehmen wie Lieschen Müller. Wenn ich mich schlecht benehme, fällt das auf meine Landsleute zurück, und andere Koreaner würden durch mein Verhalten möglicherweise Chancen einbüßen."

Eine kontroverse These vertritt der Psychologe Richard Lynn. Seiner Meinung nach sind Asiaten schlichtweg genetisch überlegen. Nach Lynn erreichten die Japaner im Wechsler-IQ-Test elf Punkte mehr als der amerikanische Durchschnitt.

Andere Forscher sind vorsichtiger. Sie glauben, daß Asiaten ein besonderes Gefühl für Details und Zahlen haben. Eine mögliche Erklärung dafür sehen sie jedoch weniger in genetischen Faktoren als in dem vertrauten Umgang mit den komplexen Schriftzeichen der asiatischen Sprachen.

Einige Soziologen sehen die „Asiatische Erfolgsstory" differenzierter. Sie unterscheiden zwischen zwei verschiedenen Einwanderungswellen. Die erste Anfang der 70er Jahre brachte hauptsächlich hochgebildete Einwanderer aus Taiwan, Hongkong und Korea. Eine zweite Welle Ende der 70er Jahre setzte sich hingegen vornehmlich aus den „boat people" der ländlichen Gegenden Chinas, Kambodschas, Laos' und Vietnams zusammen. Die Chancen, daß sie ebenso erfolgreich sein werden, schätzt man weit geringer ein.

Cecilia Chin, Sozialarbeiterin bei der chinesisch-amerikanischen Liga in Chicago: „Wir stellen fest, daß die Kinder, die aus den kommunistischen Ländern kommen, oft völlig unmotiviert sind. Es ist so, als würden sie sagen: So, jetzt sind wir hier. Nun tut mal was für uns."

(SAD)

ZU GUTER LETZT

Der Seelsorger des texanischen Kongresses, bekannt für ausgefallene Predigten, eröffnete jetzt eine Sitzung mit den Worten: „Großer Gott, gib diesen Senatoren die Einsicht, daß es in der Gesetzgebung wie bei einer Liebesaffäre ist. Wenn man es sich leicht macht, ist es nicht von Dauer. Amen!"